Rezensionen / Recensions / Recensioni

Thomas Gartmann, **Stürme, Seuchen und Spekulanten. Versorgungsprobleme im antiken Rom und ihre angeblichen Ursachen**, Basel: Schwabe 2024, 434 Seiten.

Die vorliegende Publikation stellt eine überarbeitete Version von Thomas Gartmanns Dissertation dar, die er 2022 an der Universität Bern verteidigt hat. Drei zentrale Themen stehen im Zentrum der Aufmerksamkeit: Wie funktionierte erstens die Versorgung des antiken Roms und wie sahen die Rahmenbedingungen dafür aus? Was waren zweitens die Ursachen, wenn die Versorgung nicht funktionierte? Wie und warum berichten drittens antiken Autoren über Versorgungskrisen? Insbesondere mit Blick auf die letzte Frage präsentiert der Verfasser unter systematischer Berücksichtigung früherer Veröffentlichungen zur Thematik neue und fruchtbare Perspektiven.[1] Räumlich und zeitlich grenzt er das Thema auf die Stadt Rom von seiner mythischen Gründung im 8. Jh. v. Chr. bis zum Ende der Severischen Dynastie (193–235) ein.

Kap. 1 (Werkzeuge, S. 21–38) bietet zunächst einen konzisen Überblick über die Quellenlandschaften sowie die verwendeten Methoden. Der Autor achtet primär auf literarische Zeugnisse (Geschichtswerke, Biografien, Panegyriken) und durchdringt diese mit Hilfe diskursanalytischer und praxeologischer Ansätze. Ein Vergleich mit materiellen Zeugnissen aus archäologischen, numismatischen, epigraphischen oder papyrologischen Kontexten erfolgt an ausgewählten Stellen.

Kap. 2 (Voraussetzungen für Roms Versorgung, S. 39–204) handelt von den Funktionsweisen des komplexen Versorgungssystems Roms unter Normalbedingungen. Minutiös zeichnet Gartmann mittels der erhaltenen Quellen sowie durch eigene Schätzungen die Entwicklung von Bevölkerungszahlen nach: In der Kaiserzeit dürften seiner Ansicht nach zwischen 800'000 bis 1'000'000 Menschen in Rom gelebt haben, in Italien sind mit zwischen acht bis neun Millionen Menschen zu rechnen, im übrigen Reich mit etwa 60 Millionen. Es folgt ein Überblick über die landwirtschaftliche Produktion unter Berücksichtigung klimatischer, umweltgeschichtlicher und sozialgeschichtlicher Faktoren. Der Autor konstatiert, dass unter normalen Voraussetzungen die gesamte Bevölkerung Italiens durch die landwirtschaftliche Produktion vor Ort versorgt werden konnte, wobei die Erträge aus den Provinzen die Ernährung der Menschen zusätzlich absicherte. Hungerkrisen ergaben sich bei Engpässen in der Getreideversorgung, da viele Menschen von diesem Grundnahrungsmittel abhängig waren. Nebst der Produktion spielte sodann die Logistik beim Transport, der Lagerung sowie der Verteilung von Nahrungsmitteln eine entscheidende Rolle, wobei der Verfasser die Geschichte einzelner besonders bedeutsamer Institutionen nachzeichnet. Als Schlüsselmomente für die schrittweise Etablierung hauptstädtischer Versorgungsstrukturen erkennt er die Punischen Kriege, die Herrschaft des Augustus sowie die allmähliche Etablierung eines «freien Marktes» (S. 181) während der Kaiserzeit.

Kap. 3 (Ursachen von Versorgungsengpässen, S. 205–302) achtet auf Fälle, in denen das von Gartmann zuvor rekonstruierte Versorgungsystem unter Druck geriet. Dies konnte durch externe Angreifer geschehen, welche die Versorgungsketten unterbrachen,

1 Siehe dazu etwa Geoffrey Rickman, The Corn Supply of Ancient Rome, Oxford 1980; Catherine Virlouvets Famines et émeutes à Rome des origines de la République à la mort de Néron, Paris 1985; Peter Garnsey, Famine and Food Supply in the Graeco-Roman World, Cambridge 1988; Paul Erdkamp, The Grain Market in the Roman Empire, Cambridge 2005.

im Rahmen von Bürgerkriegen, durch Falschentscheidungen von Regenten (Caligula, Nero, Domitian), durch raffgierige Beamte (L. Apuleius Saturninus, C. Verres, M. Aurelius Cleander) oder private Spekulanten. Hinzu kamen Erscheinungen ohne klare Schuldige, darunter Naturkatastrophen, Feuersbrünste oder Seuchen, die von den Zeitgenossen oft als Wirken der Götter gedeutet wurden. Besonders verheerend erwiesen sich Situationen, in denen sich mehrere Ursachen überlagerten und dabei gegenseitig noch verstärkten.

Kap. 4 (Antike Diskurse – Wie und weshalb Versorgungskrisen zur Sprache kommen, S. 303–332) konzentriert sich auf narrative Funktionen von Krisendarstellungen innerhalb der betrachteten literarischen Zeugnisse. Gartmann stellt fest, dass diese zur Illustration von Kriegsereignissen dienten, gleichzeitig aber auch der moralischen Charakterisierung, bzw. Verurteilung von Entscheidungsträgern herangezogen wurden. In wenigen Fällen nutzte man die Darstellung von Versorgungskrisen als Ausgangspunkt zur Charakterisierung umfassender Veränderungen des Reiches. Selten muten sie als literarische Memorabilia an. Versorgungskrisen werden dann erwähnt, wenn sie römische Eliten betrafen. Das Leben einfacher Leute interessierte dagegen kaum.

Im Fazit (S. 333–344) fasst Gartmann die wichtigsten Erkenntnisse seiner Arbeit zusammen. Es folgt ein Appendix (S. 345–355) mit antiken Masseinheiten, quantitativen Auswertungen ausgewählter Quellenkomplexe, Zeitstrahlen, eine Tabelle mit einer hilfreichen Übersicht über die behandelten Quellen, eine Bibliographie mit Literaturverzeichnis (S. 357–410) sowie ein Personen-, Orts- und Quellenregister (S. 411–432). Die vorliegende Untersuchung besticht durch ihre reichhaltige Quellengrundlage, ihre Stringenz und Sorgfalt in der Argumentation sowie ihre strenge Systematik bei der Gliederung des behandelten Stoffes. Der vom Schwabe-Verlag veröffentlichte Band überzeugt zudem durch seine hochwertig-ansprechende Machart. Mit der vorgelegten Analyse insbesondere in Kap. 4 bietet Gartmann weiterführende Werkzeuge zur Evaluierung der narrativen Inszenierung und Beurteilung von Versorgungskrisen in der Antike, die künftigen Untersuchungen zum Thema als anregender Ausgangspunkt dienen wird. Weiterführende Fragen betreffen darüber hinaus Fragen nach Marktverhältnissen und -ordnungen während der Kaiserzeit mit Blick auf staatlich-institutionell etablierte Versorgungsstrukturen sowie die Lebensverhältnisse und -welten sogenannt «einfacher Leute», deren Situation sich, wie Gartmann aufgezeigt hat, nicht allein mittels literarischer, sondern vor allem auch über das Studium dokumentarischer Zeugnisse deuten lässt.

Nikolas Hächler, Zürich

Marcel Bubert (Hg.), **Aneignung der Geschichte. Narrative Evidenzstrategien und politische Legitimation im europäischen Mittelalter**, Köln: Böhlau, 2024, 465 Seiten.

Der vorliegende Sammelband, der auf eine im Jahr 2020 am Münsteraner Exzellenzcluster «Religion und Politik» abgehaltene Tagung zurückgeht, widmet sich einer für die Historiographie zentralen Fragestellung, nämlich derjenigen nach der Aneignung von Geschichte oder – wie es der Herausgeber im Vorwort formuliert – der Frage nach dem «Gebrauch historischer Argumente zur Herstellung von Evidenz für die Legitimität oder Unrechtmässigkeit politischer Ordnungen oder Herrschaftsansprüche» (S. 7). Die untersuchte Periode ist das europäische Mittelalter, wobei die insgesamt fünfzehn – in deutsch oder englisch gehaltenen – Beiträge mit vier einschlägigen Beispielen eine gewisse angloirische Schwerpunktbildung erkennen lassen. Der Herausgeber selbst legt eine rund achtzigseitige Einleitung vor, die auf die drei ersten Einzelbeiträge aufgeteilt ist: Im ersten Teil geht er auf die historische Argumentation zum Zweck politischer Legitimation ein und

präzisiert, wie sich historische Argumente ins «Gefüge [mittelalterlicher] Evidenzpraktiken» (S. 9) – so Rituale oder diskursive Praktiken – einpassen. Unter den diskursiven Praktiken werden beispielsweise etymologische Argumente, Vernunftgründe oder Autoritätsverweise genannt, wobei sich die Letztgenannten mit dem Hinweis auf den Unterschied zwischen Alt und Neu «aushebeln» (S. 16) liessen. Der Verfasser datiert den Beginn des Prozesses, der «auch der neueren und neusten Geschichte eine veränderte epistemische Relevanz zur Herstellung von Evidenz» zugestand, auf das 12. und 13. Jahrhundert (S. 18). Zu dieser Entwicklung passt auch der im späteren Mittelalter steigende Stellenwert der Empirie, also der Sinneswahrnehmung, als Evidenzressource.

In seinem zweiten Beitrag geht der Herausgeber vertieft auf das von der Geschichte gemachte Nutzungsangebot ein. Dabei unterscheidet er, «ob die politische Nutzung eines historischen Arguments innerhalb oder ausserhalb der Geschichtswissenschaft erfolgt» (S. 41). Im ersten, vom Verfasser privilegiert Fall macht die Geschichtsschreibung ein politisches Nutzungsangebot, das auf der in ihr angelegten bewussten oder unbewussten Parteilichkeit oder den ihr eigenen expliziten oder impliziten Werturteilen beruht (S. 48), während im zweiten, wie anzunehmen ist, die Nutzung dem historischen Diskurs von aussen übergestülpt wird. Eine zweite Unterscheidung besteht darin, «ob bestimmte Motive oder narrative Muster in der Geschichtsschreibung routiniert auftreten» oder ob sie «gezielt strategisch, also mit einer bestimmten Absicht zum Einsatz kommen», wobei auch im ersten Fall «ein routinemässig produziertes Geschichtswerk, das ohne konkrete politische Absichten verfasst worden war, […] Inhalte und Strukturen auf[weist], die in der Rezeption interessengeleitet angeeignet werden können» (S. 56 f.). Im dritten und kürzesten Beitrag des Herausgebers geht es um die Versuche von schottischer und irischer Seite im frühen 14. Jahrhundert, den englischen Herrschaftsanspruch durch Schreiben an die Kurie zu entkräften.

In Anschluss daran illustriert Rosamond McKitterick die Verschränkung von Vergangenheitsdarstellung und Legitimationsstrategie anhand dreier frühmittelalterlicher Codices, von denen der erste (Verona, Biblioteca capitolare, Cod. XXII [20]) u. a. ein Fragment des *Liber pontificalis* enthält. Aufgrund der Zusammensetzung des Codex aus der Mitte des 6. Jahrhunderts kommt die Verfasserin zum Schluss, dass dieser von Anfang an als Einheit konzipiert worden war – als Zeugnis für das päpstliche Einstehen für die Rechtgläubigkeit und den päpstlichen Führungsanspruch (S. 95).

Um Identitätsstiftung durch Herkunftserzählungen geht es im Beitrag von Alheydis Plassmann (†). Bezüglich der Herkunfts- bzw. Ursprungserzählungen der germanischen *gentes*, die in der Spätantike in Kontakt mit dem Römischen Reich traten, erinnert die Verfasserin daran, dass dieses Genre – anders als seit dem 19. Jahrhundert angenommen – keine «‹authentischen› mündlichen Überlieferungen» im Sinne einer «protonationale[n] Geschichte» wiedergibt (S. 113). Vielmehr sind die Ursprungserzählungen im Rahmen der spätantiken Geschichtsschreibung zu sehen. Zu den wiederkehrenden narrativen Versatzstücken gehören die Wanderung einer *gens*, biblische Motive, ein skandinavischer Ursprung der *gens* oder deren Einordnung in die römische Geschichte.

Sven Meeder wendet sich mit Gregor von Tours, dem 594 verstorbenen Autor der *Decem libri historiarum*, einem Monument der Geschichtsschreibung am Übergang von der Spätantike zum Frühmittelalter zu. Die von Meeder beleuchtete Episode, in welcher der Bischof von Tours als Akteur der eigenen Erzählung auftritt, handelt von der unkanonischen Heirat Merowechs, Sohn des fränkischen Königs Chilperich I., mit Brunichild, Witwe König Sigiberts I., welcher der Onkel des Bräutigams war. Diese Heirat im Jahr

575 ist im Kontext eines gescheiterten Aufstands Merowechs gegen seinen Vater zu sehen. Im Zentrum von Meeders Analyse ist der von Chilperich 577 eingeleitete Prozess gegen den Erzbischof von Rouen, Praetextatus, der die umstrittene Eheschliessung vorgenommen hatte, bzw. die Legitimität des vom König kontrollierten Verfahrens, das von Gregor kritisiert wird.

Nach diesem Abstecher in die politischen Wirrungen im Frankenreich eröffnet Katharine Simms eine Sequenz von drei Beiträgen mit irischen und englischen Schauplätzen. Gleichsam als Einstieg bietet sie einen Längsschnitt durch die irische Geschichtsschreibung, der mit den «traditionellen Historikern» bzw. *senchaide* (S. 157) einsetzt, deren Ursprünge in der Kunst der frühen Barden lagen. Als wichtige Gestalt der irischen Historiographie des 11. Jahrhunderts erscheint im Beitrag Flann Mainistrech, Autor einer gälischen Versgeschichte der Hochkönige Irlands seit der Annahme des Christentums. Wir übergehen hier weitere Einzelheiten, um auf das Schrifttum der anglo-normannischen Kolonisten hinzuweisen, die ab der Wende vom 12. zum 13. Jahrhundert ihre eigene Geschichte niederschreiben liessen, insbesondere in Form der *Topographia Hibernica* sowie der *Expugnatio Hibernica* des Gerald von Wales († 1223). Im späteren 14. Jahrhundert erscheint dann im Zusammenhang mit dem Widerstand der gälischen Stammeshäuptlinge («Gaelic chieftains») gegen ihre englischen Lehnsherren eine «archaisierende» gälische Historiographie als Gegenerzählung (S. 165).

Patrick Waddens erinnert im Hinblick auf die gälische Geschichtsschreibung der Jahre 900–1200 daran, dass Letztere – durch den Umstand, dass sie in der Vernakularsprache und nicht in Latein verfasst war – gemeinhin als ein konservatives, eher an die vorchristlichen Kelten als an das mittelalterliche Europa anknüpfendes Phänomen betrachtet wird. Dem gegenüber zeigt der Verfasser auf, dass die zeitgenössischen gälischen Gelehrten an einer europäischen historischen Kultur teilhatten und dass die gälische Geschichtsschreibung viele Gemeinsamkeiten mit der europäischen Historiographie jener Zeit aufweist (S. 176). Insbesondere fanden antike und biblische Quellen Eingang in die Geschichtsschreibung in den gälischen Ländern. Der Verfasser verweist etwa auf das Beispiel der sogenannten «Irischen Weltchronik», deren Kompilator auf spätantike und biblische Materialien zurückgriff, um daraus ein global angelegtes annalistisches Werk zusammenzustellen, in das Ereignisse aus der irischen Geschichte eingefügt sind (S. 178 f.). Ein weiteres Beispiel sind irische Sagas, die sich auf alttestamentarische Erzählmuster abstützen, so dass die Iren als ein neues auserwähltes Volk erscheinen (S. 182).

Mit Stephan Bruhn verschiebt sich der Schauplatz nach England, genauer: zu Harald II. Godwinson, dem Verlierer der Schlacht von Hastings (1066) und letztem angelsächsischen König. Bruhn widmet sich der Historiographie Haralds von dessen Schlachtentod bis zum Beginn des 13. Jahrhunderts: «Kaum ein angelsächsischer König ist in der modernen Wahrnehmung so sehr mit seinem schlussendlichen Scheitern so verbunden wie Har[a]ld» (S. 203), schreibt der Verfasser und verweist auf Haralds «ambivalente[s] Bil[d]» in der englischen Historiographie seit dem 19. Jahrhundert, in der «Har[a]lds Schicksal als eine individuelle Tragödie interpretiert wurde, die nicht die englische Nation als Ganzes betraf» (S. 205 f.). Deren Geschichte sollte sich in der Kontinuität, möglichst ohne Brüche entfalten. Dass weder die Umstände von Haralds Tod noch der Ort seines Begräbnisses geklärt sind, führte im Mittelalter zu einer «offenen» *memoria*, die sich beispielsweise darin äusserte, dass – so in der *Vita Haroldi* aus dem frühen 13. Jahrhundert – der Tod des Königs verneint und ihm ein «der Welt entzogenes und somit unentdecktes Nachleben» als Eremit nachgesagt wurde (S. 212). Die *Vita* gilt als «Beleg für einen

anhaltenden angelsächsisch-normannischen Antagonismus» (S. 219) – eine Einschätzung, die von Bruhn relativiert wird, der die *Vita* in den Kontext der problematischen Stifter-Memoria in der von Harald begründeten Abtei von Waltham stellt, in welcher Letzterer begraben sein soll.

Im Fokus von Andreas Bihrers Beitrag steht die sogenannte «Oberrheinische Chronik», die zwischen 1337 und 1349 in einer nicht zweifelsfrei identifizierten Deutschordenskommende in der Ballei Elsass-Burgund entstanden ist. Obwohl der Bezug zum Deutschen Orden unstrittig erscheint, handelt es sich nicht um eine «typische» Ordenschronik, sondern um eine volkssprachliche Übersetzung und Fortführung der 1277 abgeschlossenen Papst-Kaiser-Chronik Martins von Troppau, in welche die Geschichte des Deutschen Ordens integriert ist.

Ein weiterer Schauplatz des Sammelbandes ist die päpstliche Kurie in Avignon. Jan-Hendryk de Boer hält in Bezug auf das Avignoner Papsttum fest, dass die Geschichtsschreibung dort, anders als beispielsweise in Frankreich, «keine offizielle Förderung erfuhr» (S. 279). Zwar gibt es durchaus eine das Papsttum thematisierende Geschichtsschreibung, wovon z. B. die von Étienne Baluze 1693 veröffentlichte Edition der *Vitae Paparum Avenionensium* zeugt (auf deren Problematik de Boer den Finger legt), doch erfolgte diese Geschichtsschreibung eher unsystematisch. Wenn die Päpste des 14. Jahrhunderts historisch argumentierten – und das taten sie durchaus –, bezogen sie ihre Argumente nicht aus der zeitgenössischen Historiographie, sondern aus anderen Informationsquellen, nämlich aus älteren Geschichtswerken (von Flavius Josephus bis zu Petrus Comestor und Vinzenz von Beauvais) oder früheren päpstlichen Entscheiden, deren «Archivierung und Registrierung [in Avignon] perfektioniert» wurde (S. 305)

Roland Scheel verlegt das Augenmerk nach Skandinavien, wobei er auf die «explosionsartige Proliferation historiographischer Schriftlichkeit» verweist, die im 12. Jahrhundert in Dänemark auf Latein sowie in Island und Norwegen in der altwestnordischen Vernakularsprache einsetzte (S. 314). Als begünstigende Faktoren nennt Scheel die Annahme des Christentums sowie Verbindungen nach England, wo zahlreiche angehende skandinavische Kleriker ausgebildet wurden. Als beispielhafte Zeugnisse früher dänischer Historiographie lässt der Verfasser die *Passio Canuti regis et martiris* (1095) Revue passieren, in der die Ermordung des dänischen Königs Knud IV. geschildert wird, sowie die einige Jahre später entstandenen und thematisch verwandten *Gesta Swenomagni regis et filiorum eius et Passio gloriosissimi Canuti regis et martyris* des in Dänemark ansässigen Priesters Ælnoth von Canterbury, «einen bemerkenswerten Hybrid aus Historiographie und Hagiographie» (S. 319). Als Pionierwerk der isländischen Geschichtsschreibung nennt Scheel Ari Þorgilssons 1122–1133 entstandenes «Buch der Isländer», das mit der im 9. Jahrhundert einsetzenden Besiedlung der Insel beginnt und bis in die Gegenwart des Verfassers reicht. Ein besonderes Gewicht wird dabei auf die genealogische Kontinuität der Isländer und die Annahme des Christentums als Ausdruck eines «fortlaufenden Prozess[es] der Kultivierung» gelegt (S. 336). Die für die norwegische Historiographie prägende *Sverris saga* bzw. Vita Königs Sverre Sigurðarson – ein komplexer Text, der unterschiedliche Argumentationsstrategien vereint – ist insofern ein isländischer Ableger, als der Beginn des Textes auf den zeitweilig in Norwegen weilenden isländischen Benediktiner-Abt Karl Jónsson zurückgeht, der sich zwischen 1185 und 1188/89 ans Werk machte.

Mit Michael Grünbart werden die Leser:innen nach Konstantinopel geführt bzw. mit der Frage konfrontiert, inwieweit und in welcher Form der makedonische König

Alexander der Grosse und der römische Kaiser Konstantin von den oströmischen bzw. byzantinischen Herrschern als Projektionsflächen verwendet wurden.

Bevor Wolfram Drews in seiner Zusammenfassung die Fülle der im Band angesprochenen historiographischen Stränge, Handlungsorte und Thematiken unter der Fragestellung der Evidenzproduktion in den Kategorien historische Quellenreservoirs (Antike, Christentum), Medien, Strategien, Memoria, Terminologiefragen sowie Religion und Politik subsumiert, unternimmt Matthias Maser noch eine Reise auf die Iberische Halbinsel. Im Zentrum seiner Überlegungen steht die Frage nach dem Platz der Muslime in der vormodernen iberischen Nationalgeschichte: Das Ignorieren der muslimischen Bevölkerung nahm ein Ende, als im Zuge der Reconquista zunehmend Muslime unter christliche Herrschaft gerieten. In seiner *Historia Hispanie* beschrieb Rodrigo Jiménez ab 1243 die einzelnen iberischen *regna* im Sinn einer «additive[n] Zusammenschau» (S. 411), in der auch das islamische *regnum Cordube* seinen Platz hatte. Dazu griff Rodrigo «als einer der ersten mittelalterlichen Autoren überhaupt» auf Quellen aus al-Andalus zurück, mozarabisch-christliche, aber auch arabische (S. 412). Seiner *Historia* war eine lange Wirkung auf die iberische Historiographie des Spätmittelalters beschieden. Ein anderes Beispiel für den arabisch-christlichen «Historiographie-Transfer» ist die *Crónica do Mouro Rasis*, eine um 1300 entstandene portugiesische Fassung der Chronik des Ahmad ar-Rāzī, die jedoch – so wie auch die arabische Vorlage – nicht erhalten ist. Allerdings basiert die *Crónica de 1344* auf dem *Mouro Rasis,* wobei der anonyme Verfasser – anders als Rodrigo Jiménez ein Jahrhundert zuvor – die Geschichte des *regnum* von Cordoba als isolierten Block darstellte und damit die andalusische Geschichte aus der gesamtspanischen herausschrieb (S. 419). In der um 1430 entstandenen *Crónica sarracina* bzw. (ursprünglich) *Crónica del rey Don Rodrigo postrimero rey de los godos* geht es um den letzten Westgotenkönig Roderich, dessen Geschichte für den «Untergang und [das] geläutert[e] Wiedererstehen der christlichen Hispania» steht (S. 422), während die Araber bzw. Mauren «stets nur eine Chiffre für das Chaos und die Zerstörung» darstellen, «die wegen der Sünden und Verfehlungen des letzten Gotenkönigs […] über die Hispania hereinbrechen» (S. 424). Das 16. Jahrhundert sah einerseits die *Historia verdadera del Rey Don Rodrigo*, in welcher der Moriske Miguel de Luna 1592–1600 versuchte, die «Zugehörigkeit der andalusischen Muslime und ihrer Historie zur Nationalgeschichte der Hispania aufzuzeigen und damit allen Forderungen nach einer Ausweisung der Moriscos aus Spanien entgegenzuwirken» (S. 428), andererseits die *Corónica de los Moros de España* (1618) des Dominikaners Jaime Beda, in welcher dieser die zwischen 1609 und 1614 durchgesetzte Vertreibung der Morisken aus Spanien legitimierte.

Der vorliegende Band ist geographisch und thematisch breit angelegt und präsentiert eine Fülle an Einblicken in unterschiedliche historiographische Traditionen. Aus diesem Grund mag man ihm nachsehen, dass die einzelnen Beiträge sich nicht immer oder nur teilweise in den vom Herausgeber eingangs aufgespannten theoretischen Rahmen fügen.

Georg Modestin, Solothurn

Claudia Zey (Hg.), **Stellvertretung im Mittelalter. Konzepte, Personen und Zeichen im interkulturellen Vergleich**, Ostfildern: Jan Thorbecke Verlag, 2023 (Vorträge und Forschungen, Bd. 88), 484 Seiten, 20 Abbildungen.

Das Konzept der Stellvertretung war im Mittelalter eine allgegenwärtige Praxis in militärischen, zivilen und religiösen Kontexten, wurde jedoch bislang vor allem aus

rechtsgeschichtlicher und theologischer Perspektive untersucht und dabei häufig mit Prozessen der Repräsentation oder Delegation gleichgesetzt. Der Sammelband *Stellvertretung im Mittelalter. Konzepte, Personen und Zeichen im interkulturellen Vergleich*, herausgegeben von Claudia Zey unter Mitwirkung von Linda Eichenberger und Johannes Luther, geht auf die gleichnamige Tagung des Konstanzer Arbeitskreises für mittelalterliche Geschichte im März 2018 zurück und setzt sich zum Ziel, diese Forschungslücke auf interdisziplinärem Wege zu schliessen. Dabei konzentriert er sich auf «vornehmlich religiös konnotierter bzw. im geistlichen Bereich angesiedelter Stellvertretung» (S. 20). Gewinnbringend ist dabei vor allem der breite geografische und kulturelle Rahmen, den der Sammelband untersucht: So befassen sich knapp die Hälfte der Aufsätze mit dem Phänomen der Stellvertretung in Byzanz, im Islam, im Mongolenreich oder in Japan. Zwar gibt der Band keine explizite Gliederung des Inhalts vor, dennoch ist diese thematisch erkennbar: Der erste Teil versammelt sechs Beiträge zum europäischen Mittelalter, darauf folgen drei zum Mediterraneum unter Einbezug der unterschiedlichen Konfessionen und Religionen, weitere zwei Aufsätze weisen in globaler Perspektive darüber hinaus und entwerfen Perspektiven auf Fallstudien zu Fernasien.

Den Beginn der insgesamt 13 Beiträge macht Claudia Zey mit umfangreichen definitorischen und konzeptionellen Vorüberlegungen sowie einer Untersuchung der relevanten Quellenbegriffe. So wurde Stellvertretung bislang als «legitimierendes Prinzip sakraler Herrschaft einerseits und als notwendiges Herrschafts- und Rechtsinstrument andererseits» (S. 18) charakterisiert. Franz-Reiner Erkens untersucht anschliessend die Rolle des Kaisers und des Papstes als jeweiligen Stellvertreter Gottes sowie die daraus resultierenden, teils konkurrierenden Vorstellungen und Ansprüche. Der Kunsthistoriker David Ganz richtet den vergleichenden Fokus auf Herrschermäntel und liturgische Obergewänder, die mit bildlichen Darstellungen versehen sind und dadurch Stellvertretungsansprüche repräsentieren. Daraufhin folgt der Beitrag von Jörg Bölling über symbolische Formen der päpstlichen Stellvertretung, die er in den drei Kategorien der verliehenen Amtsinsignien, der äusseren Formen mit Appellcharakter wie beispielsweise Papsturkunden und der ehrenden Geschenke analysiert. Hans-Werner Goetz verfolgt mit einer terminologischen Studie der beiden Begriffe *vice* und *vicarius* in lateinischen Quellen bis etwa ins Jahr 1200 die Rekonstruktion des zeitgenössischen Verständnisses von Stellvertretung. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, dass damit im Mittelalter vor allem temporäre und kurzfristige Formen von Stellvertretung mit einem konkreten Auftrag, ähnlich wie eine Art des Legaten- und Gesandtschaftswesen, gemeint waren. In den letzten beiden Beiträgen des Blocks untersucht erst Jochen Burgtorf die Organisation von geistlichen Ritterorden im Hochmittelalter unter anderem anhand symbolisch-dinglicher Stellvertretungsformen und anschliessend Enno Bünz die Nichtresidenz und Stellvertretung in der spätmittelalterlichen Pfarrseelsorge, wobei er auf die Notwendigkeit weiterer Untersuchungen von einzelnen Diözesen verweist.

Der Byzantinist Michael Grünbart leitet den zweiten Themenblock mit der Frage nach der Kompatibilität von geistlichem und weltlichem Amt im griechischen Mittelalter ein. Trotz eines Verbots der Ausübung weltlicher Aufgaben für kirchliche Würdenträger lassen sich in der byzantinischen Politik jedoch speziell in Krisenzeiten Fälle beobachten, in denen Patriarchen aktiv darin mitwirkten. Dorothea Weltecke analysiert schliesslich die Repräsentanz, Bevollmächtigung und Stellvertretung im *Oriens Christianus* für Kirchen unter islamischer Herrschaft.

Wolfram Drews leitet den letzten inhaltlichen Block abseits des Christentums ein mit einer chronologischen Untersuchung des Stellvertreterphänomens im schiitischen und sunnitischen Islam und charakterisiert dabei die Religionsgelehrten als «Stellvertreter aus der zweiten Reihe» (S. 374) der Imame. Den vielfältigen Prozessen der Stellvertretung von Khanen im Mongolenreich widmet sich Thomas Ertl, deren ideologische Widersprüchlichkeit keine Kohärenz aufweist und die dennoch parallel existierten. Für das japanische Mittelalter statuiert Daniel F. Schley unter anderem anhand der Chronik *Jinnō shōtōki* das politische Konzept der himmlischen Herrschaftskosmologie als göttliche und einzige Erbenlinie, worin jegliche Form der Stellvertretung letztlich als illegitime Machtanmassung aufgefasst wurde.

Die Zusammenfassung des Bandes erfolgt durch Karl Ubl, der eingangs auch auf die Herausforderungen eingeht, mit welchen sich die Tagung bei der Diskussion von Stellvertretung konfrontiert sah. Unter anderem neben der von Goetz befürchteten Gefahr einer Gleichsetzung von Regentschaft und Stellvertretung hegt Ubl Bedenken, da «der Begriff der Stellvertretung so allgemein ist, dass er substantielle Unterschiede möglicherweise verwässert» (S. 464). Für die Nutzung des Begriffs spricht dagegen die inhärente spezifische und strukturelle Problemstellung, anhand deren man die vielfältigen Formen historisch exzerpieren und vergleichen kann.

Der Band schliesst mit einem äusserst umfang- sowie hilfreichen Personen- und Ortsregister, das Linda Eichenberger, Johannes Luther und Matthias Meier erstellt haben. Das ist umso höher zu bewerten, da die Erstellung eines Registers angesichts der interdisziplinären Beiträge eine keineswegs einfache Aufgabe ist. Wie von der Reihe *Vorträge und Forschungen* gewohnt, zeichnet sich auch dieser Band durch seine üppigen Anmerkungen, seine unzähligen Literaturverweise sowie der einwandfreien Redaktion aus. Lediglich ein etwas ausgewogeneres Geschlechterverhältnis bei der Auswahl der Autorinnen und Autoren wäre zu wünschen gewesen.

Mit diesem Sammelband ist es unter Claudia Zeys Schirmherrschaft gelungen, eine grundlegende Arbeit zu veröffentlichen, welche das multiplexe Phänomen der Stellvertretung aus vielfältigen räumlichen und zeitlichen Perspektiven und mit unterschiedlichen methodischen Zugängen beleuchtet. Einzig ein gender-perspektivischer Ansatz wird vermisst, doch ist parallel ebenfalls von Claudia Zey und Gabriela Signori ein Band zu *Regentinnen und andere Stellvertreterfiguren: vom 10. bis zum 15. Jahrhundert* erschienen, dessen Parallellektüre empfohlen wird. Aufgrund seines breiten Zugriffs versteht er sich als ein erster, gelungener Versuch, das Konzept nicht nur für verschiedene Fachrichtungen abseits der Geschichtswissenschaft aufzubereiten, sondern eignet sich auch als Einführungsstudie, da fachfremde Begriffe, wie beispielsweise in dem Beitrag von Weltecke, erklärt werden. Dabei ist die Konzeption des Bandes nicht nur auf einzelne Modelle beschränkt, sondern beleuchtet auch die vielfältige Symbolik, in der Stellvertretung erkennbar wird. Gleichzeitig wird der selbstgesetzte Fokus auf die religiös konnotierte Stellvertretung nicht in allen Beiträgen umgesetzt – so geht es bisweilen um Stellvertretung zwischen weltlicher und geistlicher Sphäre, wobei speziell diese Schnittmengen als besonders interessant erscheinen. In diesem Sinne ist es daher keineswegs als Kritik zu verstehen, dass der Band sein selbst auferlegtes Ziel nicht einhält, vielmehr leistet er – im ganz positiven Sinne – doch deutlich mehr. Aus diesen Gründen sowie der beigefügten englischen Abstracts ist diesem Band eine breite Rezeption und die verdiente Aufmerk-

samkeit auch international nur zu wünschen – verbunden mit der Hoffnung, dass nachfolgende Studien diesem fruchtbaren Ansatz weiter folgen.

Miriam De Rosa, Tübingen

Gilbert Coutaz, **Trésors des Archives cantonales vaudoises,** Orbe: Château & Attinger, 2023, 231 pages, 375 illustrations.

À une époque de numérisation massive des sources documentaires, il peut sembler paradoxal – mais somme toute bienvenu – que des archivistes présentent une sélection de leurs trésors, envisagés comme autant d'objets remarquables par leur matérialité, qu'il s'agisse de la nature du support scripturaire (papier et parchemin, mais parfois aussi ardoise, bois, tissus) ou de leur format codicologique (codex, rouleau, placard). Après un premier volume consacré aux Archives de l'État du Valais par A. Dubois (2022), les éditions Château & Attinger ont publié l'équivalent pour les Archives cantonales vaudoises, dû à G. Coutaz. À la tête de l'institution de 1995 à 2019, l'auteur dresse un bilan de sa propre activité, dont certains éléments se retrouvent aussi dans ses nombreuses publications citées dans la bibliographie. Richement illustré, l'ouvrage comporte deux parties: la première est intitulée «Histoires parallèles», la seconde est un catalogue présentant 375 documents tirés des Archives cantonales vaudoises regroupés en 162 figures, les figures 1 à 37 illustrant la première partie; l'ouvrage se termine par des annexes (chronologie, listes des directeurs-directrice de l'institution, bibliographie, listes des illustrations).

Subdivisée en cinq chapitres, la première partie vise à retracer l'histoire documentaire du pays de Vaud, des origines à l'époque contemporaine; après des généralités, elle envisage successivement la dimension territoriale, la diffusion de l'écrit, les structures administratives et l'histoire des archives. Chaque chapitre reprend le même canevas chronologique, ce qui donne un texte parfois répétitif, par exemple sur les archives communales. Plus significatifs apparaissent les «focus», qui sont des approfondissements ciblés sur certaines sources et thématiques (paroisses et communes, registres de notaires, registres paroissiaux, registres de reconnaissances, cadastres). On peut souligner (p. 40) les passages évoquant l'époque contemporaine, qu'il s'agisse des conditions matérielles de la production administrative (apparition de la machine à écrire, du papier carbone, des photocopies) ou des outils de classement (le célèbre classeur fédéral, des fiches, des cartes perforées), permettant ainsi de mieux appréhender certaines des caractéristiques essentielles de l'immense masse archivistique du XX^{e} siècle précédant la révolution numérique.

Le parcours à travers le catalogue des documents ménage en outre quelques découvertes originales, comme le registre paroissial de Lussy (fig. 72) orné d'un dessin figurant la Mort dialoguant avec un vieillard, ou encore un long rouleau évoquant le tracé de la route de Payerne à Morges avec des vues cavalières des villages et châteaux traversés (fig. 79). De l'époque contemporaine datent également des objets que l'on s'attendrait à trouver plutôt dans un musée, comme une première version du drapeau vaudois daté de 1798 (fig. 98), un drapeau de la Commune de Paris (fig. 114) ou une urne électorale datée de 1959, année de l'introduction du suffrage féminin dans le canton (fig. 37). Le regroupement de plusieurs documents sous une même thématique conduit parfois à de surprenants rapprochements: la fig. 84 évoque ainsi «Le commerce négrier 1355 (sic) – 1874» en associant un phénomène courant du milieu du XIV^{e} siècle occidental, à savoir l'affranchissement d'un serf de la campagne, avec un extrait comptable d'un navire

négrier de 1771 et un imprimé évoquant la suppression de l'esclavage à Magadascar en 1874.

Malgré sa qualité graphique et la variété de ses thématiques, cet ouvrage présente le défaut grave d'être presqu'entièrement dépourvu de références permettant d'établir des liens précis entre le texte et la bibliographie, au demeurant incomplète, publiée aux pages 216–219. Dans la mesure où certains passages de la première partie sont très spécialisés, on ne peut guère imputer cette absence de référence à un quelconque souci de s'adresser à un grand public. Par ailleurs, on ne voit pas en quoi quelques appels de notes au fil du texte ou des renvois précis à la fin de chacune des notices du catalogue auraient entravé la lecture de ces pages, déjà farcies de dates, de noms propres, de cotes d'archives et de renvois internes.

L'une des rares notices clairement référencée (la fig. 172, évoquant les archives de la franc-maçonnerie) est celle où l'auteur fait un renvoi précis qui se rapporte en fait à l'une de ses propres publications. Si le spécialiste d'une période arrive parfois à identifier lequel des titres cités dans la bibliographie a servi à rédiger telle notice ou partie de l'introduction, l'exercice est dans la plupart des cas beaucoup plus compliqué, surtout pour les chercheurs débutants. Comment savoir que c'est dans l'ouvrage collectif *Les pays romands au Moyen Âge* (Lausanne 1997), p. 449, que se trouvent la transcription et la traduction d'une notice en hébreu figurant au verso d'une reconnaissance de dettes en faveur de prêteurs juifs datée de 1425 (fig. 62), rare témoignage des éphémères communautés juives de Suisse romande au début du XV^e^ siècle? La fig. 56, qui concerne un registre artificiel regroupant 27 procédures pour sorcellerie et dont l'auteur lui-même signale qu'il est «au cœur de la recherche scientifique [et que] l'édition complète de la source a été achevée en 2007», ne cite même pas cette dernière dans la bibliographie en fin de volume (Inquisition et sorcellerie en Suisse romande. Le registre Ac 29 des Archives cantonales vaudoises (1438–1528), Lausanne 2007). On pourrait multiplier les exemples où l'auteur a ainsi utilisé de la bibliographie récente pour rédiger ses textes et notices, sans pour autant prendre la peine d'y renvoyer de façon précise.

Il s'agit donc d'une publication méthodologiquement et déontologiquement discutable et l'on ne peut que s'interroger sur les raisons des choix opérés par l'auteur et l'éditeur. En fin de compte, l'ouvrage apparaît surtout comme une occasion manquée de faire d'un catalogue de «trésors» dévoilés par le bon vouloir d'un archiviste un véritable outil servant à la construction du savoir historique.

Bernard Andenmatten, Lausanne

Olivier Richard, Helge Wittmann, Gabriel Zeilinger (Hg.), **Kleine Reichsstädte. 10. Tagung des Mühlhäuser Arbeitskreises für Reichsstadtgeschichte, Mühlhausen 20. bis 22. Februar 2023**, Petersberg: Michael Imhof Verlag, 2024 (Studien zur Reichsstadtgeschichte, Bd. 11), 447 Seiten.

Die Geschichte der deutschen Stadt, wie sie im 19. und 20. Jahrhundert von der historischen Wissenschaft erarbeitet wurde, beruhte weitgehend auf der Entstehung und Entwicklung grosser Städte, vornehmlich von Reichs- und Bischofsstädten. Seit 40 Jahren befassen sich Historiker vermehrt mit der Geschichte kleiner Städte, insbesondere von Landstädten, was zu einer nicht unwesentlichen Differenzierung des mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Städtewesens geführt hat. Gleiches geschah bei der 10. Jahrestagung des Arbeitskreises für Reichsstadtgeschichte, deren Beiträge nunmehr gedruckt vorliegen, mit Blick auf kleine Reichsstädte und sogar Reichsdörfer. Schon in der Einleitung versprechen

die Mitherausgeber Olivier Richard und Gabriel Zeilinger eine Revision von zwei traditionellen Bildern: die Darstellung der kleinen Reichsstadt als machtloses Opfer der Reichssteuerpolitik oder/und ihre Verklärung als Horte der Freiheit und Autonomie.

Wie umstritten die Autonomie und Reichsunmittelbarkeit einer Kleinstadt war, zeigt Michael Rothmann gleich im ersten Beitrag anhand der Reichsstadt Weinsberg, die diesen Status eigentlich nur von 1430 bis 1440 ungeteilt innehatte, deren Selbständigkeit ansonsten aber von den Burgherren von Weinsberg, dann den Pfalzgrafen bei Rhein, den Herzögen von Württemberg und kurzzeitig den Habsburgern mehr oder weniger stark eingeschränkt wurde.

Thomas Lau untersucht die Unruhen in Buchau am Federsee im Jahr 1748, die er, wie die zeitgenössische kaiserliche Schlichtungskommission, zunächst der für eine Kleinstadt typischen fehlenden Distanz zwischen Bürgerschaft und Obrigkeit zuschreibt, so dass es den Räten an der nötigen Autorität fehlte. In einem zweiten Schritt zeigt er die Verflechtungen der Stadt mit der grösseren Nachbarstadt Biberach, die zeitgleich ähnliche Konflikte erlebte, sowie eigene Interaktionen mit dem Reichsstift Buchau und der starken jüdischen Gemeinde und ihrem Viehhandelsnetzwerk, was zur Warnung führt, die Handlungsfähigkeit einer kleinen Reichsstadt nicht isoliert zu betrachten.

Gerhard Fouquet wendet sich den Reichsdörfern, den «Unbekannten im spätmittelalterlichen Reich» (S. 71) zu und betont gleich eingangs, dass «ihre Freiheiten allein auf dem durch Herren erteilten Privileg [beruhten]» (S. 72). Anhand von zahlreichen Beispielen aus der Schweiz (insbesondere Gersau im Kanton Schwyz), Oberschwaben, dem Reichstal Harmersbach, dem Unterelsass rundum Hagenau, der Südpfalz, dem Ingelheimer Reich am Rhein, dem Kröver Reich an der Mosel, der Wetterau, der Grafschaft am Bornheimer Berg und Unterfranken rundum Schweinsfurt erläutert er, wie die meisten Reichsdörfer verpfändet und mediatisiert wurden, ihre Reichsunmittelbarkeit zumindest zum Teil oder temporär verloren, sich unter den Schutz und Schirm eines Reichsvogt oder einer nahen Reichsstadt begaben, häufig Territorialgenossenschaften bildeten, um zur Schlussfolgerung zu gelangen, dass «die ebenso die Sicherheit der Gemeinden garantierenden wie die Selbstmächtigkeit der Gemeinden nivellierenden zentralen Reichsstädte oder Reichsburgen […] eine beträchtliche, auch dem zeitlichen Wandel unterliegende Bandbreite in ihrer Governance gegenüber den Reichsdörfern ihrer Reichvogteibezirke auf[wiesen]» (S. 119).

Heidrun Ochs beleuchtet die wirtschaftspolitischen Möglichkeiten der Stadträte von Boppard und Oberwesel im Mittelrhein-Engtal, nachdem Kaiser Heinrich VII. (nicht II. – so S. 138) die beiden Kleinstädte 1312 seinem Bruder Erzbischof Balduin von Trier verpfändet hatte, der sich sofort daran machte, seine wirtschaftlichen Rechte auszuweiten. Nichtsdestoweniger gelang es dem Rat von Boppard mit der Weberordnung vom Ende des 14. bis ans Ende des 15. Jahrhunderts mit der Bestellung von Weinbergschützen die wohl bedeutendsten Wirtschaftszweige selbständig zu gestalten.

Gregor M. Metzig beschreibt im Detail das 1570–72 von Nikolaus Hoffmann aus Halle erbaute Rathaus von Schweinfurt als regelrechte «Residenz» des plutokratisch-oligarchischen Stadtrats. Das Rathaus wurde nie zu einem «Ort der Öffentlichkeit». Seine Ikonographie betonte die Reichszugehörigkeit der Stadt, die mit 4'000 Einwohnern keine kleine Stadt war. Silvan Freddi zeichnet die Entwicklung der Stadtkanzlei Solothurns (von 1331 bis 1544) nach und stellt im Vergleich zum grösseren Bern eine eindeutige Verspätung fest, obschon beide 1218 reichsunmittelbar wurden, die Kleinstadt (2'000 Einwohner) aber erst 1481 der Eidgenossenschaft beitrat. Dass Pfullendorf seit 1220 eine echte

kleine Reichsstadt war, weist Dominique Adrian anhand klassischer Stadtmerkmale nach. Er fokussiert dann auf die 1383 vereinbarte Zunftverfassung, mit der bürgerliche Gleichheit, berufliche Organisation, Effizienz und Transparenz sichergestellt werden sollten, und hebt die eigenständige Leistung der kleinstädtischen Verfasser hervor, die ohne Vorbild die hochkomplexe Urkunde redigierten.

Die städtische Schriftlichkeit ist auch das Thema von Hanna Nüllen mit Bezug auf Friedberg und Gelnhausen, die wegen sinkender Einwohnerzahlen im 15. Jahrhundert sicher als kleine Reichsstädte anzusehen sind. Nichtsdestoweniger entwickelten sie «eine ausdifferenzierte und umfassende Buchschriftlichkeit» (S. 289), deren fortschreitende Formalisierung, Informationswert und Verwertung als handlungsorientierte Wissensspeicher die Autorin ausführlich darstellt, ohne sie als für Reichsstädte typisch auszuweisen.

Nur eine Nebenrolle spielen die beiden Reichsstädte Nordhausen und Mühlhausen in Thüringen im Beitrag von Mathias Kälble, der die Rolle der zahlreichen Landstädte in der fürstlichen Territorialpolitik und den Auseinandersetzungen zwischen Ludowingern, Welfen und Wettinern untersucht. Während diese Städte lange Zeit nur Objekt der Herrschaften waren, gelang ihnen im späten 13. Jahrhundert, sich grössere Handlungsspielräume zu eröffnen und Ansätze einer Selbstverwaltung durchzusetzen, während die beiden Reichsstädte ihren Status verloren. Guido Braun zeigt nach, wie die Reichsstadt Mülhausen im Elsass im Dreissigjährigen Krieg bzw. bei den westfälischen Friedensverhandlungen sich von Basel vertreten liess und die Nähe zur Eidgenossenschaft suchte, um einer habsburgischen Übernahme zu entgegen, während die anderen Städte der Dekapolis letzten Endes von Frankreich vereinnahmt wurden.

Abgesehen vom Beitrag über Reichsdörfer nehmen nur zwei Autoren die Gesamtheit der (kleinen) Reichsstädte in den Blick: Elisabeth Gruber untersucht den anonymen Bericht über Friedrichs III. Krönungsreise und hebt darin die materiellen Aspekte beim Herrschereinritt in 136 Aufenthaltsorte hervor. Eine spezifische Erkenntnis zu kleinen Reichsstädten liess sich daraus allerdings nicht erschliessen, da sie im Bericht «kaum explizit wahrgenommen» wurden (S. 178). Gabriele Annas sucht nach der Präsenz der kleineren Reichsstädte auf den Reichsversammlungen des späten Mittelalters und stellt fest, dass keineswegs immer alle Städte eingeladen waren. Zum anderen beschickten die geladenen kleinen Reichsstädte nicht immer die Reichstage, sondern liessen sich von grösseren vertreten oder blieben ihnen aus unterschiedlichen Gründen fern. Doch die Forschung dazu steht erst an den Anfängen und muss auch die seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts stattfindenden Reichstädtetage einbeziehen.

Trotz der zum Teil recht unterschiedlich akzentuierten Beiträge gelingt Julia A. Schmidt-Funke in ihrer Zusammenfassung eine interessante Synthese, indem sie die behandelten Städte entlang von drei Fragen nochmal Revue passieren lässt: Was heisst klein? Wie interagierten die kleinen Städte und welche Handlungsspielräume eröffneten sie sich? Wie zeigte sich ihre reichsstädtische Identität?

Michel Pauly, Luxemburg

Nadine Amsler, Nadir Weber (Hg.), **Im Schatten der Macht. Subalterne Körper an frühneuzeitlichen Fürstenhöfen**, Berlin: Duncker & Humblot 2024 (Zeitschrift für Historische Forschung, Beihefte, Bd. 60), 269 Seiten, 8 Abbildungen.

Der von Nadine Amsler und Nadir Weber herausgegebene Band untersucht subalterne Körper an frühneuzeitlichen Höfen. Ziel ist es, durch die Analyse der körperlichen Kopräsenz subalterner Akteur:innen das höfische Interaktionssystem, dessen Alltagsin-

szenierung und die Auswirkungen des Hofdienstes auf Biographien und Statuspolitik der Beteiligten besser zu verstehen (S. 10).

Der körperhistorische Zugang wird mit dem Konzept der Subalternität unter besonderer Berücksichtigung der Sichtbarkeit subalterner Akteur:innen verbunden. Die simple Übertragung der Subalternität aus der postkolonialen Theorie auf den frühneuzeitlichen Hof, so die Herausgeber:innen, erscheint für die meisten Fälle ungeeignet, da am Hof weniger krasse intersektionale Asymmetrien und kommunikative Barrieren bestanden (S. 12). Die körperliche Nähe zum Fürsten bot subalternen Bediensteten in der Frühen Neuzeit aber Chancen auf Reichtum und soziale Aufstiegsmöglichkeiten. (S. 20). Amsler und Weber nutzen Subalternität, die gerade nicht für die Frühneuzeitforschung entwickelt wurde, wohltuend kritisch. Dieser Untersuchungsansatz ist vielversprechend für eine andere Perspektive auf das Interaktions- und Distinktionssystem Hof.

Zu den innovativen Ergebnissen des Bandes gehört die Ambivalenz subalterner Körper am Hof und die Bedeutung ihrer (Un)sichtbarkeit. Dabei betrifft die Ambivalenz etwa die Diskrepanz zwischen der Visualisierung der subalternen Akteur:innen als inferior und den von ihnen beschrittenen Karrierewege am Hof. Rebekka von Mallinckrodt zeigt am Beispiel von People of Colour am Hof August des Starken, wie Herrschende über ihre ikonographische Darstellung gemeinsam mit People of Colour, die eigenen «imperialen Ambitionen» (S. 40) in den Vordergrund stellten. Die Darstellung täusche aber darüber hinweg, dass es durchaus People of Colour am Hof gab, die als «Kammermohr:innen» dienten, am Hof aufstiegen und sogar Familien gründeten (S. 58).

Die exponierte Sichtbarkeit war auch für Eva Seemann bei der Untersuchung der Rolle von «Hof- und Kammerzwerg:innen» von Bedeutung. Dabei kann sie eindrücklich zeigen, dass Zwerg:innen zwar als Unterhaltungskünstler:innen am Hof fungierten und sich durch ihre körperlichen Besonderheiten exponierten (S. 70–75), jedoch gelang es den «Zwerg:innen» ebenso als «Kammerzwerg:innen» nah an der Macht zu fungieren. An Beispielen veranschaulicht Seemann, wie «Zwerg:innen» von einer Dienerin und Spielgefährtin der Fürstinkinder am Grazer Hof zu einem Teil der fürstlichen Familie wurden (S. 82) oder sogar in den Reichsadel aufstiegen (S. 86).

Kevin Klein untersucht die Sichtbarkeit der Leibgardisten und wie sie das «Sozialsystem» (S. 107) Hof performativ räumlich herstellte. Die physische Präsenz der Gardisten markierte sowohl in der Residenz als in öffentlichen Prozessionen die Grenze unterschiedlicher Nahbereiche rund um den Herrscher. Er wurde so zum «Referenzpunkt» (S. 112), durch den die Einordnung der beteiligter Akteur:innen in die ständische Hierarchie während der Prozession erst möglich wurde. Die Karrieren der Leibgardisten hingen aber weniger von ihrer Sichtbarkeit ab, sondern davon, ob sie ihre Loyalität zum Kaiser durch jahrelangen Einsatz ihres Lebens bewiesen hatten (S. 120).

Unsichtbar blieben dagegen die Körper der von Elisabeth Natour untersuchten Hofmusiker, was ihren sozialen Aufstieg erschwerte (S. 179). Musik betonte die göttliche Legitimation der Herrschaft. Musik sollte vom Herrschenden ausgehen, weshalb Musiker bewusst verborgen wurden (S. 184). Hofmusiker konnten abseits von Herrschaftsinszenierungen auch in den Nahbereich der Monarch:innen gelangen und mussten dort nicht verborgen werden. Auch dort war jedoch geringe Sichtbarkeit ein Problem, denn der Zugang zu den Gemächern der Herrschenden war derart beschränkt, dass die Musiker in diesen Situationen von zu wenigen potenziellen Arbeitgeber:innen gesehen wurden (S. 196).

Der Band fokussiert auch Nahbeziehungen zwischen Diener:innen und Herrscher:innen, die auf die Sorge und Fürsorge für den fürstlichen Körper und die Gesundheit ausgerichtet waren. Elena Taddei argumentiert, dass sich die Stellung als Hofarzt aber nur bedingt für eine Karriere am Hof eignete. Sie mussten sich das Vertrauen ihrer Patient:innen sichern, indem sie diskret mit Geheimnissen über den fürstlichen Körper umgingen (S. 140). Dabei war neben dem Vertrauen der Fürst:innen ein medizinisches Netzwerk als «peer patronage» (S. 134) notwendig, dass die Fähigkeit des Arztes bezeugte. Hofärzte wurden aber nur Teil der zeremoniellen Ordnung am Hof, wenn sie als Berater, Astrologen oder Diplomaten tätig waren (S. 136). Besser konnte die Position als Hofarzt das Renommee des Arztes fördern und ihn für Positionen ausserhalb des Hofes empfehlen (S. 144).

Die Kommensalen als «Tischgenossen» (S. 223) des Königs, mit denen sich Mathieu da Vinha beschäftigt, sorgten für Herrscher:innen etwa als Kammerdiener. Die «Belagerung des Throns» (S. 223) durch eine Vielzahl von Klein- und Kleinstadeligen sorgte schliesslich dafür, dass sie ebenfalls Einfluss nehmen konnten. Da die Ämter vom Vater zum Sohn weitergegeben werden konnten und die Kommensalen untereinander Heiratsallianzen bildeten, war es möglich, dass sie ihren sozialen Aufstieg am Hof in der nächsten Generation fortsetzten. Sie konnten auf diese Weise eine Dynastie von Kammerdienern gründen (S. 218 f.).

Diese Fürsorge von Kommensalen zu ihren Fürst:innen erstreckten sich nicht nur auf menschliche Akteur:innen wie Nadir Weber herausarbeitet. Am Beispiel der fürstlichen Kammertiere zeichnet Weber nach, wie die Betreuung der Tiere den damit betrauten Kommensalen eine Karrieremöglichkeit bieten konnte (240 f.). So war es möglich, dass Charles d'Albert Sieur de Luynes (1578–1621), der am französischen Hof für die Vögel zuständig war, eine Karriere als militärischer Oberbefehlshaber machen und sogar zum Favoriten des Königs werden konnte (S. 241).

Nadine Amsler analysiert mit den Ammen am Münchner Hof eine geradezu körperliche Nahbeziehung. Die Ammen führten in ihren Suppliken die körperliche Beziehung zwischen sich und ihren Stillkindern an, um mit dem «Band der Milch» (S. 169) ihre eigenen Kinder mit den fürstlichen Stillkindern zu verbinden. Die Ammen beanspruchten so einen Platz in der fürstlichen Gnadenökonomie, teilweise mit Erfolg (S. 168). Die Münchner Hofkanzlei versuchte im Laufe des 17. Jahrhunderts zunehmend diese körperlichen Nahbeziehungen zwischen Stadtgesellschaft und Kurfürstenhof in Ordnung zu bringen und in geordnete Bahnen zu lenken (S. 169). Das «Band der Milch» war eine Möglichkeit, so Amsler, zu gelegentlichen Gunsterweisen, doch allgemein war es eine «wenig belastbare Verbindung» (S. 168), weil es in vielen Fällen keine langfristige soziale Absicherung mit sich brachte und «nicht einmal vor Altersarmut schütze.» (S. 170).

Pascal Firges fragt nach Körperlichkeit als Ressource in Selbstzeugnissen anhand ausserehelicher Intimbeziehungen am Hof des 18. Jahrhunderts. Dabei analysiert Firges anschaulich, wie der Marquis de Valfons (1710–1786) seine Männlichkeit gegenüber den ranghöheren Mätressen hervorhob, um «das ausschlaggebende Übergewicht des Ranges seiner Mätressen diskursiv auszugleichen» (S. 264). Die Betonung von männlicher Körperlichkeit in dieser spezifischen Nahbeziehung wurde als Mechanismus benutzt, um in der Selbstkonstruktion mit Rangunterschieden umzugehen.

Der Band präsentiert innovative Ansätze zur Verflechtung von Körpergeschichte und Subalterität, die neue Forschungsperspektiven auf den Hof, seine symbolische Kon-

stitution und die soziale Mobilität innerhalb der Hofgesellschaft eröffnen. Die theoretisch anspruchsvollen Beiträge bieten vielfältige Inspiration und Anknüpfungspunkte für weitere Forschungen.

Malte Wittmaack, Bielefeld

Milo Bernasconi, **Une alliance éphémère. Les relations de pouvoir entre les villes de Berne et de Lausanne. De la combourgeoisie à la sujétion (1525–1538)**, Lausanne: Antipodes, 2024, 287 Seiten.

Es ist das Verdienst dieser Studie, in Erinnerung zu rufen, dass die eidgenössischen Städte Bern und Freiburg noch vor ihrer Eroberung der Waadt 1536 im Dezember 1525 ein Burgrecht mit der Stadt Lausanne abgeschlossen haben. Mag im Nachhinein die Annäherung zwischen Lausanne und den beiden westlichen Orten der Eidgenossenschaft als Vorspiel zur eidgenössischen Annexion der Stadt Lausanne und der savoyischen Waadt erscheinen, so kann der Verfasser darlegen, dass die Verbindung von 1525 in einem anderen Licht erscheint, wenn man – wie er dies überzeugend tut – den Erfahrungshintergrund und Erwartungshorizont der damaligen Akteure in Rechnung stellt. Die Stadt Lausanne unterstand im frühen 16. Jahrhundert nicht der Herrschaft des Hauses Savoyen, sondern den Lausanner Fürstbischöfen, die sich als Reichsfürsten mit einem kleinen Hochstift gegenüber dem Haus Savoyen behaupten konnten, das seit dem 13. Jahrhundert seinen Einflussbereich in der Waadt ausdehnte. Wie in vielen Bischofsstädten entwickelten auch in Lausanne die Stadtbürger im Verlauf des 14. und 15. Jahrhunderts ihre Gemeindeorganisation mit Bürgermeister und einer stark ausgebildeten Ratsverfassung und traten in Konkurrenz zum bischöflichen Stadtherrn. Mit dem Burgrecht mit den einflussreichen Städten Bern und Freiburg wollte die nach mehr Autonomie strebende Lausanner Bürgerschaft sich politisch und diplomatisch stärken, während es den beiden Städten darum ging, ihren Einfluss im Raum zwischen Aare/Saane und Léman erheblich zu vergrössern. Insofern wird man das Berner und Freiburger Burgrecht mit Lausanne von 1525 durchaus jenem der beiden Städte mit der Stadt Genf aus dem Jahr 1519 an die Seite stellen können, auch wenn sich die Verbindungen der beiden Bischofsstädte mit den Eidgenossen langfristig in ganz unterschiedliche Richtungen entwickelt haben.

Im Mittelpunkt der Darstellung (Teil 1: S. 13–168) steht die historisch-semantische Analyse der Korrespondenz zwischen den Städten Bern und Lausanne zwischen 1525 und 1559 mit einem Schwerpunkt im Zeitraum von 1525 bis 1542. Das zugrundeliegende Briefkorpus ist allerdings sehr ungleich zusammengesetzt: In 101 von 106 Missiven richtete sich der Rat von Bern an den Lausanner Rat, während nur fünf Briefe des Lausanner Rats an Bern der Studie zugrunde liegen. Die wesentlich günstigere Überlieferungslage auf bernischer Seite verdankt sich der Tatsache, dass der Berner Rat Kopien der ausgehenden Schreiben anfertigte. Der umfangreiche Anhang (Teil 2: S. 171–265) präsentiert die vollständigen Transkriptionen der 106 zwischen Bern und Lausanne ausgetauschten, französischsprachigen Missiven sowie von drei Briefen, die der Berner Rat 1529, 1531 und 1536 an den Bischof bzw. das Kapitel von Lausanne richtete.

Das besondere Interesse des Verfassers gilt der Rhetorik und Sprache der Briefe. Er untersucht die Titel und Anreden am Anfang als auch die Grussformeln am Ende der Schreiben sowie die Verben, mit denen die Absender der Briefe ihre Anliegen dem Empfänger gegenüber artikulierten. Die Analyse zeigt, dass die Stadt Bern in der Phase des Burgrechts (1525 bis 1536) in den Schreiben an Lausanne sich einer Semantik des Bittens oder Ermahnens bediente und nach der Unterwerfung Lausannes unter die bernische

Landesherrschaft ab 1536 rasch zu einer Sprache wechselte, die die Lausanner in der Begrifflichkeit von Befehl, Gehorsam und Pflichterfüllung adressierte.

Inhaltlich wirft die Studie Licht auf überraschende Beobachtungen, die insgesamt unterstreichen, dass das Burgrecht von 1525 kein Bündnis zwischen Partnern auf gleicher Augenhöhe, sondern eine sehr ungleiche Verbindung begründete. Der Verfasser erblickt darin «eine Art von Protektorat» (S. 166) und die Vorstufe zur späteren Unterwerfung 1536. Vor diesem Hintergrund insinuiert der im Buchtitel verwendete Begriff «alliance» eine schiefe Vorstellung von der Beziehung zwischen Lausanne und Bern. Verschiedene Episoden aus der kurzen Phase des Burgrechts lassen keinen Zweifel aufkommen, welche Partei am längeren Hebel sass. So musste 1529/30 die damals noch altgläubige Stadt Lausanne mehrmals dem Drängen Berns, das gerade erst 1528 den neuen Glauben angenommen hatte, nachgeben und einwilligen, dass der radikale Prediger Guillaume Farel in Lausanner Kirchen in reformatorischem Sinne predigen durfte. Ausserdem hatte die Stadt Lausanne keine andere Wahl, als dem militärischen Aufgebot der Stadt Bern Folge zu leisten und auf eigene Kosten beachtliche Truppenkontingente zu stellen, als die Aarestadt 1528 im Berner Oberland gegen antireformatorische Unruhen der Untertanen vorging oder als sie in den beiden Kappelerkriegen 1529 und 1531 Krieg gegen die altgläubigen Inneren Orte, d. h. gegen die Glaubensgenossen Lausannes, führte.

Dem Verfasser ist – wie er im Fazit einräumt (S. 168) – durchaus bewusst, dass es ihm die konzeptionelle Anlage seiner Studie verbietet, eine erschöpfende Analyse der Macht- und Kräfteverhältnisse im Dreieck zwischen Lausanne, Freiburg und Bern vorzulegen. Dazu hätte er sein Quellenkorpus in zwei Hinsichten deutlich erweitern müssen – sachlich um weitere Quellengruppen (z. B. die Ratsmanuale) und vor allem auch räumlich um die Überlieferungen der beiden Städte Freiburg und Genf. So wäre etwa Freiburgs Rolle als zweiter Burgrechtspartner der Stadt Lausanne zu klären, der im Unterschied zu Bern beim alten Glauben verblieb. Mit dem Einbezug der Stadt Genf wiederum böte sich ein aufschlussreicher Vergleichspunkt, um das machtpolitische Ausgreifen Berns und Freiburgs nach Westen in den savoyischen Einflussbereich besser zu verstehen.

André Holenstein, Bern

Ulf Wendler, **Pest, Fleckfieber, Ruhr und Typhus. Epidemien auf dem Land und ihre Deutung im Fürstentum Lüneburg (1565–1666),** Göttingen: Wallstein, 2024, 408 Seiten.

Wie stark geschichtswissenschaftliche Bemühungen aktuellen Debatten folgen, und wie umfangreich gesellschaftliche Debatten historische Argumente bemühen, haben die seuchenhistorischen Publikationen sowie die Corona-Debatte der letzten fünf Jahre hinlänglich gezeigt – darunter auch diverse Schnellschüsse. Dies kann man von Ulf Wendlers *Pest, Fleckfieber. Ruhr und Typhus* allerdings nicht behaupten; das Gegenteil ist der Fall: Bereits seit seiner Dissertation *Ländliche Gesellschaft zwischen Kirche und Staat. Das Kirchspiel Suderburg in der Lüneburger Heide* (1999) und damit seit 25 Jahren hat Wendler die Grundlagen für diese gewichtige und sorgfältig gearbeitete Studie gelegt.

Wendler gliedert seine Arbeit auf etwa 400 Seiten in drei Hauptteile mit jeweils mehreren Unterkapiteln. In einem bezogen auf den Gesamtumfang erfreulich konzisen ersten Kapitel führt Wendler in die Grundlagen und Voraussetzungen ein, der einen sehr gründlichen und klug kommentierten Literaturbericht umfasst, einen knappen – und m. E. verzichtbaren – Exkurs über Krankheits- und Seuchenvorstellungen heute, sowie die

historische Einordnung des Kirchspiels Suderburg in den mitteleuropäischen sowie den regionalen Kontext des Fürstentums Lüneburg.

Der wichtigste und daher mit knapp 200 Seiten zurecht umfangreichste Teil befasst sich mit den demografischen Auswirkungen der im Kirchspiel Suderburg fassbaren fünf grossen Sterblichkeitskrisen in den Jahren 1597, 1599, 1626, 1628 und 1639. Das Kapitel beginnt mit dem wohl gründlichsten Literaturüberblick zur ländlichen Seuchengeschichte, den der Rezensent seit langer Zeit gelesen hat. In der Darlegung der sozialen Umstände ist die Studie stets präzise, was die weitere Einordnung und Interpretation auch im Detail ermöglicht. Das Kirchspiel Suderburg umfasste im Untersuchungszeitraum sieben Orte mit insgesamt etwa 90 Höfen, die Kirche befand sich im Hauptort Suderburg, wo auch der Vogt, der von 1521 bis in die zweite Hälfte des 17, Jahrhunderts aus derselben Familie stammte, auf seinem Hof lebte und eine Gastwirtschaft betrieb. Der durch das Kirchspiel führende Hessenkarrenweg führte im Dreissigjährigen Krieg mehrfach zu Durchzügen und Einquartierungen. Für den Untersuchungszeitraum sind überdies keinerlei unmittelbaren territorialstaatlichen Eingriffe oder Regulative zur Seuchenbekämpfung für das Kirchspiel bekannt.

Wendler beschränkt sich nicht auf das schlichte Auszählen der in den Kirchenbüchern überlieferten Todesfälle und Begräbnisse, sondern erarbeitet seine Ergebnisse nach sorgfältigen Familienrekonstruktionen, die gepaart mit anderen Quellen nicht zuletzt zu einer soliden Einschätzung der tatsächlichen Bevölkerungszahl («simulierte Volkszählung»), aber auch zu einer Rekonstruktion von Topographie und Besitzverhältnissen führt. Der Fokus auf das überschaubare Kirchspiel führt zu einer aussergewöhnlichen dichten Beschreibung, die Todesfälle nicht nur auf den Ort, sondern bis auf die Hofstelle zurückführen lässt, und auf diesem Wege auch die «Mikrowanderung» von einzelnen Seuchengängen differenziert nachweist. Die Familienrekonstruktion erlaubt zudem Feststellungen über die Verteilung der Überlebenden und der Todesfälle bis auf die einzelne Hofstelle. Damit gelingt es Wendler, die demografischen Auswirkungen etwa des Todes Verheirateter bzw. Unverheirateter ebenso präzise zu bezeichnen, wie festzustellen, dass sich das Geschlechterverhältnis der Pestopfer abhängig von deren Lebensalter veränderte, indem in der Gruppe der unter 20-jährigen mehr männliche als weibliche, in der Gruppe der über 20-jährigen indes mehr weibliche als männliche Opfer zu beklagen waren. Alle diese Faktoren kombinierten sich in den fünf Sterblichkeitskrisen durchaus unterschiedlich, woraus Wendler zu Hypothesen kommt, dass es sich nicht allen Fällen um die «Pest» im engeren (und heutigen) Sinne gehandelt haben muss – daher der Titel: «Pest, Fleckfieber, Ruhr und Typhus».

Im Unterschied zum grösseren Teil der Publikationen der letzten Jahre geht Wendler erst auf der ebenso präzise wie solide gearbeiteten sozialhistorischen und demografischen Basis auf den in gedruckten Pestschriften geführten regionalen Seuchendiskurs sowie die wenigen fassbaren Supplikationen mit eindeutig einschlägigem Bezug gründlicher im dritten Teil seiner Arbeit auf etwa 100 Seiten ein. Er behandelt darin zehn von Theologen verfasste Predigten und Leichenpredigtsammlungen, Gebet- und Gesangbücher sowie Traktate sowie 26 von Medizinern verfasste Seuchenschriften, darunter 18 zur Pest, sechs zur Ruhr sowie je eines dem Fleckfieber und Fieber allgemein gewidmete – allesamt freilich mit engerem regionalem Bezug. Die zum Teil recht ausführliche Wiedergabe deren Inhalts spiegelt die gesamte Breite des auch aus anderen Regionen sowie überregional im Seuchenschrifttum bekannten; speziell aus den Inhalten ergeben sich kaum regionale Spezifika, wie auch konzeptionell die strenge Trennung nach Schrifttum theologisch sowie

medizinisch gebildeter Autoren nicht mehr überzeugt – sie alle widmeten sich ein und demselben soziokulturellen Phänomen, ohne sich zu widersprechen oder auch nur miteinander zu konkurrieren.

Urs Wendler hat ein für die Seuchengeschichte der Frühen Neuzeit extrem wichtiges Werk vorgelegt. Nicht nur die hochdifferenzierte, methodisch aussergewöhnlich sichere und überaus präzise demografische Analyse imponiert. Der weitaus grösste Teil der Menschen lebte im Europa der Frühen Neuzeit – wie auch in den vorigen Jahrhunderten – auf dem Land. Umso mehr erstaunt es, dass der ländliche Raum nur ausnahmsweise im Mittelpunkt speziell der Seuchengeschichte steht. Als Erfahrungsgeschichte der europäischen Vormoderne sind die in den letzten Jahren vorgelegten Arbeiten auf die Seuchenerfahrung einer urbanen Minderheit konzentriert. Dies ändert sich nun mit der grossen Arbeit von von Ulf Wendler zur Seuchengeschichte im Kirchspiel Suderburg im 16. und 17. Jahrhundert. Gleich im Vorwort verspricht Wendler, demnächst einen Folgeband zur absolutistischen Pestbekämpfung während der Epidemie 1712–1714 vorzulegen. Darauf darf man heute bereits gespannt sein.

Fritz Dross, Erlangen

Samuel Weber, **Aristocratic Power in the Spanish Monarchy. The Borromeo Brothers of Milan**, 1620–1680, Oxford: Oxford University Press, 2023, 209 Seiten, 8 Abbildungen.

Das besprochene Buch ging aus einer an den Universitäten von Bern und Durham vorgelegten Dissertation hervor. Die Untersuchung umfasst den Zeitraum, als aufgrund der Schwäche bzw. Regierungsunfähigkeit der spanischen Könige die Macht de facto in der Hand mächtiger Günstlingsminister wie dem Conde-Duque de Olivares lag, die ihren Einfluss durch den Aufbau klientelarer Netzwerke sicherten. Den Aufstieg der Familie Borromeo in diesem System der Patronage zu untersuchen, ist deshalb auch eine Studie über Klientelismus und Herrschaftspraxis im 17. Jahrhundert.

Samuel Weber weist nach, wie die Familie Borromeo auf unterschiedliche machtpolitische Situationen reagierte und dabei flexibel die Funktionen des Kriegers, Höflings und Klerikers bedienen konnte. Dabei erkennt er im Untersuchungszeitraum einen Wandel der Borromeo vom Kriegeradel zum Dienstadel. Die Selbstdarstellung als eine dem Gemeinwohl und der spanischen Monarchie verpflichtete Familie habe aber lediglich deren dynastischen Interessen verborgen, wohingegen Weber das eigentliche Ziel der Borromeo darin erkennt, Teil der supranationalen Funktionselite der spanischen Monarchie zu werden.

Da der Adel beiden Normen zugleich verpflichtet war, entstand ein Spannungsverhältnis zwischen den Anforderungen des Gemeinwohls und den Interessen der Familie. In diesem Spannungsverhältnis lag Konfliktpotential, wenn Kritiker bestimmte Handlungen als eigennützig oder korrupt brandmarkten. Weber verdeutlicht dies am Fall von Giovanni Borromeo (1616–1660), der sich durch den Dienst als Heerführer für die Spanier im Kampf gegen die Franzosen in Norditalien ausgezeichnet hatte. Als Dank wurde er zum Generalkommissar über das spanische Heer in der Lombardei ernannt. Sein Aufstieg fand allerdings ein abruptes Ende, weil er in Konflikt mit lokalen Adligen sowie mit dem spanischen Gouverneur von Mailand geriet, die sich in Madrid gegen in positionierten. Sein Gesuch an den spanischen König, ihn aufgrund seiner Verdienste in den prestigeträchtigen Orden vom Goldenen Fliess aufzunehmen, scheiterte deshalb.

Hintergrund für diese Zurückweisung waren Weber zufolge die Aufstände gegen die spanische Herrschaft in Katalonien und Neapel in den 1640er-Jahren, die dazu geführt

hätten, dass die nach dem Sturz von Olivares in Madrid herrschende Adelsfraktion ein neues Ideal des Dienstes am Gemeinwohl propagiert habe. Dagegen sei das von Olivares geförderte Streben des Adels nach militärischem Ruhm nun als egoistisches Motiv diskreditiert worden, sodass auch Giovanni Borromeo nicht mehr als Kriegsheld, sondern als ehrgeiziger Adliger wahrgenommen worden sei. Die Inszenierung der Familie Borromeo als dem Gemeinwohl und dem spanischen König verpflichtet wäre somit ein Strategiewechsel gewesen, um nach der Diskreditierung von Giovanni die von ihr beanspruchte soziale Stellung dennoch zu erlangen.

Der Konflikt zwischen Giovanni Borromeo und der spanischen Monarchie lässt allerdings auch eine andere Deutung zu: Dass der Generalkommissar sein Amt im Streit niederlegte, ohne die Erlaubnis des Königs einzuholen, wurde am Hof in Madrid als illoyales Verhalten gedeutet. Da Illoyalität gegenüber dem König ein äusserst schwerer Vorwurf war und die Treue der lombardischen Adligen zur spanischen Monarchie ohnehin in Zweifel standen, musste die Familie grosse Energie aufwenden, um diesen Makel zu beseitigen. Darin liegt – meiner Meinung nach – die Ursache für die Anstrengungen von Kardinal Federico Borromeo (1617–1673) und Antonio Renato Borromeo (1632–1686), die Dienstverpflichtung ihrer Familie gegenüber der spanischen Monarchie herauszustellen, denen der zweite Teil der Monographie gewidmet ist.

Die Studie fusst auf einer umfassenden Analyse von Sekundärliteratur und Quellen aus Archiven in Mailand, Rom, Madrid und dem Familienarchiv der Borromeo in Angera am Lago Maggiore. Hauptquelle sind die bislang nicht ausgewerteten Briefe von Federico, der als päpstlicher Staatssekretär erfolgreich spanische Interessen gegenüber der Kurie und dem Erzbischof von Mailand vertrat und so in Madrid das Wohlwollen der herrschenden Fraktion um Juan José de Austria gewann. Neben Briefen und anderen Archivdokumenten bezieht Weber auch das künstlerische Mäzenatentum der Familie Borromeo in seine Untersuchung mit ein. Dessen Funktion bestand darin, die unter Federico Borromeo erworbene Stellung der Familie über den Tod des Kardinals hinaus sichtbar und damit nutzbar zu machen.

Eine kleine Kritik an einer ansonsten überzeugenden und sehr gut lesbaren Arbeit ist in Bezug auf den Begriff des Gemeinwohls anzumerken, der in Webers Untersuchung unscharf bleibt. Zum einen verwendet er ihn nicht angemessen, wenn er sich das Urteil historischer Akteure zu eigen macht, die beispielsweise Giovanni Borromeo als eigennützig kritisierten. Es wäre ratsam, auf solche Werturteile zu verzichten und stattdessen die Verwendung des Gemeinwohlbegriffs selbst zum Gegenstand der Analyse zu machen. Zum anderen war eine Trennung zwischen dem Dienst am Gemeinwohl und dem Dienst für den König, wie sie Weber implizit vornimmt, für die spanische Monarchie des 17. Jahrhunderts nicht möglich, ohne sich den Vorwurf der Rebellion einzuhandeln. Jede Herrschaft und besonders die des Königs war dem Gemeinwohl verpflichtet und hatte sich entsprechend darzustellen. Dass die Borromeos dies auch taten und sich eine Spannung zwischen Selbstdarstellung und dynastischen Interessen gab, ist hier also nicht überraschend, sondern eher zeittypisch, wie Weber auch treffend mit Verweis u. a. auf Barbara Stollberg-Rilingers «baroque-state» darlegt.

Bemerkenswert ist Webers Erkenntnis, dass der konstante Bezug auf das Gemeinwohl, um eigenes Handeln zu rechtfertigen, und die Kritik an der Korruption und dem Eigennutz konkurrierender Akteure im Laufe des 17. Jahrhunderts dazu geführt habe, dass sich das Ideal eines Dienstadels etablierte, wohingegen dynastische Interessen und korrupte Praktiken zunehmend diskreditiert wurden. Insgesamt liefert Webers Buch ei-

nen sehr informativen Einblick in die spanische Herrschaft Norditaliens und ist darüber hinaus ein wichtiger Beitrag zur Geschichte des Adels.

Martin Biersack, Granada

Simona Boscani Leoni, Claire Gantet, André Holenstein, Timothée Léchot, Bérangère Poulain (Hg.), **Le Corps helvétique et la France (1660–1792). Transferts, asymétries et interdépendances entre des partenaires inégaux / Das Corps helvétique und Frankreich (1660–1792). Transfers, Asymmetrien und Interdependenzen zwischen ungleichen Partnern**, Genève: Éditions Slatkine, 2024 (Travaux sur la Suisse des Lumières, Bd. 23), 396 Seiten.

Blicken wir auf die europäische Landkarte des 17. und 18. Jahrhunderts, könnten die beiden im vorliegenden Band verhandelten politischen Entitäten unterschiedlicher kaum sein: Hier das vergleichsweise stark zentralisierte Königreich, das nicht erst seit dem Regierungsantritt des «Sonnenkönigs» Ludwig XIV. 1660 für sich beanspruchte, eine kontinentale Führungsmacht zu sein; da das alpine Bündnisgeflecht von kollektiv regierten Klein- und Kleinststaaten, das nicht zuletzt angesichts der Divergenzen zwischen seinen Gliedern auf eine mehr oder weniger erfolgreiche Neutralitätspolitik zurückzog. Das Letzteres nicht bedeutete, bei den grossen europäischen Kriegen abseits zu stehen, zeigen gerade die Beziehungen zum grossen Nachbarn: Eidgenössische Regimenter waren an allen französischen Kriegszügen unter Ludwig XIV. beteiligt und trugen nicht unwesentlich zur territorialen Expansion Frankreichs in den 1660er- bis 1680er-Jahren bei. Aus französischer Sicht wurde die Eidgenossenschaft entsprechend nicht nur als kurioses benachbartes Staatswesen ohne politisches Zentrum angesehen, sondern vor allem auch als nützliches Söldnerreservoir und Umschlagplatz kriegswichtiger Güter. Seit dem 16. Jahrhundert entsandte die Krone deshalb Vertreter der höchsten diplomatischen Rangstufe – die in Solothurn residierenden Ambassadoren – in die Eidgenossenschaft, sekundiert von Residenten in den Drei Bünden, Genf und dem Wallis. Den eidgenössischen Orten wiederum ermöglichte der kontinuierliche Fluss französischer Pensionengelder, Staatsschätze aufzubauen und führende Familien samt ihrer Klientel zu alimentieren, während Kaufleute von in den Allianzverträgen festgeschriebenen Handelsprivilegien profitierten. Die Beziehungen zwischen dem Königreich Frankreich und dem Corpus helveticum können damit als «Symbiose ungleicher Partner» beschrieben werden.[2]

Der Sammelband, der auf eine im April 2022 durchgeführte interdisziplinäre Tagung der Schweizerischen Gesellschaft für die Erforschung des 18. Jahrhunderts zurückgeht, setzt bei solchen Beobachtungen an und erweitert sie um kultur-, sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Facetten. In ihren einleitenden Beiträgen resümieren die Mitherausgeberin Claire Gantet (S. 11–18) und der Mitherausgeber André Holenstein (S. 19–37) die ältere und neuere Forschung zu den französisch-eidgenössischen Beziehungen in der Frühen Neuzeit und plädieren für eine neue Perspektivierung der Verflechtungen im Sinne einer *histoire croisée.* Holenstein konstatiert dabei eine umfassende «politische, materielle, kulturelle und symbolische Abhängigkeit der eidgenössischen Machteliten von französischen Ressourcen» (S. 33) und formuliert die These einer «protektoratsähnlichen Abhängigkeit zur französischen Krone» nach 1648 (S. 36). Paradoxerweise ermöglichte also gerade die oftmals als Moment der definitiven völkerrechtlichen

2 Andreas Würgler, Symbiose ungleicher Partner. Die französisch-eidgenössische Allianz 1516–1798/1815, Jahrbuch für europäische Geschichte 12 (2011), S. 53–76.

Souveränität interpretierte Reichsexemtion im Westfälischen Frieden eine umso stärkere Anbindung an die westliche Grossmacht.

Einige Beiträge des Bandes zeigen eindrücklich, wie stark die französische Krone in diesen Beziehungen aus ihrer Position der Überlegenheit die Bedingungen diktieren konnte, so etwa im Kontext der vom umtriebigen Offizier und Agenten Peter Stuppa vorangetriebenen Aushebung von Linienregimentern in den frühen 1670er Jahren (Beitrag von Katrin Keller) oder in den Beziehungen zu Familien des Solothurner Patriziats (Julien Grand). Wie insbesondere die Beiträge von Sarah Rindlisbacher Thomi und Andreas Würgler zeigen, formierte sich in den führenden reformierten Orten Zürich und Bern aber in derselben Zeit ein mit zunehmender rhetorischer Schärfe geführter antifranzösischer Diskurs, der sich im Berner Spionagefall um Katharina Perregaux-von Wattenwyl 1690 öffentlichkeitswirksam entlud und sich bald auch in der Neuausrichtung der europäischen Allianzbeziehungen niederschlug. Insofern kann die Protektoratsthese vor allem für die katholischen Orte, die sich mit dem «Trücklibund» 1715 noch stärker auf die alleinige Unterstützung Frankreich einstellten, Gültigkeit beanspruchen – Kritiker wie der Luzerner Ratsherr Franz Urs Balthasar, dessen unpublizierte Schriften André Holenstein in seinem Beitrag untersucht, blieben hier weitgehend auf verlorenem Posten. Die reformierten Orte vermochten demgegenüber ihre politische Unabhängigkeit durch die Pflege von multiplen Allianzen im 18. Jahrhundert wieder stärker zu behaupten. Dementsprechend war der Eintritt in französische Dienste etwa für junge Waadtländer Adlige (Beitrag von Danièle Tosato-Rigo) in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts noch eine Karriereoption unter vielen.

Besonders interessante Einblicke ermöglicht der Band auch in die ambivalente Rolle von konfessionellen Zugehörigkeiten im Kontext der französisch-eidgenössischen Beziehungen. Bekanntlich spielte die Strahlkraft von Calvins Genf eine zentrale Rolle bei der Entstehung der religiös-politischen Partei der Hugenotten – vermutlich eine Ableitung von «Eidgenossen» – im Frankreich des 16. Jahrhunderts. Nachdem nun unter Ludwig XIV. die «religion prétendue réformée» 1685 wieder offiziell verboten worden war, boten die in Frankreich stationierten eidgenössischen Regimenter aus reformierten Orten mit ihren mitgereisten Pfarrern weiterhin eine mögliche Anlaufstelle für französische Reformierte im Untergrund (Beitrag von Paul Vo-Ha). Wie die von Kilian Harrer untersuchte katholische Sakralmobilität zeigt, verlief geographische Mobilität auch jenseits des *Refuge* nicht nur einseitig von der kleinen Eidgenossenschaft ins grosse Frankreich, sondern auch immer wieder in die andere Richtung. Ebenso wertvoll sind die Einblicke in die wirtschaftlichen, kulturellen und gelehrten Beziehungen, wie sie etwa die Fallstudien zu Geschenkpraktiken eidgenössischer Kaufleute in Lyon (Marco Schnyder) oder zu den Aktivitäten von Schweizer Künstlern in Paris (Dorothée Lanno) bieten. Die Netzwerkstudie von David Aeby, Lukas Heinzmann und Martin Stuber ist im Kontext des Bandes auch deshalb von Bedeutung, weil sie auch Grenzen in der Verflechtung aufzeigt – zwar wurden französische Gelehrte im Korrespondenz-Netzwerk um Albrecht von Haller oft genannt, doch scheint der direkte Austausch von Schweizer Gelehrten mit französischen Kollegen im Vergleich zu anderen Räumen doch eher bescheiden geblieben zu sein. Hervorzuheben ist auch der Syntheseversuch von Magnus Ressel und Torsten dos Santos Arnold zum eidgenössisch-reformierten Händlernetz im französischen Sklavenhandel, der bisherige Forschungen zur Thematik resümiert und mit interessanten neuen Erkenntnissen aus Fallstudien zu Nantes und dem Romberg-Netzwerk verbindet. Beiträge zu literarischen Thematisierungen des Solddiensts, kulturelle Transfers im Bereich der Schlossar-

chitektur, Interdependenzen in der Entwicklung neuer Druckmedien oder Perzeptionen des Corpus helveticum in französischen Nachschlagewerken des 18. Jahrhunderts runden den Band zusätzlich ab.

Wie bei einem solchen interdisziplinären Sammelwerk nicht ganz zu vermeiden ist, stehen manche Beiträge doch etwas unvermittelt nebeneinander, und gelegentlich hätte man sich etwas mehr Bezug zu den übergeordneten Fragestellungen des Bandes gewünscht. Die im Titel des Buches angesprochene Asymmetrie der Beziehungen spiegelt sich zudem auch darin, dass viele Beiträge die Auswirkungen der Verflechtungen nach Frankreich auf das Corpus helveticum beleuchten, jedoch kaum die Frage nach der Rolle dieser Verflechtungen für die Geschichte Frankreichs gestellt wird. Dass vor und während der Französischen Revolution Figuren wie der umtriebige Offizier und Höfling Peter Viktor von Besenval, der Genfer Bankier und königliche Finanzminister Jacques Necker, der ebenfalls aus Genf stammende Girondist Étienne Clavière oder der Neuenburger «Volkstribun» Jean Paul Marat prominente Rollen spielten, spiegelt die intensiven Verflechtungen ebenso wie die Tatsache, dass der Tuileriensturm vom 10. August 1792 nicht nur das Ende der eidgenössischen Solddienste für die Könige Frankreichs, sondern zugleich auch den endgültigen Zusammenbruch der französischen Monarchie markiert. Eine umfassende französisch-eidgenössische *histoire croisée* des Ancien Régime stellt insofern weiterhin ein reizvolles Desiderat der Forschung dar. Darauf hinzuweisen und das äusserst breite Spektrum wechselseitiger Einflüsse und Prozesse der Verschmelzung von der zweiten Hälfte des 17. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts anhand von Fallstudien zu veranschaulichen, ist das nicht geringe Verdienst dieses Bandes.

Nadir Weber, Bern

Simona Boscani Leoni, Sarah Baumgartner, Meike Knittel (Hg.), **Connecting Territories. Exploring People and Nature, 1700–1850**, Leiden: Brill, 2022 (Emergence of Natural History, Bd. 5), 268 Seiten, 14 Abbildungen.

Der auf Englisch erschienene Sammelband entstand im Nachgang zur internationalen Konferenz *Mapping the Territory: Exploring People and Nature, 1700 until 1830*, die 2017 an der Universität Bern stattfand. Den Herausgeberinnen ist es gelungen, Historikerinnen und Historiker aus mehreren Weltregionen (Argentinien, Deutschland, Indien, Italien, Schweiz) und mit unterschiedlichem akademischen Alter in einem Band zu vereinen.

Der Sammelband umfasst eine Einleitung und zehn Aufsätze, die von den Herausgeberinnen wiederum in drei Kapitel gegliedert wurden. Das erste Kapitel («Naturalists' Methods») besteht aus den Beiträgen von Simona Boscani Leoni, Francesco Luzzini, Meike Knittel und Stefanie Gänger. In den vier Beiträgen liegt der Fokus insbesondere auf den Methoden, welche die Akteurinnen und Akteure wählten, um die Menschen und ihre Umwelt zu erfassen. Im zweiten Kapitel («Authorities' and Societies' Strategies») steht die Rolle von staatlichen Organisationen und gelehrten Sozietäten bei der Erforschung von Mensch und Natur im Zentrum. Dieser Frage widmen sich Irina Podgorny, Sarah Baumgartner und Martin Stuber in ihren jeweiligen Beiträgen. Das dritte und letzte Kapitel («Defining Territories») wiederum umfasst mit den Beiträgen von Jon Mathieu, Barbara Orland und Chetan Singh Aufsätze, bei denen das Wissen über gewisse Weltregionen, die Wahrnehmung von Menschen und Umwelt sowie die Veränderung dieser Wahrnehmungen im Fokus stehen.

Bei der Lektüre der Aufsätze fällt rasch auf, dass die Kapiteleinteilung auch anders hätte aussehen können und zwischen den einzelnen Aufsätzen vielschichtige Verbindungen und Parallelen bestehen. Die Herausgeberinnen, denen dieses Potential zum aufsatz- und kapitelübergreifenden Lesen des Sammelbandes sehr wohl bewusst ist, ermuntern ihre Leserinnen und Leser denn auch, die Aufsätze komparativ zu durchleuchten. Entsprechend heben sie in der Einleitung mehrere alternative Zugänge und Herangehensweisen zum Sammelband hervor. So kann der Band einerseits ausgehend von den verschiedenen «lieux de savoir» (S. 5) gelesen werden. Es stellt sich dabei die Frage, wie an diesen unzähligen Orten Wissen geschaffen wurde und wie diese lokalen Wissensformen jeweils mit dem grösseren Unterfangen der «knowledge creation» (S. 3) zusammenhängen. Andererseits kann der Band auch ausgehend von der Motivation der Forschenden, das Exotische und Verborgene (S. 2) zu entdecken, gelesen werden.

Inspiriert von diesen vielfältigen Zugängen zum Sammelband sei eine weitere Neueinteilung der Aufsätze für diese Rezension erlaubt. Auf der einen Seite stehen dabei die Aufsätze, bei denen der Fragebogen als methodisches Werkzeug zur Schaffung von Wissen in der einen oder anderen Form im Zentrum steht. Auf der anderen Seite stehen diejenigen Beiträge, in denen sich die Autorinnen und Autoren vorder- oder hintergründig mit der Frage auseinandersetzen, welchen Einfluss *neues* Wissen auf die Wahrnehmung der Umwelt hat. Mit ihrer übersichtlichen Gesamtschau über die Geschichte des frühneuzeitlichen Fragebogens als Werkzeug zur Erfassung von Land und Leuten, bietet Boscani Leoni einen guten Ausgangspunkt, um in den weiteren Aufsätzen dem konkreten Einsatz von Fragebögen nachzuspüren. Von den administrativen Fragebögen der frühen spanischen Kolonialbehörden bis zu den wissenschaftlichen Pendants, die Francis Bacon und Johann Jakob Scheuchzer einsetzten, zeigt Boscani Leoni auf, wie der Versuch der systematischen Erfassung der neu unterworfenen Territorien in den Amerikas dazu führte, dass sich Gelehrte und Obrigkeiten in Europa vermehrt mit ihrer eigenen Umgebung zu beschäftigten begannen. Boscani Leoni hält fest, dass die Fragebögen in einem steten Prozess von Austausch, Adaption und Appropriation zu einem potenten Werkzeug zur Erfassung der Welt weiterentwickelt wurden.

Einem frühen Vertreter des Empirismus in Italien widmet sich Luzzini. In seinem Artikel zum italienischen Naturforscher Antonio Vallisneri, der während seiner Forschungsreise durch den Apennin im Kontakt mit der lokalen Bevölkerung *neue* Erkenntnisse sammelte, zeigt Luzzini auf, wie Vallisneri zu Beginn des 18. Jahrhunderts der Empirie in Italien erst noch zum Durchbruch verhelfen musste. Weitaus systematischer gingen rund 50 Jahre später die Naturforschende Gesellschaft Zürich (Baumgartner) und die Oekonomische Gesellschaft Bern (Stuber) bei der Erforschung ihrer unmittelbaren Umgebung vor. Indem sie mehrseitige Fragebögen an ihre Mitglieder und Unterstützer verteilten, gelang es den Sozietäten unter anderem, die Bevölkerungszahl von Zürich zu bestimmen und in protoanthropologischer Manier detaillierte Erkenntnisse über die Berner Landbevölkerung – insbesondere deren Nutzung von Feuchtgebieten – zu gewinnen. Podgorny wiederum zeigt in ihrem Beitrag auf, wie die Fragebögen der spanischen Kolonialbehörden, ungeachtet der politischen Umwälzungen der 1810er-Jahre, aus denen der argentinische Staat hervorgehen sollte, von den republikanischen Behörden beinahe unverändert übernommen wurden.

Welchen Einfluss hatte das *neue* Wissen auf die Wahrnehmung der Welt? Diese Frage steht im Zentrum der anderen fünf Beiträge des Sammelbandes. Singh, der sich mit der *Asiatick Society* und ihrem Versuch zur Erforschung des Himalayas beschäftigt, und

Gänger, die sich mit dem Umgang mit indigenem Wissen in Peru befasst, zeigen für je einen Naturraum und zwei unterschiedliche koloniale Kontexte auf, wie europäisch geprägte Forschende um 1800 indigenes Wissen beurteilten und inwiefern sie Indigene überhaupt als Wissende wahrnahmen. Die Resultate von Gänger und Singh sind insofern bemerkenswert, als dass sowohl die Mitglieder der *Asiatick Society* als auch der peruanische Botaniker José Hipólito Unánue vom *neuen* Wissen geblendet wurden und in der Folge indigenem und lokalem Wissen äusserst skeptisch begegneten.

Knittel zeigt anhand von Johannes Gessners *historia plantarum* eindrücklich auf, wie spezifisches Wissen zu einer selektiven Sichtweise auf die Welt und entsprechend auch zu einer relativen Blindheit in der Wahrnehmung der Welt führen konnte. Gessner hatte sich zum Ziel gesetzt, die gesamte bekannte Pflanzenwelt in einem Werk abzubilden. Dazu aktivierte Gessner sein Korrespondenznetz und erbat, kaufte und tauschte getrocknete Pflanzen, Samen und botanische Publikationen. Wie Knittel aufzeigt, war Gessner dank seiner Kontakte in der Lage, die Flora weit entlegener Gebiete wie Virginia umfassend zu dokumentieren. Die Abhängigkeit von seinen Kontakten führte jedoch dazu, dass Gessner die Welt der Pflanzen nur durch die Brille seiner primär niederländischen und schwedischen Kontakte sehen konnte.

Mathieu wiederum vergleicht in seinem Aufsatz die Wahrnehmung von Bergregionen mit jener von Wüstengebieten in der *longue durée*. Eindrücklich zeigt er auf, wie sich die Wahrnehmung der beiden Makroökosysteme zwischen ca. 1700 und 1850 grundlegend veränderte. Durch die Erforschung von Bergen und Wüsten erlebten die Berge in den rund 150 Jahren eine bespiellose Aufwertung ihrer Wahrnehmung, während die Wüsten im gleichen Zeitraum kontinuierlich schlechter konnotiert wurden. Auch Orland setzt sich in ihrem Beitrag mit der Konstruktion der Wahrnehmung von Landschaften auseinander, tut dies aber am Beispiel der Appenzeller Molkekuren. So zeigt Orland, wie ab 1750 findige Unternehmer im ausserrhodischen Gais aus dem Nichts eine Alpenidylle mit Kurort schufen, die den Alpenvorstellungen eines wachsenden europäischen Publikums entsprach und dadurch Kurgäste in Scharen anströmen liess.

Die drei Herausgeberinnen legen mit dem Sammelband eine gelungene Publikation vor. Der Sammelband bietet sich hervorragend zum Querlesen an und bringt den Leserinnen und Lesern die unglaubliche Vielfalt und Originalität der Zugänge, denen sich die heutige Geschichtsforschung der Wissensgeschichte annimmt, näher.

Janik Hug, Bern

Rossella Baldi (dir.), **Élie Bertrand (1713–1797) entre science, religion, préceptorat et journalisme**, Genève: Slatkine, 2023 (coll: Travaux sur la Suisse des Lumières, vol. 21), 261 pages, 8 illustrations.

Comme indiqué à juste titre en quatrième de couverture, quoiqu'il ait été longtemps relégué à l'arrière-plan dans la recherche sur la Suisse des Lumières, le pasteur vaudois Élie Bertrand figure parmi les «personnalités qui ont marqué le XVIII^{e} siècle helvétique». Ambitieux et dynamique, Bertrand avait dédié sa vie à des entreprises nombreuses (scientifiques, politiques, philosophiques, linguistiques, littéraires) et avait su intégrer les réseaux savants du continent. Issu d'une famille huguenote du second Refuge basée à Orbe, il avait fait des études en théologie à Lausanne, Genève et Leyde et avait été consacré en 1740. Après des premières charges pastorales à Ballaigues et Orbe, il fut longtemps au service de l'Église française de Berne, d'abord comme diacre, puis comme pasteur (1744–1765), où il se distingua pour ses qualités de prédicateur. En parallèle de

ces obligations, Bertrand s'affirma comme une figure connue dans les réseaux européens des sciences naturelles (en particulier en vertu de ses publications sur la géologie et l'étude des fossiles), s'engagea dans la Société économique de Berne, dont il fut secrétaire romand, et, au début des années 1760, entra au service des comtes polonais Michel et Joseph Mniszech en qualité de précepteur. Ce dernier engagement lui valut d'être appelé par le cousin des jeunes comtes, le roi de Pologne Stanislas-Auguste Poniatowski, pour le conseiller en matière de réformes économiques. Son interlude politique à Varsovie fut toutefois de courte durée, notamment à cause de la guerre civile qui ouvra la voie aux partitions de la république des Deux Nations. De retour dans le Pays de Vaud, Bertrand s'établit dans la région d'Yverdon en 1767 et il dédia le reste de sa vie aux sciences et à différentes entreprises littéraires, dont en particulier l'*Encyclopédie* de son ami Fortuné-Barthélemy de Félice et la Société typographique de Neuchâtel, institution influente du marché éditorial européen du XVIII[e] siècle.

Depuis sa «redécouverte» par Marc Weidmann, auteur d'un long article biographique paru en 1986 et basé pour l'essentiel sur le *Mémoire sur la vie de Monsieur Élie Bertrand* (1783) de Frédéric Samuel Ostervald,[3] Bertrand a attiré de manière grandissante l'attention des dix-huitiémistes, en particulier au cours de la dernière décennie, notamment grâce aux efforts respectifs de Marek Bratún (sur le front polonais) et de Rossella Baldi (concernant ses engagements scientifiques). Cet ouvrage collectif, dirigé par la même Baldi, fait émerger différentes facettes de l'érudit vaudois, même au-delà des axes indiqués dans le titre (science, religion, préceptorat et journalisme). Il ambitionne par-là d'apporter une révision historiographique des interprétations courantes qui virent parfois, sous l'influence du *Mémoire* d'Ostervald révisé par le même Bertrand, vers l'apologie. Plutôt que de retracer une histoire du savant vaudois, les contributions insistent sur ses ambivalences, voire sur ses limites, sa pensée étant rarement originale.

Les contributions de R. Sigrist, G. Gerber-Visser et J.-D. Candaux portent ce regard critique sur les activités de Bertrand dans les réseaux savants européens. Sigrist, dans une des contributions les plus intéressantes de l'ouvrage, offre une analyse quantitative de la correspondance scientifique de Bertrand, en reconstruisant son réseau et en mettant en évidence ses centres d'intérêt, tout en évaluant les contenus philosophiques de sa correspondance. Gerber-Visser se focalise sur l'activité de Bertrand comme secrétaire perpétuel du «département français» de la Société économique de Berne et souligne les effets bénéfiques apportés par cette expérience tant à la carrière du savant vaudois qu'à la société elle-même. Candaux présente les échanges épistolaires entre Bertrand et Voltaire autour du tremblement de terre de Lisbonne de 1755.

S. Moret Petrini, M. Bratún et M. Cicchini s'intéressent de leur côté à l'activité de Bertrand comme précepteur réformateur dans la «phase polonaise» de sa vie. Alors que Moret Petrini présente le projet éducatif mis en place par Bertrand pour les frères Mniszech et que Bratún revient sur ses projets réformateurs pour la Pologne (en reprenant les contenus de son article de 2020 sur le sujet), Cicchini analyse un essai publié anonymement par Bertrand en 1781, les *Éléments de la police générale d'un État*. Comme il le montre, cet ouvrage, longtemps attribué à De Félice, n'est en réalité qu'une version abrégée, commentée et adaptée au public francophone de *Die Grundfeste zu der Macht*

3 Marc Weidmann, Un pasteur-naturaliste du XVIIIe siècle: Elie Bertrand (1713–1797), in: Revue historique vaudoise 94 (1986), p. 63–108. Le Mémoire d'Ostervald est désormais disponible sur la plateforme Lumières.Lausanne.

und Glückseeligkeit der Staaten du caméraliste allemand Justi, que Bertrand a réalisée dans le cadre de ses engagements auprès des frères Mniszech.

Dans deux articles destinés à marquer l'historiographie sur le sujet, R. Baldi et T. Léchot mettent en évidence un volet méconnu de la vie de Bertrand: son rôle d'acteur influent de la scène éditoriale suisse. En s'appuyant sur la correspondance du pasteur, Baldi montre que ce dernier a été, *de facto*, le troisième directeur de la Société typographique de Neuchâtel aux côtés de son neveu Jean Élie Bertrand et de son ami Ostervald, auteur du *Mémoire* susmentionné. Il s'agit d'une révélation qui affecte tant les interprétations courantes de la dernière partie de la vie de Bertrand que l'étude de la STN et de son activité éditoriale. Léchot s'efforce d'évaluer l'activité journalistique de Bertrand, tâche ardue du moment que les auteurs du XVIII[e] avaient l'habitude de publier de manière anonyme leurs contributions dans la presse périodique. Il précise que Bertrand n'est pas un «journaliste de carrière», mais un savant engagé dans la presse périodique de l'époque, tant comme auteur d'articles que comme éminence grise dans la direction de plusieurs périodiques – activité qu'il déploie pour renforcer son autorité dans la République des Lettres. En complément, Léchot offre un premier inventaire provisoire des contributions journalistiques de Bertrand.

Les deux contributions de P.-O. Léchot et F. Rosset adressent le volets religieux et littéraire de la vie d'Elie Bertrand. Plus précisément, Léchot analyse la place de la morale dans la perspective théologique de Bertrand, qui s'inscrit dans les développements de la philosophie morale dans l'Europe de l'époque, avec lesquels il était familier, et Rosset présente ses «recréations littéraires» – un exercice auquel il s'était déjà attelé dans *L'enclos des Lumières* (2017), avec lequel cet article partage de larges passages. A. Castagnino, dans une contribution quelque peu marginale par rapport au sujet de l'ouvrage, se focalise enfin sur la réception italienne des œuvres agronomiques de Jean Bertrand, frère d'Élie, qu'elle lit à travers le prisme des pratiques de traduction dans l'Italie du XVIII[e] siècle.

S'il veut réévaluer la figure de Bertrand, le présent ouvrage ne prétend pas à l'exhaustivité, comme explicité par la même Baldi. L'ambition d'apporter un regard critique sur les différentes facettes de son parcours est tout à fait remplie, ce qui en fait une contribution précieuse à l'étude du savant vaudois. Il faut souligner toutefois que ces facettes ne font pas l'objet d'une synthèse et ne sont pas évaluées dans leur ensemble. Le livre manque d'une véritable introduction, les ambitions historiographiques de l'œuvre et la présentation des contributions étant intégrées dans la deuxième moitié de l'article de Baldi. De même, le livre n'inclut pas une conclusion de synthèse – ce qui constitue certes la norme pour un ouvrage collectif comme celui-ci, mais qui aurait représenté une plus-value au vu de la variété des contributions et de leur intérêt historiographique. Il ne reste donc plus qu'à souhaiter, avec Baldi, que l'ouvrage suscitera un renouveau d'intérêt pour Bertrand et que quelqu'un se lancera dans le projet d'évaluer sa figure et son parcours biographique.

Damiano Bardelli, Paris

Georg Kreis, **Blicke auf die koloniale Schweiz. Ein Forschungsbericht**, Zürich: Chronos 2023, 232 Seiten, 4 Abbildungen.

Die Schweiz und ihre Gesellschaft waren sowohl Produkte wie auch Produzierende des Kolonialismus. Diese Erkenntnis setzte sich in den letzten Jahren im Wechselspiel zwischen gesellschaftlichen Impulsen und geschichtswissenschaftlicher Forschung breitenwirksam durch. Georg Kreis, emeritierter Geschichtsprofessor der Universität Basel,

will diesen Prozess hin zur «kolonialen Schweiz» mit einem «Forschungsbericht» dokumentieren und gleichzeitig die Gründe für das Interesse am Thema reflektieren.

Die erste Hälfte des Buches widmet der Autor der Frage nach Ursachen und Verlauf der «Aufmerksamkeitskonjunktur» für die Schweizer Kolonialgeschichte. Dabei identifiziert er im Eröffnungskapitel neue geschichtswissenschaftliche Perspektiven, eine Pluralisierung gesellschaftlicher Erinnerungsansprüche sowie eine verstärkte politische Einflussnahme bis anhin marginalisierter Stimmen als sich wechselseitig bedingende Prozesse. Im zweiten und umfangreichsten Kapitel folgt eine chronologische Darstellung der Historiografie. Durch die ausgiebige Berücksichtigung älterer Forschungsliteratur zeigt Kreis überzeugend, dass die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema bereits vor der gesellschaftspolitischen «Aufnahmebereitschaft» eingesetzt hatte. Die verstärkte historiografische Aufarbeitung in den 2010er-Jahren wird zwar als Indiz für die Etablierung postkolonialer Ansätze präsentiert – es gelingt dem Autor allerdings nur bedingt, den *postcolonial turn* in der Schweizer Geschichtsschreibung festzumachen, wie im Folgenden gezeigt werden soll.

In sieben Kapiteln wird anschliessend der Forschungsstand thematisch gegliedert skizziert. Der Autor beleuchtet ideologische, wirtschaftliche, religiöse, staatliche und militärische Verflechtungen von Schweizer:innen mit dem Kolonialismus, Formen der Siedlungskolonisation sowie Beteiligungen an Sklaverei und Sklav:innenhandel. Es wird deutlich, wie (post)koloniale Fragestellungen neue Erkenntnisse für die Schweizer Historiografie generieren können und die vorgestellte Literatur bietet einen ersten Ausgangspunkt für die vertiefte Auseinandersetzung mit den jeweiligen Themenbereichen. Allerdings bedingt die gelegentliche Auslassung neuerer Forschungen, dass aktuelle und innovative Ansätze kaum thematisiert werden, womit auch die vom Autor aufgeworfenen Kritikpunkte an postkolonialen Studien weitgehend unfundiert bleiben.

In manchen Kapiteln fallen denn auch Leerstellen auf. So thematisiert der Autor beispielsweise im Teil zur Schweizer Missionstätigkeit nur die Basler Mission. Nebst weiteren protestantischen Organisationen fehlt die gesamte Missionstätigkeit der katholischen Kirche, deren Repräsentationen, Wissenssyteme und koloniale Vernetzungen gerade im 20. Jahrhundert für weite Teile der Bevölkerung prägend waren. Ferner erstaunt, dass dem Wechselverhältnis von Wissenschaft und Kolonialismus kein Kapitel gewidmet, beziehungsweise der «Ideenkolonialismus» nicht breiter gedacht wurde. Insbesondere bleiben durch die gewählte Struktur die Verbindungen der einzelnen Themenbereiche unsichtbar. Dabei wären gerade diese zentral, um die Breitenwirksamkeit und Langlebigkeit kolonialer Bezüge für die Schweiz und ihre Gesellschaft greifbar zu machen. Dass diese heute vereinzelt Debatten auslösen, sieht der Autor in seinem letzten Kapitel als Beleg für «die postkolonial sensibilisierte Schweiz». Statt der aufzählenden Beispielhaftigkeit wäre hier eine Auseinandersetzung mit übergeordneten Zusammenhängen wünschenswert gewesen und hätte das Werk abgerundet.

Einige Passagen des Buches hätten von einer gründlichen Überarbeitung in Bezug auf Genauigkeit und Kohärenz profitiert. Neben stilistischen und formalen Unstimmigkeiten fällt dies vor allem auch in der teilweise unkritischen Verwendung gewisser Wörter und der stellenweise fehlenden Markierung problematischer Quellenbegriffe auf.[4] Dabei

4 Beispielsweise verwendet der Autor Bezeichnungen wie «Eingeborene» oder «Einheimische» für (ehemals) kolonisierte Menschen, ohne kritische Reflexion über die kolonialen Ursprünge dieser Begriffe. Die fehlende Kennzeichnung zeigt sich unter anderem bei «Fellachen» (S. 130), «Hottentottenaufstand» (S. 137) oder «Kannibalen» (S. 168).

bedarf es gerade bei diesem Thema einer sensiblen Handhabung von und besonderen Reflexion über Sprache als Ergebnis wie auch Erzeugerin von Ungleichheit und Gewalt. So gilt es auch kritisch abzuwägen, wie und in welchem Ausmass die diskriminierende Quellensprache abgebildet wird.[5] In gewissen Paragraphen werden koloniale Logiken sprachlich perpetuiert – etwa wenn zur Debatte über rassistische Bezeichnungen in der Schweiz festgehalten wird, dass es für «nichtweisse Menschen in anderen, ‹gelben› oder ‹roten› Varianten […] kaum problematisierte Bezeichnungsformen» (S. 187) gebe. Auch wenn mit analytischer Stossrichtung, reproduzieren solche Aussagen auf sprachlicher Ebene kolonial-rassistische Typologisierungen, in welchen Menschen erneut nach Hautfarbe gruppiert werden und «Weiss-sein» als Standard erscheint. Formen des Rassismus werden lediglich in ein hierarchisches Verhältnis gesetzt, wobei hier eine Diskussion über verschiedene gesellschaftlich und strukturell verankerte Diskriminierungen und das Potenzial intersektionaler Ansätze interessant gewesen wäre.

Insgesamt hinterlässt der «Forschungsbericht» den Beigeschmack einer grundlegenden Skepsis des Autors gegenüber postkolonialen Ansätzen.[6] Gerade den machtkritischen und kulturgeschichtlichen Perspektiven der *postcolonial studies* begegnet Kreis mit misstrauischem bis defensivem Unterton. Gleichzeitig schwingt der Vorwurf an postkoloniale Vertreter:innen mit, sie würden aktivistisches Engagement mit wissenschaftlichem Arbeiten vermengen. In ihrem Versuch, gegen das Weiterwirken kolonialen Denkens anzutreten, würden sie rassistische Haltungen «identifizieren und denunzieren» (S. 52). Auch wenn das Verfolgen einer solchen Agenda «selbst in ihrer wissenschaftlichen Variante nicht grundsätzlich fragwürdig» sei, werde es «tendenziell mit überschiessender Militanz» betrieben (S. 55).

Während die zentralen Theorien, Methoden, Fragestellungen und Konzepte der postkolonialen Studien leider kaum informiert besprochen werden, wird ihren Kritiker:innen auffällig viel Raum geboten. Dies führt schliesslich dazu, dass die sich eröffnende Möglichkeit einer kritischen Betrachtung des *postcolonial turns* in Wissenschaft und Gesellschaft einseitig verbleibt. Für einen ausgewogeneren Leseeindruck wäre es hilfreich gewesen, wenn nicht nur über die unterstellte aktivistische Motivierung postkolonialer Perspektiven, sondern auch über die politischen Implikationen des Festhaltens an traditionellen historiografischen Ansätzen reflektiert worden wäre. Gerade dieser blinde Fleck

5 Besonders der Umgang mit zwei Begriffen lässt eine rassismuskritische und postkolonial sensibilisierte Sprache vermissen. Der Autor nutzt einerseits durchwegs und in selbstverständlicher Weise die koloniale, fremdbezeichnende und exotisierende Sammelbezeichnung für die autochthone Bevölkerung Amerikas (u. a. S. 97, 144, 183, 195). Ob die rassistische Bezeichnung für Schwarze Menschen andererseits in historischen Quellenkontexten abgekürzt werden sollte oder nicht, wird nach wie vor unterschiedlich gehandhabt. Allerdings birgt die gehäufte Aufführung des Begriffs die Gefahr, dessen verletzende Wirkung zu wiederholen (etwa zwischen S. 149–190 über 25 mal, u. a. auf S. 149, 151, 161, 186, 187, 188, 190).

6 Ein solches «Unbehagen» (Konrad J. Kuhn), das «mitschwingt», aber «nie explizit benannt» wird (Claire Louise Blaser), wurde bereits in exzellenten Rezensionen kritisiert. Siehe Konrad J. Kuhn, Rezension: Kreis, Georg: Blicke auf die koloniale Schweiz. Ein Forschungsbericht, in: H-SozKult, 13.1.2025, www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-136978 (28.3.2025); Claire Louise Blaser, Rezension zu: Georg Kreis, Blicke auf die koloniale Schweiz. Ein Forschungsbericht, in: Didactica Historica 10 (2024), S. 213 f., www.alphil.com/pdf/032_Blaser.pdf (10.12.2024).

in Georg Kreis' *Blicke auf die koloniale Schweiz* verdeutlicht, wie wichtig und notwendig postkoloniale Perspektiven für unsere Gesellschaft sind.

Simone Rees, Bern
Barbara Miller, Paris

Jan Logemann, Stefanie Middendorf, Laura Rischbieter (Hg.), **Schulden machen. Praktiken der Staatsverschuldung im langen 20. Jahrhundert**, Frankfurt a. M.: Campus, 2023, 395 Seiten.

Dieser Sammelband ist das Ergebnis eines internationalen und interdisziplinären Forschungsnetzwerks zur Praxis der Staatsverschuldung. Die Herausgeberinnen und Herausgeber benennen in der Einleitung ein Desiderat der historischen Forschung: Bislang wurden generelle Studien zur Geschichte der Staatsverschuldung überwiegend von Ökonomen wie Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff publiziert. Die Staatsverschuldung war in den bisherigen Studien zur Geschichte von Finanz- und Wirtschaftskrisen meist nur ein Nebenaspekt.

So zeigt ein Beitrag des britischen Wirtschaftshistorikers Duncan Needham, dass die hohe Verschuldung und Überschuldung von Staaten kein Sonderphänomen der globalisierten Weltwirtschaft nach 1990 ist. Die Autoren des Sammelbandes demonstrieren mit empirischem Datenmaterial, dass der Erste Weltkrieg, die Bewältigung der Weltwirtschaftskrise in den 1930er-Jahren und vor allem die Finanzierung des Zweiten Weltkriegs Staatsschulden in grosse Höhen steigen liessen.

Der Sammelband kreist um folgende Themenblöcke, deren insgesamt 19 Einzelbeiträge nicht alle vorgestellt werden können. Der erste Block behandelt die Akteure der Staatsverschuldung wie Staaten, Zentralbanken, Geschäftsbanken, Investoren und Kleinanleger. Der Soziologe Leon Wansleben stellt die Rolle der Zentralbanken bei der Schuldenaufnahme und beim Schuldenmanagement dar; der Wirtschaftshistoriker Alexander Nützenadel beleuchtet die Funktion der Grossbanken für die nationale und internationale Staatsfinanzierung seit dem Ersten Weltkrieg. Natascha van der Zwan untersucht die Bedeutung von Pensionsfonds für den Absatz von Staatsanleihen und die Finanzierung öffentlicher Haushalte, während Stefanie Middendorf die deutschen Kleinanleger als direkte oder mittelbare Abnehmer von Staatsanleihen in den vergangenen 100 Jahren behandelt.

Der zweite Block behandelt die Schuldenmanager und Schuldenhändler. Hier schaut beispielsweise Arjen van der Heiden auf die Handelsplätze für Staatsschuldtitel, die sich von Wertpapierbörsen in computerisierte Handelsplattformen verwandelten. Der dritte Block behandelt die Schuldendebatten der politischen Akteure und Wirtschaftsexperten und die durch sie konstituierten Konfliktarenen. Über eine spezielle Konfliktarena für Staatsschulden schreibt Lukas Haffert, Professor für vergleichende politische Ökonomie an der Universität Genf: Die politische Bedeutung und den symbolischen Stellenwert der jährlichen Etatdebatte in den nationalen Parlamenten. Der Wirtschaftshistoriker Sebastian Teupe analysiert am Beispiel der britischen Staatsumschulung von 1888 eine Jahrhunderte alte Praxis staatlichen Schuldenmanagements mit dem Ziel, die laufenden Schuldenbelastungen zu senken.

Im vierten Block mit nationalen Fallstudien zeigt die Historikerin Korinna Schönhärl, wie zahlungsunfähige Nationalstaaten wie Griechenland von ihren ausländischen Gläubigerbanken nach einem Schuldenschnitt («haircut») unter Kuratel gestellt wurden und langfristige Umschuldungsverträge unterzeichnen mussten. Während die Regierungen der Gläubigerstaaten gegenüber Griechenland auf politische Ultimaten und gewaltsa-

me Interventionen verzichteten, ignorierten sie bei semikolonialen Staaten wie Ägypten (1882), Venezuela (1902) und Nicaragua (1912) die nationale Souveränität der Schuldner und setzten mit militärischen Mitteln Eingriffe in die nationale Haushaltssouveränität durch, die Sebastian Teupe anhand eines anderen kolonialen Fallbeispiels beschreibt.

Zwei Beiträge der Wirtschaftshistorikerinnen Friederike Sattler und Ursula Rombeck-Jaschinski behandeln die zeitliche Persistenz von Schulden und Umschuldungen. Sattler beschäftigt sich mit den Laufzeitveränderungen von Staatsschuldverschreibungen seit den 1970er-Jahren. Rombeck-Jaschinski analysiert die lange Vorgeschichte und der ebenso langen Laufzeit des Londoner Schuldenabkommens von 1952, das die Rückzahlung der deutschen Vorkriegsschulden regelte und wegen seines Vorbildcharakters als Mutter der erfolgreichen Staatsschuldenregelungen angesehen wird.

Das Fazit: Trotz der kaum vermeidbaren Heterogenität von Sammelbänden liefert diese Publikation einen konzisen Einblick in Themen, Fragestellungen und Methoden der historischen Staatsschuldenforschung. Auch wenn einige Beiträge eher gegenwartsorientiert sind und recht spezielle Themen behandeln, ist der Sammelband auch für Generalisten sehr anregend.

Christopher Kopper, Bielefeld

Paolo Barcella, Alessandro Moreschi, Mattia Pelli, Gabriele Rossi, Nelly Valsangiacomo, **Scioperare nel Duemila. Le Officine ferroviarie di Bellinzona e la memoria operaia**, Roma: Donzelli editore, 2018, 170 pagine.

Lo sciopero delle Officine ferroviarie di Bellinzona nella primavera del 2008 rappresenta un episodio particolarmente significativo della storia dei conflitti di lavoro in Svizzera nei primi decenni del XXI secolo. Innescata dai piani di ristrutturazione delle FFS, che prevedevano la cancellazione di 126 posti di lavoro e un successivo smantellamento dell'intero stabilimento, la mobilitazione ha avuto grande risonanza, in particolare per la capacità di coinvolgere ampi settori della società ticinese nelle lotte e nei dibattiti sul futuro industriale del Cantone.

L'importanza dello sciopero per la storia sociale ed economica del Ticino ha indotto la Fondazione Pellegrini Canevascini (FPC), principale centro di competenza sulla storia del movimento operaio nella Svizzera italiana, a sviluppare fin dai giorni convulsi dello sciopero e dell'occupazione dello stabilimento bellinzonese un progetto di storia orale finalizzato a raccogliere le memorie del conflitto. Una prima analisi dei temi principali affrontati nelle interviste, scritta a dieci anni di distanza dai fatti, costituisce la parte centrale del volume oggetto di questa recensione.

Nell'introduzione, Paolo Barcella evoca due chiavi di lettura dell'evento: da un lato c'è l'eccezionalità dello sciopero, che crea discontinuità nel contesto particolare di un sito industriale periferico e di frontiera; dall'altro, una mobilitazione che si inserisce nella continuità dei conflitti e delle trasformazioni nel mondo del lavoro degli ultimi decenni. La vicenda delle Officine rimanda alle molte incomprensioni che segnano i rapporti tra il Ticino e il resto della Svizzera e mette in discussione uno dei luoghi comuni più frequenti in Italia quando si parla della Svizzera, cioè l'idea che oltre il confine di Chiasso gli scioperi non esistano, rendendo visibile una realtà socio-economica che in precedenza rimaneva celata sia allo sguardo vagamente paternalistico del resto della Svizzera, sia a quello tutto sommato indifferente dell'Italia. Gli operai delle Officine spingono la loro lotta oltre i limiti usuali della cultura politica e civica elvetica, occupando la fabbrica e trasformando i locali della Pittureria nel quartier generale della mobilitazione, dove si

tengono le assemblee, si mangia, si organizzano eventi e feste. Forti del peso dell'indotto e di un notevole talento comunicativo, riescono a «rendere la propria lotta una lotta comune, portata avanti nell'interesse del territorio». È questa la condizione per il successo: al termine del contenzioso, le FFS ritirano i progetti di smantellamento, aprendo una nuova fase complessa di cui il libro, considerati i tempi molto lunghi del dibattito, può rendere solo parzialmente conto.

A lungo in Svizzera gli scioperi hanno avuto un ruolo marginale, tanto da essere considerati spesso uno strumento illegittimo e alieno alla cultura politica elvetica. In realtà, come scrive Nelly Valsangiacomo, dalla seconda metà dell'Ottocento in Svizzera si osserva un aumento del numero di astensioni dal lavoro, analogo a quello di altri paesi europei. Nemmeno con la convenzione firmata tra la Federazione operai metallurgici e orologiai e l'Associazione svizzera dell'industria delle macchine nel 1937, a cui è solitamente ricondotta la narrazione quasi mitologica sulla nascita della «pace del lavoro», le agitazioni operaie si interrompono. Una forte ondata di scioperi si registra ancora tra 1944 e 1948. Ben presto le lotte sono però «canalizzate in una visione più concertativa». La proliferazione dei contratti collettivi di lavoro (CCL) va di pari passo a un'accresciuta importanza dei sindacati, giocata tuttavia più sul piano della gestione dei rapporti con i partner sociali che dell'organizzazione delle rivendicazioni operaie. Nei decenni di espansione economica tra il 1955 il 1970 la conflittualità sul posto di lavoro diminuisce. Il sistema comincia tuttavia a mostrare la corda con la crisi degli anni Settanta e i conseguenti licenziamenti di massa. Le lotte sono necessariamente difensive, ma assumono contorni sovente radicali, non da ultimo per l'intervento di movimenti politici e studenteschi. Forti tensioni sorgono anche all'interno dei sindacati, dove si levano voci che chiedono una partecipazione più attiva della base. Il profondo cambiamento strutturale del lavoro che prende avvio negli anni Ottanta conduce a una ridefinizione del patto sociale, introducendo crescenti elementi di flessibilità nell'impiego della manodopera. La conflittualità cresce, lambendo anche la funzione pubblica. Tra il 2000 e il 2016 sono registrati oltre 300 conflitti di lavoro, tra cui 112 scioperi. Nelle strategie sindacali si assiste a una rivalutazione dello strumento dello sciopero.

Il radicamento delle Officine nel tessuto socio-economico ticinese è frutto di una lunga storia di lavoro e di lotte, ricorda Gabriele Rossi in una dettagliata ricostruzione della genesi dello stabilimento. Fin dal 1871 il comune di Bellinzona si impegna, mobilitando notevoli risorse finanziarie, a ottenere strutture permanenti legate alla nuova ferrovia del Gottardo, ma passano vent'anni prima dell'apertura definitiva delle Officine. Lo stabilimento diventa subito un polo industriale importante, con oltre 400 addetti, fra cui molti artigiani provenienti dall'Italia settentrionale. La composizione eterogenea della manodopera bellinzonese influenza lo sviluppo dei sindacati in Ticino. Se anche per lo stabilimento nel secondo dopoguerra le condizioni di lavoro migliorano e i conflitti vengono risolti generalmente attraverso la concertazione, alla fine degli anni Ottanta, quando gli addetti sono oltre 600, cominciano a circolare voci di privatizzazione. Con l'adozione della nuova legge federale sulle ferrovie nel 1998, che prevede la «divisionalizzazione» delle FFS, le Officine sono attribuite al settore merci (FFS Cargo). L'obiettivo è la riduzione dei costi e l'aumento della flessibilità. Nel 2000 nasce un comitato di crisi; negli anni seguenti una parte degli operai lascia il sindacato dei ferrovieri SEV per aderire a Unia, auspicando una linea più dura nella gestione del conflitto. Quando il 7 marzo 2008 Nicolas Perrin, responsabile di FFS Cargo, convoca le maestranze per informarle dei piani di ristrutturazione, la reazione è immediata. Fischiato, il dirigente è costretto a

lasciare la Pittureria. È il segnale d'inizio dello sciopero. Il giorno dopo una marcia di protesta a Bellinzona riunisce 8000 persone.

Sullo sciopero delle Officine è stato scritto e detto molto (una nota bibliografia è proposta nell'introduzione del libro), il punto di vista soggettivo degli operai non era stato però oggetto finora di un'indagine sistematica. Il campione di 71 interviste realizzate dalla FPC comprende soprattutto operai delle Officine con contratti a tempo indeterminato, tra cui tutti i membri del comitato di sciopero, e altre persone che hanno sostenuto l'agitazione. Si tratta di un campione militante, come notano Alessandro Moreschi e Mattia Pelli. L'approccio alle interviste è biografico, il materiale copre tre fasi distinte: il periodo precedente lo sciopero, lo sciopero e il periodo successivo. È così possibile ricostruire la trasformazione delle condizioni di lavoro dal punto di vista dei lavoratori, esperire la percezione soggettiva dello sciopero e cogliere infine le ripercussioni della mobilitazione sui rapporti sociali e familiari dopo la fase calda del conflitto.

La prima analisi sommaria dei materiali da parte di Barcella e Valsangiacomo restituisce lo sguardo attento di maestranze consapevoli, che vivono sulla loro pelle i mutamenti strutturali e preparano la difesa, mettendo in discussione anche il ruolo del sindacato. A posteriori emerge la fierezza di aver saputo anticipare l'avversario. Fra le righe si può leggere la crescente fiducia nelle proprie possibilità, anche grazie alla solidarietà che giunge dall'esterno e alla capacità di gestione del conflitto da parte del comitato di sciopero. I racconti degli operai e dei loro familiari e sostenitori sono la narrazione esemplare di un percorso di apprendimento e di autoconsapevolezza. Va dato merito agli autori del libro di avere saputo coniugare rigore scientifico e capacità empatica di ascolto. Raramente la ricostruzione storica di uno sciopero ha permesso un punto di osservazione tanto vicino ai suoi protagonisti. Una prossimità che si ritrova anche nel documentario «Giù le mani» di Danilo Catti, girato nei giorni dell'agitazione e allegato al libro.

Oggi, a 17 anni di distanza dai fatti, la vittoria appare più sfumata. Nel 2019 il voto popolare contrario all'iniziativa cantonale «Giù le mani dalle Officine» ha dato il via libera alla realizzazione delle nuove officine di Arbedo Castione, volute dalla FFS, che dovrebbero entrare in funzione alla fine del 2026. Il volume rimane ciononostante uno strumento imprescindibile per leggere uno degli episodi più rilevanti nella storia recente dei conflitti di lavoro in Svizzera.

Andrea Tognina, Berna

Christian Gerlach (Hg.), **On the Social History of Persecution**, Berlin: de Gruyter Oldenbourg, 2023, 297 Seiten.

Im Jahr 2023 erschien der vom Berner Zeithistoriker Christian Gerlach herausgegebene Sammelband *On the Social History of Persecution.* Er beleuchtet fallübergreifende Sozialgeschichten von Verfolgung aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Er trifft den Nerv der Zeit, da aufgrund der aktuellen Kriegsgeschehnisse Begriffe wie «Völkermord» und «Massenverbrechen» vermehrt im gesellschaftlichen Diskurs verhandelt werden. Nicht selten wird dabei die Komplexität der Phänomene auf einfache Schlagwörter und simple Narrative reduziert, was die Relevanz des Sammelbandes unterstreicht.

Im Gegensatz zu bestehenden Zugängen zu rechtlichen Kategorisierungen, politischen Akteuren, Ideologien, Organisationen, und Systemen, versteht sich der vorliegende Sammelband als ein breites, multidisziplinäres Werk, das die sozialen Bedingungen und komplexen Nachwirkungen von Verfolgungsprozessen untersucht. Dabei werden wirt-

schaftliche Aktivitäten, Ausgrenzungserfahrungen, eingeschränkte Interaktionen und soziale Isolation anhand historischer Studien zugänglich gemacht. Der Sammelband ist keine blosse Aneinanderreihung von Einzelfällen, sondern eine Beschäftigung mit dem Phänomen der Verfolgung mit mikro- und makrohistorischen Zugängen, Alltagsgeschichten und interdisziplinären Reflexionen, deren inhaltlichen Zusammenhänge in der Einleitung durch den Herausgeber erarbeitet werden.

Der Sammelband ist in sieben Themenbereiche gegliedert: Arbeit, Familie, Vertreibung, Raum, kollektives Handeln, Massenverbrechen als sozialer Prozess und Gesellschaften nach Gewaltereignissen. Die Beiträge untersuchen Überlebensstrategien, Familienverhältnisse, Fluchterfahrungen, Widerstand und Handlungsmacht von verfolgten Bevölkerungsgruppen in unterschiedlichen Kontexten. Es ist eine bemerkenswerte Sammlung, die thematisch und disziplinär ein breites Spektrum abdeckt, wobei der Schwerpunkt bei der nationalsozialistischen Verfolgung jüdischer Personen liegt. Die Stärke des Sammelbandes liegt darin, Verfolgung nicht nur als politisches, sondern auch als soziales Phänomen zu erfassen und die Komplexität der Erfahrungen und Dynamiken durch innovative Zugänge wie beispielsweise akustische Quellen abzubilden.

Der methodisch innovativste Beitrag des Sammelbandes stammt von Nikita Hock (*Hiding in the attic: Sounds and social situation).* Er untersucht alltägliche Situationen und Erfahrungen von jüdischen Verfolgten in Osteuropa anhand von Geräuschen und Stille, die in Tagebüchern zu finden sind. Anschaulich rekonstruiert der Aufsatz die akustische Umgebung der Verstecke, von mechanischen Geräuschen der Landwirtschaft bis hin zu den eigenen Schritten der Verfolgten. Überzeugend verdeutlicht er, wie akustische Kulissen Räume prägten und somit auch die kollektiven Erfahrungen der verfolgten Personen. Der Aufsatz zeigt, wie räumliche Enge, die permanenten Geräusche und die stark eingeschränkte Mobilität sich auf die Körper der Verfolgten auswirkten und in Bewältigungsmechanismen mündeten. So verdeutlicht der Aufsatz soziale Dynamiken, die durch *micro sound history* auf innovative und nachvollziehbare Weise zugänglich werden. Der Beitrag stellt in der Tat eine einzigartige Sozialgeschichte dar, die intime Dimensionen der Alltagserfahrungen jüdischer Verfolgter thematisiert – nicht nur die Isolation von der Aussenwelt, sondern auch die Isolation unter den Verfolgten. Ein weiterer Beitrag, der eine intime Dimension der Verfolgung untersucht, ist *The family under duress: A male perspective* von Dalia Ofer. Die Autorin untersucht die Auswirkungen der nationalsozialistischen Verfolgung von jüdischen Personen in Osteuropa und veranschaulicht, wie die politische Verfolgung bestehende Beziehungen, Rollenbilder und Identitäten geschwächt hat. Mit einem mikrohistorischen Ansatz zeigt sie die schwerwiegenden Auswirkungen der Verfolgung auf die kleinste Einheit der Gesellschaft, die Familie selbst.

Der Sammelband deckt nicht nur eine thematische Vielfalt ab, sondern auch verschiedene Zeitpunkte im Prozess der Verfolgung. Anhand von Interviews und partizipativer Beobachtungen im Zeitraum von 1986 bis 1996 untersucht der Aufsatz *Orphans building homes: Forgotten remnants of the Armenian deportations in South Jordan* von Anna Ohannessian-Charpin im Themenbereich *Society after Violence* das soziale Leben von armenischen Frauen, welche die Verfolgung durch das Osmanische Reich überlebt haben. Durch die Analyse von lokalen Narrativen rekonstruiert die Autorin die wahrgenommenen substanziellen Unterschiede zwischen den armenischen Frauen und der Mehrheitsgesellschaft. Ohannessian-Charpin argumentiert, dass trotz intensiven Interaktionen mit der Aussenwelt, die armenischen Frauen eine Schicksalsgemeinschaft bildeten und einen bedeutenden Einfluss auf soziale und ökonomische Entwicklung der Stadt Ma'an im heuti-

gen Jordanien ausübten. Sie zeigt auf, wie Deportationen und Massaker langjährige Auswirkungen auf Gesellschaften haben und wie prägend Narrative einer Schicksalsgemeinschaft sein können. Weitere Aufsätze des Sammelbandes untersuchen Überlebensstrategien von armenischen Zwangsarbeiter:innen, Erfahrungen von jüdischen Verfolgten während des Holocausts, sowie Erfahrungen von Geflüchteten in Belarus unter deutscher Besatzung und in Mosambik während des Unabhängigkeitskrieges.

Die redaktionelle Entscheidung, den Zusammenhang der Beiträge in der Einleitung vorzustellen, ist angesichts der thematischen Breite nachvollziehbar. Dennoch wäre ein Schlusskapitel wünschenswert gewesen, das die Forschungsergebnisse aus den sieben Themenbereichen zusammenführt und der Leserschaft ein übergreifendes Fazit bietet. Zudem wäre eine grössere Vielfalt bei Autorenschaft und Forschungsregionen bereichernd gewesen, auch wenn die Auswahl verständlich begründet und kritisch reflektiert wird. Weitere Beiträge zu Massenverbrechen in Ruanda, Kambodscha oder der Sowjetunion wären gewinnbringend gewesen, um den Aspekt der Identität der Verfolgten zu untersuchen. Aufgrund seiner thematischen Breite stellt der Sammelband dennoch einen wichtigen Beitrag dar, welchem weitere themen- und fachübergreifende Werke zu verwandten Phänomenen wie Unterdrückung, Vertreibung und Dehumanisierung folgen sollten.

Themen-, fach- und epochenübergreifende Sozialgeschichten dieser Phänomene sind wichtig, um auch gegenwärtige Ausgrenzungs- und Unterdrückungsprozesse besser zu verstehen. Daher ist es sehr begrüssenswert, dass der Schweizerische Nationalfonds den Sammelband finanziert und eine Open Access Publikation ermöglicht hat. Wir stehen heute erneut vor der drängenden Frage des Umgangs mit Verfolgung durch Krieg, Zerstörung von Lebensbedingungen, religiös motivierten Entrechtung von Bevölkerungsgruppen und politischen Unterdrückungsmechanismen. Die internationale Gemeinschaft ist mit den vielfältigen Erscheinungsformen von Verfolgung, den Grenzen des Völkerrechts und den Schwierigkeiten seiner Durchsetzung überfordert. Wie der Sammelband deutlich macht, hat Verfolgung nicht nur politische und ökonomische, sondern auch soziale Dimensionen, die den Alltag der Betroffenen und die Gesellschaften nachhaltig prägt. Zukünftige Forschungsarbeiten könnten an den Sammelband anknüpfen und die differenzierte Auseinandersetzung mit sozialen, politischen, ökonomischen und rechtlichen Dimensionen von Verfolgung vertiefen.

Thanushiyah Korn, Basel

Peter Moser (Hg.), **Mina Hofstetter. Eine ökofeministische Pionierin des biologischen Landbaus. Texte und Korrespondenz**, München: Oekom-Verlag, 2024, 402 Seiten, 44 Abbildungen.

«Eine ökofeministische Pionierin des biologischen Landbaus» lautet der Untertitel der 2024 von Peter Moser, dem Leiter des Archivs für Agrargeschichte (AfA) in Bern, herausgegebenen Quellenedition zu Mina Hofstetter. Der Titel verweist auf die Aktualität der historischen Auseinandersetzung mit der «eigensinnigen und gut vernetzten Bäuerin» (S. 11): Wie lässt sich die von der Forschung wenig beachtete Akteurin zwischen landwirtschaftlichen Praktiken, Ökologie und Geschlecht einordnen? Welche Rolle nehmen bisher unterbelichtete weibliche Stimmen in der Agrargeschichte des 20. Jahrhunderts ein? Zu letzterer Frage konzipierte das AfA eine Trilogie zu schreibenden Bäuerinnen, zu der nun mit den Texten von Mina Hofstetter die zweite Edition vorliegt. Wie viele andere schreibende Bäuerinnen hinterliess auch Mina Hofstetter keinen eigenen Nachlass. Ihre Texte liegen in verschiedenen Archiven und Bibliotheken der Schweiz wie auch in Göte-

borg, London, Dublin, Wien und Vancouver. Die Erschliessung ihrer Texte gestaltete sich dementsprechend aufwändig, über weite Distanzen hinweg, versteht sich als «kollektive Angelegenheit» (S. 8) und unabgeschlossen. Umso mehr erweist sich das Buch als «virtuelle[r] Nachlass» (S. 9) als wertvolle Grundlage für eine vertiefte historische Auseinandersetzung mit Mina Hofstetters Leben.

Das Buch umfasst zwei Teile. Im ersten Teil legt Peter Moser eine 62-seitige «biografische Skizze» von Mina Hofstetter vor. In den ersten zwei Kapiteln folgen die Lesenden Mina Hofstetter von ihrer Kindheit, zu ihrer Tätigkeit als Betriebsleiterin des Hofes Stuhlen am Greifensee bis zu ihrem Tod 1967. Moser legt anschliessend entlang der vier Themen Ernährungsreform und viehloser Landbau, Lehrstätte für biologischen Landbau, Stuhlen als Versuchsbetrieb und zuletzt Hofstetters Engagement in der Öffentlichkeit als Ökofeministin *avant la lettre* das Denken und Wirken der Bäuerin dar. Während der Kriegsjahre, der Aktivdienstzeit ihres Mannes und nebst der Betreuung ihrer sieben Kinder stellte Mina Hofstetter den erworbenen Hof in Stuhlen auf einen viehlosen Betrieb um und wechselte ihre Ernährung auf Rohkost. Geleitet von ihrem Interesse an den Ansätzen der Ernährungsreformer:innen, baute sie allmählich ein weitreichendes Netzwerk auf und entwickelte den Hof zu einer internationalen Lehrstätte für biologischen Landbau. Sie unternahm auch einige Anläufe, ihre biolandwirtschaftlichen Versuche systematisch zu dokumentieren und in der Schweizer Landwirtschaft zu etablieren. Die Sympathien von Hofstetters lebensreformerischer Weggefährten wie Werner Zimmermann zum Faschismus werden im Buch nur am Rande erwähnt (S. 69). Dies erweist sich jedoch als interessantes Spannungsfeld, da Mina Hofstetter ab Mitte der 1930er Jahre in der internationalen *Women's Organisation for World Order* (WOWO) tätig war, die pazifistische Anliegen mit einem Ruf nach einem grundlegenden Wandel, offenen Grenzen und dem Kampf gegen die Zerstörung der menschlichen und nicht-menschlichen Welt verband und sich selbst als «zweite Frauenbewegung» verstand. Die dort gesammelten Erfahrungen widerspiegelten sich auch in Hofstetters Denken, das immer eigenständiger und differenzierter wurde.

Die von Moser gesetzten thematischen Schwerpunkte erscheinen sinnvoll und analytisch ergiebig. Sie zeigen, wie Hofstetters landwirtschaftlichen und lebensreformerischen Praktiken mit ihrer Rolle als Wissensvermittlerin verbunden waren und wie sie durch ihre Vernetzung mit feministischen Friedensaktivistinnen eigene Akzente setzte. Dicht an den Quellen erzählend, gibt die biografische Skizze den Deutungen und Erfahrungen von Mina Hofstetter viel Raum. Dies ist eine zentrale Absicht des Buches: Peter Moser plädiert dafür, agrarhistorische Quellen nachzuvollziehen, ohne eine vorgängige Übersetzung in sozialwissenschaftliche Kategorien vorauszusetzen, die den Zugang zur agrarischen Welt eher versperren, statt ermöglichen würden (S. 83f.). Am Ende des ersten Teils legt Moser die geschichtswissenschaftlichen Potenziale einer Auseinandersetzung mit Mina Hofstetter dar. Diese liegen laut Moser darin, dass ihr Leben und Schreiben die komplexen Zusammenhänge zwischen agrarischem Alltag, Ernährungsfragen, Konsum und Nahrungsproduktion in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erkennbar macht (S. 82). Zudem verspreche die Einschreibung der Bäuerin in die Geschichte des Ökofeminismus der Zwischenkriegszeit neue Perspektiven auf die Frauenbewegung. Dabei lässt Moser offen, was unter dem Begriff Ökofeminismus als historischer Gegenstand gefasst wird. Die biografische Skizze versteht sich dementsprechend auch nicht als abgeschlossene Analyse, sondern als agrargeschichtlicher Anstoss eines ergebnisoffenen, sich gegenseitig ergänzen-

den Forschungsprozesses. Sie erleichtert es, sich anschliessend im zweiten, editorischen Teil des Buches auf Mina Hofstetters Texte einzulassen.

Die insgesamt 60 abgedruckten Texte von Mina Hofstetter sind entlang verschiedener Gattungen geordnet, innerhalb derer sich eine chronologische Ordnung wiederfindet. Dazu gehören einerseits die unveröffentlichten Texte der Korrespondenzen und einzelner Manuskripte. Ausgiebig dokumentiert sind die Briefe von Mina Hofstetter an die WOWO-Aktivistinnen Anna Helene Askanasy-Mahler, die 1938 vor den Nationalsozialisten nach Kanada flüchten musste, oder die schwedischen Feministinnen Elin Wägner und Flory Gate. Andererseits gehören zu den veröffentlichten Texten zahlreiche Broschüren und Artikel, wovon ein Grossteil in lebensreformerischen Zeitschriften erschien. Teilweise ergänzen Bildquellen wie beispielsweise Fotografien vom Hofstetter und ihren Besucher:innen auf dem Hof in Stuhlen die schriftlichen Quellen. In den Texten schreibt Mina Hofstetter über ihre Praktiken im biologischen Landbau und der viehlosen Landwirtschaft. Sie gibt einerseits konkrete Anweisungen zu Anbaupraktiken, reflektiert aber auch über den gesellschaftlichen Kontext, der von geänderten Konsum- und Ernährungsfragen, wirtschaftlichen Krisenzeiten und einer tiefgreifenden Unsicherheit gegenüber den rasanten Umbrüchen der Zeit geprägt ist. Die gewählte typologische Kapitelstruktur überlässt es den Lesenden selbst, die Texte gattungsübergreifend in einen thematischen und zeitlichen Zusammenhang zu stellen. Mina Hofstetter benutzte in ihren Texten oftmals dieselben Textbausteine. Diese sind in der Edition mehrfach abgedruckt, was es ermöglicht, Hofstetters thematische Schwerpunkte und ihren Denk- und Schreibprozess nachzuvollziehen. Das im Anhang angeführte chronologische Verzeichnis aller enthaltenen Texte ist hilfreich, wenn man nach Texten aus bestimmten Jahreszahlen sucht. Etwas umständlich wirkt, dass bei den enthaltenen Zeitschriftenartikeln der Verweis auf die Zeitschrift nur im Anhang vermerkt ist.

Insgesamt verdeutlicht das Buch den oftmals unterschätzten Mehrwert von Editionsprojekten – auch für die jüngere Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts. Sie lenken den Blick auf bisher wenig beachtete Akteurinnen ohne einheitlichen Nachlass und ermöglichen einen differenzierten Blick auf die einzelnen historischen Subjekte, aber auch das über sie hinausreichende historische Zeitgeschehen. Die Texte lassen eindrücklich Themenzusammenhänge zwischen agrarwirtschaftlichen Praktiken, Ernährungsfragen, Konsum- und Produktionsbedingungen, dem Umgang mit der nicht-menschlichen Natur und vergeschlechtlichten Erfahrungen erkennen. Zudem regt die Edition dazu an, vormals gesetzte Zäsuren der Frauenbewegung zu überdenken und neue historische Zusammenhänge zwischen feministischen Anliegen, friedenspolitischem Engagement und ökologischer Kritik herzustellen.

Celestina Widmer, Bern

Elisabeth Joris, Denise Schmid, **Ein Leben in Geschichte(n)**, Zürich: Hier & Jetzt, 2024, 73 Abbildungen, 312 Seiten.

Die im Hier & Jetzt-Verlag erschienene Biographie von Elisabeth Joris ist ein schön gestaltetes, gut 300 Seiten starkes Buch, in 13 (meistens) chronologischen Teilen, ergänzt mit einzigartigem Bildmaterial, einer Bibliographie und einer Chronologie. Umrahmt wird *Ein Leben in Geschichte(n)* von einem Vor- und einem Nachwort.

Letzteres ist wichtig, denn der Anfang und das Ende des Buches geben gemeinsam Auskunft über dessen spezielle Form: Die Herausgeberin Denise Schmid hat, auf der Grundlage von vielen Gesprächen (S. 29) über eine längere Zeit (eineinhalb Jahre), das

Wort von Elisabeth Joris verschriftlicht. Der Text ist in der Ich-Form verfasst, aber Schmid versteht sich nicht als Ghostwriterin. Joris hat sowohl das «Rohmaterial» für das Buch geliefert wie auch das letzte Wort zum Text gehabt. Und sie war aktiv am Schreibprozess beteiligt. Die beiden Autorinnen verstehen ihr Buch als Gemeinschaftswerk.

Das Buch beginnt mit den Frauengeschichte(n), die Elisabeth Joris und Heidi Witzig 1986 zusammen publiziert haben. «Am Anfang war ein Buch» (so der erste Satz des Kapitels), das beider Leben grundlegend verändert hat. Joris etwa konnte sich ausserhalb der Akademie und ohne Promotion, diese folgte erst mit 65, eine Existenz und Identität als wissenschaftlich tätige und anerkannte Historikerin aufbauen. Der Weg bis dahin war nicht gradlinig und beginnt im katholischen Wallis der 1940er Jahre. In der ersten Hälfte des Buchs erzählt Joris ausführlich über ihre Kindheit und Jugend in Visp und Brig. In Visp wuchs sie mit einer Schwester und vier Brüdern auf. Ihr Vater arbeitete als Chemiker in der Lonza und ihre Mutter kümmerte sich um die Familie. Die Familie war nicht reich, aber durchaus bildungsbürgerlich geprägt. Vater Louis Joris war ein passionierter Leser und Tennisspieler, für den beruflichen Aufstieg hingegen fehlte ihm der Ehrgeiz. Mutter Geneviève Joris war Apothekerstochter, hielt die Familie zusammen und engagierte sich in der katholischen Frauenbewegung. Die viertgeborene Tochter Elisabeth war ein Wildfang und gut in der Schule. Mit 12 Jahren besuchte sie die Realschule in Brig und danach die Handelsschule mit dem Berufsziel Sekretärin. Die Möglichkeit, als Mädchen die Matura zu absolvieren, gab es zu dieser Zeit im Kanton Wallis nicht.

Man lernt als Leserin viel über das Wallis in diesem Teil des Buches und kann sich anhand der verschiedenen Erinnerungen gut in die kleine Elisabeth, von allen Mumi genannt, hineinversetzen. Etwa wenn es um die Kleidervorschriften in der Schule geht und darum, wie sich die Mutter dagegen wehrte. Oder wie sie sich fürchtete vor den möglichen Konsequenzen für den Vater, der nie mit in die Kirche kam. Es ist eine Welt, wie es sie heute nicht mehr gibt, die uns Joris nicht nur über erinnerte Geschichten, sondern auch über Gerüche, Eindrücke und Gefühle zugänglich macht. Ergänzt werden die persönliche und die Familiengeschichte im ganzen Buch mit kurzen historischen Ausführungen, etwa zur Walliser Parteienlandschaft oder zur Lonza als grösster Arbeitgeberin der Region. Diese Mischung funktioniert gut und die unterschiedlichen Perspektiven der Historikerin, die zurückblickt und einzuordnen versucht, und des Mädchens, das Vieles noch anders wahrnahm, bekommen beide Raum. So war es für die kleine Elisabeth beispielsweise eine sehr zwiespältige Erfahrung, mit Hosen in die Schule geschickt zu werden. Erst die Historikerin Joris erkennt darin ein emanzipatives Moment in den Biografien der Mutter und ihrer Töchter.

Nach ersten Arbeitserfahrungen als Sekretärin, unter anderem bei Sepp Blatter und dem Schweizerischen Eishockeyverband, absolvierte die lernhungrige Elisabeth in Sitten die Handelsmatura und verabschiedete sich im Herbst 1965 aus dem Wallis nach London, wo sie eine Stelle als Au-Pair antrat. Nach ihrer Rückkehr zog sie nach Zürich, wo bereits ihr Bruder lebte, um Geschichte zu studieren, was zunächst (ohne Matura) nur als Gasthörerin möglich war. In Zürich wurde sie Teil der 68er- und später der Frauenbewegung, fand die Liebe (zu einem Walliser), gründete eine Familie, lebte in mehreren Wohngemeinschaften und wurde zur Forscherin, als die wir sie heute kennen. Was vielleicht weniger bekannt ist: bereits während des Studiums und bis zu ihrer Pensionierung unterrichtete Elisabeth Joris an der Kantonsschule Riedbach Geschichte und prägte viele Generationen von Schülerinnen und Schülern mit ihrer Leidenschaft für Frauengeschichte. In diesem Teil des Buches erfahren wir auch mehr über wissenschaftliche Themen und

Publikationen, die sie im Lauf ihres Erwachsenenlebens bearbeitete. Elisabeth Joris hat nicht nur das Feld der Frauen- und Geschlechtergeschichte in der Schweiz geprägt, sondern auch wichtige Beiträge zur Industrie- und Landwirtschaftsgeschichte verfasst.

Dem zweiten Teil des Buches ist verständlicherweise und zugleich bedauerlicherweise das Mädchen Elisabeth abhandengekommen, oder besser: dessen Blick. Während der erste von Kindheit und Jugend im Wallis erzählende Teil von der Reibung zwischen zwei Perspektiven profitiert – das katholisch erzogene Mädchen einerseits und die vom Geist der 68er geprägte Erwachsene andererseits – wird der zweite Teil gradliniger, von einer einzigen Perspektive getragen. Die Leserin fragt sich deshalb mitunter, welche Brüche oder Kehrseiten vielleicht keinen Eingang in die Erzählung gefunden haben. Die Gradlinigkeit liegt wohl teilweise in der Form der (Auto)-Biographie begründet, auch wenn sich Elisabeth Joris im Nachwort kritisch mit der «Illusion biographique» auseinandersetzt und das Buch explizit keine Vollständigkeit anstrebt. Verstärkt wird der Eindruck eines bisweilen allzu linearen Sinnzusammenhangs im Falle der Zürcher Jahre von Elisabeth Joris womöglich durch das Selbstverständnis einer Generation. Joris ist aus dem Wallis aufgebrochen und hat in den Strukturen und Werten der 68er und der Frauenbewegung eine neue Heimat gefunden. Aus dieser Perspektive ist ihre Lebensgeschichte folgerichtig eine Geschichte von Befreiung und Emanzipation. Gleichzeitig möchte man ihr und ihrer Co-Autorin (und womöglich ihrer Generation) an manchen Stellen den 68er-Massstab aus der Hand nehmen, der sie dazu verleitet, das Leben und Handeln von Menschen vorrangig an deren Entfernung von Katholizismus und Bürgerlichkeit zu messen. Darin äussert sich ein spezifisches Verständnis von gesellschaftlichem Fortschritt, dessen Historisierung lohnenswert wäre. In dieser Hinsicht leistet das Buch zwar historische Analyse, es kann aber darüber hinaus künftigen Historikerinnen durchaus auch als Quelle dienlich sein.

Simona Isler, Bern

Marion Ronca, **Im Bann der Konjunktur. Entstehung und Institutionalisierung der Konjunkturbeobachtung in der Schweiz, 1932–1980**, Basel: Schwabe, 2024, 301 Seiten.

Die vorliegende Studie zur Geschichte der Konjunkturbeobachtung in der Schweiz versteht sich als politische Wissensgeschichte der Konjunktur. Konjunkturbeobachtung wird als laufende, öffentliche Beurteilung der Wirtschaftslage bezeichnet, unter Einbezug wirtschaftswissenschaftlicher Theorien und statistischer Daten, jedoch in Abgrenzung von der Konjunkturforschung. Es geht um die zeitgenössische Wahrnehmung und Deutung der Konjunktur und nicht um deren wissenschaftliche Erklärung. Die These lautet, knapp gefasst, dass sich die Konjunkturbeobachtung in der Schweiz zu einer Praxis formierte, die eine Übereinstimmung von wissenschaftlicher Erklärung und politischer Gestaltung zwecks gegenseitiger Legitimierung anstrebte.

Das Buch geht der Frage nach, wie sich die Konjunkturbeobachtung «als wissenschaftlich-politische Streit- und Sinngebungspraxis etablierte und schliesslich zu einer staatlichen Aufgabe institutionalisiert wurde» (S. 29). Der Schwerpunkt liegt auf der 1932 vom Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement (EVD) gegründeten Kommission für Konjunkturbeobachtung (KbK), doch werden weitere an der Konjunkturbeobachtung beteiligte Gremien aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Staat einbezogen. Entsprechend breit ist die berücksichtigte Literatur und das verwendete Quellenmaterial. Die Autorin unterscheidet drei Phasen der Konjunkturbeobachtung und gliedert entsprechend den gesamten Untersuchungszeitraum chronologisch in drei Teile.

Im ersten Teil wird ein knapper Überblick über die Anfänge der wissenschaftlichen Konjunkturforschung und Wirtschaftsberichterstattung seit dem späten 19. Jahrhundert bis zur Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre vermittelt. Die erste Phase der Konjunkturbeobachtung beginnt 1932 mit der Gründung der KbK, bestehend aus Vertretern der Politik (Mitarbeiter verschiedener Bundesämter und Bundesanstalten, der Dachverbände der Wirtschaft) und der Wirtschaftswissenschaft. Obwohl deren Aufgabe, ein Gesamtbild der Wirtschaftslage zu erstellen, eher vage formuliert war und statistische Daten über die Wirtschaftslage fehlten, etablierte sich die KbK bis Ende des Jahrzehnts mit ihren Quartals-, Jahres- und Sonderberichten als die massgebende Instanz für Konjunkturbeobachtung. Doch auf die Bundespolitik hatten ihre Berichte keinen Einfluss. Die Eingriffe des Bundesrats in den Wirtschaftsverlauf erfolgten auf der Basis eigener Krisendeutungen. Abschliessend wird die Gründung des Instituts für Wirtschaftsforschung und der von Schweizer Unternehmen unterstützten Konjunkturforschungsstelle (KOF) an der ETH thematisiert. Die Wirtschaft verfügte damit über ihr eigenes Gremium der Konjunkturbeobachtung, wobei der Gründer wie auch die späteren Leiter stets auch Mitglied der KbK waren.

Im zweiten Teil befasst sich Marion Ronca mit den stark vom Zweiten Weltkrieg und den Nachkriegserfahrungen geprägten 1940er- und 1950er-Jahre. Nach dem Krieg setzte, wie erwartet, ein starker wirtschaftlicher Aufschwung ein, doch der darauffolgende Einbruch der Nachfrage blieb aus. Hauptprobleme der Wirtschaftspolitik waren steigende Preise und fehlende Kompetenzen des Bundesrates zur Dämpfung der Überkonjunktur.

Ab den 1950er-Jahren führten verschiedene Länder die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) ein und erweiterten ihre Möglichkeiten der Konjunkturbeobachtung, samt der Erstellung von Konjunkturprognosen und internationaler Vergleiche. Doch die KbK konnte sich wegen der mangelhaften Statistiken kaum daran beteiligen. Vorstösse zur Erhebung einer Produktionsstatistik scheiterten stets am Widerstand der Wirtschaft. In dieser zweiten Phase war die Konjunkturbeobachtung der KbK zunehmend von Eugen Böhler und der von ihm vertretenen keynesianischen Kreislauftheorie geprägt. Als international anerkannter Konjunkturexperte, Professor an der ETH und Gründer des Instituts für Wirtschaftsforschung spielte er innerhalb der KbK, aber auch als Mitglied weiterer Kommissionen, Teilnehmer von Wirtschaftsausschüssen und langjähriger Berater des Bundesrates eine besondere Rolle. Doch mit Andauern der Hochkonjunktur erwies sich seine Interpretation der Wirtschaftslage als einer sich abschwächenden Überkonjunktur wiederholt als unzutreffend und wurde zunehmend kritisiert. Innerhalb der KbK nahmen sowohl der Einfluss der Wirtschaftswissenschaftler als auch die politischen Auseinandersetzungen zu.

Der letzte Teil der Publikation befasst sich mit der von wirtschaftlichen Wechsellagen geprägten dritten Phase. Mitte der 1960er-Jahre kam es zu einer Neuausrichtung der Konjunkturbeobachtung. Die KbK wurde reorganisiert und in Kommission für Konjunkturfragen (KfK) umbenannt, und innerhalb der Bundesverwaltung wurden weitere mit Konjunkturfragen, Konjunkturstatistiken und Konjunkturprognosen sich befassende Arbeitsgruppen und Bundesstellen geschaffen. Zudem begünstigte die anhaltende Hochkonjunktur das Aufkommen von Entwicklungs- und Wachstumstheorien, samt den damit verbundenen Auffassungen über die Notwendigkeit der staatlichen Planung und Steuerung. Gefragt waren nun langfristige Prognosen als Planungsgrundlage, eine Aufgabe, die schliesslich einem Wachstumsexperten übertragen wurde. Doch die zunehmenden Instabilitäten zu Beginn der 1970er-Jahre und schliesslich die auf den Erdölpreisschock

folgende Rezession desavouierten nicht nur diese Wachstumsprognosen, sondern stellten auch die Auffassungen über die Steuerbarkeit der Wirtschaft und die Rolle des Staates in Frage.

Während die Zahl der Organisationen, die sich an der Beurteilung der Wirtschaftslage beteiligten, stieg, verlor die KfK an Bedeutung. Um der wachsenden Meinungsvielfalt etwas entgegenzusetzen, beauftragte das EVD 1977 probehalber eine wissenschaftliche Expertengruppe mit der Erstellung jährlicher Gutachten über den Stand der schweizerischen Volkswirtschaft und stellte diese zwei Jahre später wieder ein. Ein Vorstoss zur Etablierung der KOF als Schweizerisches Institut für Konjunkturforschung scheiterte. Schliesslich wurde die Konjunkturbeobachtung einschliesslich der Konjunkturstatistik, nach der Annahme des Konjunkturartikels 1978 und des entsprechenden Bundesgesetzes 1980, an das Bundesamt für Konjunkturfragen übertragen. Damit endete die Konjunkturbeobachtung als wissenschaftlich-politische Streit- und Sinngebungspraxis.

Insgesamt handelt es sich um eine anregende, klar fokussierte, gut geschriebene und sorgfältig argumentierende Studie über Prozesse der Wissensgenerierung und -verteilung als Voraussetzung für das Treffen wirtschaftspolitischer Entscheidungen. Die Zürcher Dissertation wurde im Rahmen des SNF-Sinergia-Projekts «Medien der Genauigkeit» verfasst. Im Teilprojekt «Zahl» geht es um die Voraussetzungen und Grenzen des Messens und Beschreibens ökonomischer Zustände und künftiger Entwicklungen. Wie die KbK die Konjunktur im Rahmen ihrer regelmässig erstellten Quartals- und Jahresberichte beobachtete, darüber erfahren wir eher wenig. Aufgezeigt wird hingegen, was wegen fehlender oder mangelhafter Statistiken nicht beobachtet werden konnte und an welchen Widerständen das Erheben entsprechender Daten wiederholt scheiterte. Ausführlich werden Sonderberichte und deren Zustandekommen bzw. Nicht-Zustandekommen aufgrund der Sitzungsprotokolle der KbK diskutiert, einer besonders im zweiten Teil der Arbeit häufig zitierten Quelle.

Deutlich wird, dass es dem politischen System der Schweiz schwerfiel, Vertreter der Wirtschaftswissenschaft in den Entscheidungsprozess einzubeziehen und auf deren Ansprüche, etwa hinsichtlich Statistiken, einzugehen. Die speziellen politischen Strukturen, auf die in der Einleitung verwiesen wird und die die Schweiz als Fallstudie besonders interessant machen (S. 31), prägten die Entwicklung der Konjunkturbeobachtung und setzten der Verwissenschaftlichung der Wirtschaftspolitik Grenzen.

Es ist das Verdienst der Studie, aufgrund der zeitgenössischen Wahrnehmung und Deutung der wirtschaftlichen Verhältnisse, der zeitgenössischen Erwartungen und Erfahrungen, die komplexen und oft nur schwer nachvollziehbaren Voraussetzungen und Bedingungen politischer Entscheidungsprozesse aufzuzeigen. Mit dieser Perspektive wird ein vielschichtiger Einblick in die Entstehung und den Verlauf der Konjunkturbeobachtung in der Schweiz vermittelt.

Margrit Müller, Binz

Ivo Berther, **Wann ist ein Mönch ein Mönch? Identitäten von Benediktinermönchen anhand lebensgeschichtlicher Interviews**, Zürich: Chronos, 2024 (Murenser Monografien, Bd. 5), 161 Seiten.

Ivo Berthers Dissertation zu den Identitäten von Benediktinermönchen ist Teil eines vom Schweizerischen Nationalfonds geförderten Projekts «Lebensgeschichten von Benediktinerinnen und Benediktinern». Mit 161 Seiten ist Berthers Werk im Vergleich zu vielen anderen Doktorarbeiten aus der Geschichtswissenschaft ein Leichtgewicht. Auch die

im Schlussteil präsentierten Ergebnisse mögen auf den ersten Blick Personen, die sich im Umfeld von Klöstern bewegen und mit ihrer Geschichte vertraut sind, kaum erstaunen. Doch Berthers Studie zeigt nun wissenschaftlich fundiert auf, was bislang als naheliegend vermutet oder möglicherweise aus Gesprächen mit Mönchen als persönliche Sicht erfahrbar werden konnte. Keine Arbeit zu den Benediktinerklöstern in der Schweiz hat sich bisher systematisch mit der benediktinischen «Mönchsidentität», hier insbesondere der Motivation zum Klostereintritt, den Lebensgeschichten von Mönchen und ihrer Interpretation von Männlichkeit, befasst. Die zeitgeschichtliche Perspektive bietet sowohl einen detaillierten Einblick in die klösterliche Lebenswirklichkeit als auch in das monastische Selbstverständnis im Kontext grundlegender gesellschaftlicher und kirchlicher Veränderungen, wie der fortschreitenden Entkonfessionalisierung der Gesellschaft, Auflösung des katholischen Milieus und dem Zweiten Vatikanischen Konzil.

Berther greift bei seiner Arbeit auf lebensgeschichtliche Interviews mit 29 Benediktinern zurück, die er persönlich geführt hat. Er legt auch die Umstände dar, unter denen die Interviews durchgeführt werden konnten: «Für den Grad der Vertrautheit zwischen den Interviewpartnern spielte auch die sichtliche Teilnahme des Autors am Gemeinschaftsleben der Ordensleute eine Rolle.» Es beteiligten sich Mönche aus allen sieben Klöstern der Schweizerischen Benediktinerkongregation, also aus Disentis, Engelberg, Einsiedeln, Fischingen, Mariastein, Marienberg und Muri-Gries sowie aus dem Kloster Uznach von der Benediktinerkongregation von St. Ottilien. Die Mönche waren zum Zeitpunkt des Gesprächs zwischen 34 und 89 Jahre alt. Aus Datenschutzgründen werden die Interviewten weder genauen Geburtsjahren noch Klöstern zugeordnet. Ein Pseudonym steht für ihre Namen.

Der Autor stellt in seiner Arbeit das Subjekt und dessen Erfahrung ins Zentrum. Für diese Annäherung bedient er sich einer subjekt- und alltagsgeschichtlichen Perspektive und verwendet für die Untersuchung qualitative Methoden der Oral History. In einem einführenden Teil des Buches liefert er nicht nur Einblick in seine gewählte Perspektive, Vorgehensweise, Forschungsstand sowie Begrifflichkeiten, sondern auch informative Passagen zum Benediktinerorden, den einzelnen Klöstern, den Klosteralltag und die Regeln sowie Arbeitsteilung in der Gemeinschaft. Was auf den ersten Blick nach einer etwas langen Einführung aussieht, macht das Buch aber auch für eine Leserschaft attraktiv und verständlich, die mit Klöstern weniger vertraut ist.

Die Resultate der Interviewauswertung werden systematisch nach Themen wie «soziale Herkunft», «Krisen und Konflikte» sowie «Arbeitsalltag» und «Religiosität und Spiritualität» mit vielen Zitaten aus den Gesprächen präsentiert. Diese gestalten die Erzählung lebendig und erlauben es dem Autor, individuelle Perspektiven und persönliche Erfahrungen der Mönche in den Fokus zu rücken. Die Aussagen aus den Interviews beeindrucken oft durch sehr persönliche Offenbarungen wie: «Ich bin zu 51 Prozent überzeugt gewesen, dass ich am richtigen Ort bin im Kloster, und manchmal hat es auf die andere Seite ausgeschlagen.» Gleichzeitig lotet der Autor auch die Grenzen des Sagbaren aus, so beispielsweise im Bereich der Sexualität, die in Konventen kaum thematisiert wird.

In der folgenden Analyse wird deutlich: Während die ältere Generation der Mönche ihren Klostereintritt häufig durch berufliche Perspektiven motiviert sah, die das Klosterleben bot, und sich überhaupt stark über die Arbeit identifizierte, dominiert bei den jüngeren Ordensleuten eine religiöse Motivation, die stärker auf die monastische Spiritualität fokussiert ist. Sie fordern eine Balance zwischen Gebet und Arbeit erfolgreich gegenüber

ihren Oberen ein. Es wird zudem klar, dass nicht nur das Idealbild eines Mönchs letztlich ein individuelles ist, sondern auch der Anspruch an sich selbst, diesem zu entsprechen.

Etwas spartanisch mutet die Gestaltung der Dissertation an, die gänzlich auf Bilder, Grafiken oder Statistiken verzichtet. Hier hätte das eine oder andere visuelle Angebot nicht nur eine Auflockerung in den Text gebracht, sondern auch die ebenfalls sehr kurz gehaltenen Kontextualisierungen informativ unterstützen können. Aus naheliegenden Gründen des Datenschutzes können hier keine Vergleiche zwischen den Klöstern gezogen werden, was gewiss spannend gewesen wäre. Ein weiteres Forschungsdesiderat wäre es zu erfahren, wie universell diese Ergebnisse auf andere Länder, weitere Orden oder andere kulturelle Kontexte übertragbar sind.

Die vorliegende Untersuchung leistet einen wichtigen Beitrag zur Erforschung des zeitgeschichtlichen Benediktinermönchtums. Es ist das Verdienst des Autors, dass diese Erkenntnisse nun in einer verständlich geschriebenen, argumentativ nachvollziehbaren und gut strukturierten Arbeit vorliegen. Nicht zuletzt wurde diese Untersuchung in einer Zeit angesetzt, da Personen noch Auskunft geben können, die diesen Wandel in den Klöstern noch vollumfänglich miterlebt haben. Die Studie wird aufgrund der klaren Sprache und gründlichen Einführung in die klösterliche Alltagswelt nicht nur ein wissenschaftliches Publikum ansprechen, sondern auch Interessierte, die sich mit den Herausforderungen und Zukunftsperspektiven religiöser Gemeinschaften auseinandersetzen und einen Blick in die Befindlichkeiten hinter Klostermauern werfen möchten.

Annina Sandmeier-Walt, Winterthur

Moritz Mähr, **Wie der Verwaltungscomputer die Arbeitsmigration programmierte. Elektronische Datenverarbeitung in der Schweizer Bundesverwaltung 1964–1982**, Paderborn: Brill Schöningh, 2024 (Geschichte der technischen Kultur, Bd. 17), 243 Seiten, 14 Abbildungen.

So schnörkellos und geradlinig der Titel der vorliegenden Dissertation *Wie der Verwaltungscomputer die Arbeitsmigration programmierte* auf den ersten Blick wirkt, birgt er doch eine Paradoxie. Dies insofern, als hier der Computer selbst als programmierendes Subjekt gesetzt wird. Darin ausgedrückt ist bereits der Zugriff mit dem Moritz Mähr der Automation der Schweizer Verwaltung durch elektronische Rechenanlagen ab Mitte der 1960er Jahre begegnet: Die Umstellung administrativer Vorgänge von analog auf digital ging nicht nur mit technischen Herausforderungen einher. Vielmehr eröffnete sie zunächst nicht intendierte Nutzungsperspektiven und führte zu einer Verschiebung administrativer Handlungsspielräume. Ausserdem wird in der Studie anschaulich dargelegt, dass die Umstellung auf elektronische Datenverarbeitung nicht als schlichte Erfolgsgeschichte der Vereinfachung und Beschleunigung verwaltungstechnischer Tätigkeiten geschrieben werden kann, sondern in Wechselwirkung mit zeitgeschichtlichen politischen Entwicklungen.

Als zentralem Gegenstand widmet sich der Autor dem sogenannten «Ausländerregister», einem statistischen Instrument, dessen Computerisierung die Steuerbarkeit der Schweizer Arbeits- und Migrationspolitik erleichtern sollte. In Anlehnung an Peter Galisons wissenschaftshistorisches Konzept der *Trading Zones* werden in vier Kapiteln mehrere administrative «Aushandlungszonen» bearbeitet, also eigens geschaffenen Arbeitsgruppen, Kommissionen etc., in denen Akteur*innen aus verschiedenen Bereichen über die Entwicklung des «Ausländerregisters» berieten.

Die Studie bietet zunächst einen Einblick in die politisch-ökonomische Lage der Schweiz Mitte der 1960er-Jahre. Das anhaltende Wirtschaftswachstum und die damit verbundene Arbeitsmigration wurden von verschiedenen Seiten als Bedrohung für den Sozialstaat angesehen, was den Ruf nach einer automatisierten Statistik als Kontrollinstrument für die nationale Konjunktur verstärkte. In der eigens hierfür gegründeten *Expertenkommission für die Ausländerstatistik* sollten die Zuständigkeiten der verschiedenen, beteiligten Institutionen – Fremdenpolizei, Arbeitsamt, Statistikamt – ausgehandelt werden. Dabei gelang es der Kommission im Dialog mit den Kantonen und Gemeinden, die «Migrationsfrage» mehr als technisch zu lösendes Problem, denn als politische Ausweitung der Verfügungsmacht des Bundes zu rahmen. Entscheidend war die Einigung auf den Computer als Abhilfe. Die für die Automatisierung der Statistik benötigten logistischen Vorgänge wurden erst im zweiten Schritt so konzeptioniert, dass sie mit der imaginierten Computerisierung der Verwaltung kompatibel waren.

Das zweite Kapitel behandelt die Bemühungen der Schweizer Bundesverwaltung, die auf Kanton- und Gemeindeebene organisierten Meldeämter in das zentralisierte «Ausländerregister» zu integrieren. Neben den politischen Konflikten über administrative Zuständigkeiten, wird hier auch nachgezeichnet, wie sich im Zuge dieser Aushandlungen der Fokus des Registers verschob: von dem zunächst intendierten Nutzen als Instrument zur Steuerung der Arbeitsmigration, hin zur Überwachung der «ausländischen» Bevölkerung.

Daraufhin widmet sich das dritte Kapitel einer Veränderung der Praktiken durch die Einführung von Bildschirmterminals, um Verschiebungen in den Beziehungen der beteiligten Institutionen zu erklären. Mährs Ansatz, diese neue Schnittstelle der Mensch-Maschine-Interaktion als Ausgangspunkt seiner Untersuchung zu wählen, ermöglicht es ihm, in diesem vielleicht spannendsten Kapitel – da es besonders anschlussfähig an aktuelle, wissenschaftshistorische Debatten zur Automatisierung von Arbeit durch Künstliche Intelligenz ist[7] – zentrale Themen wie das Versprechen der Rationalisierung und die Personaleinsparung durch neue Technologien schlüssig zu verbinden.

Das vierte Kapitel geht auf die Aushandlung des Datenschutzes in der Schweiz Mitte der 1970er-Jahre ein. Zum einen wird hier illustriert, dass dem Begriff «Datenschutz» zu dieser Zeit keine einheitliche Bedeutung zukam, sondern diese erst im Zusammenspiel mit aktuellen politischen Entwicklungen etabliert werden musste. Der Fokus liegt hierbei auf der *Arbeitsgruppe Datenschutz*, der dritten von Mähr behandelten «Aushandlungszone». Es wird dargestellt, wie diese von Polizei- und Justizbeamten dominierte Gruppe versuchte, das zu dieser Zeit bereits etablierte Ausländerregister weitgehend vor Verzögerungen und Einbussen bezüglich ihrer Befugnisse zu immunisieren.

Im letzten Abschnitt bietet Mähr einen Ausblick auf die weitere Entwicklung des Ausländerregisters nach 1982 und reflektiert unter anderem auf die Leerstellen der eigenen Arbeit, wobei jene der weitgehenden Nicht-Behandlung der Entwicklungen im europäischen Kontext wohl am schwersten wiegt. Wie vom Autor selbst erkannt, könnte ein stärkerer Blick über den Schweizer Tellerrand hinaus dazu beitragen, die Studie nicht nur zeitgeschichtlich noch besser zu situieren, sondern auch ihre (definitiv gegebene) Relevanz für das weitere Feld der historischen Verwaltungsforschung etwas deutlicher hervorzuheben.

7 Siehe etwa Matteo Pasquinelli, The Eye of the Master. A Social History of Artificial Intelligence, London 2023; Dinah Pfau, Mit Blick auf KI. Von der Teilchenphysik zur KI, 1964–1976, in: Rudolf Seising (Hg.), Geschichten der Künstlichen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland, München 2023, S. 41–91.

Allerdings gelingt es Mähr, nicht zuletzt durch seine detailreiche Darstellungsweise, sich sehr genau an den materiellen Vorgängen der Verwaltung – wie etwa der Übertragung von Daten auf Magnetbändern oder der Erstellung von Formularen – abzuarbeiten. Damit werden administrative Praktiken für das Publikum nachvollziehbar und greifbar gemacht. Der Mehrwert der Studie liegt vor allem in dieser Betonung von Materialität von Prozessen und Daten sowie der gelungenen Verknüpfungen mit politischen Agenden. Damit konterkariert der Autor erfolgreich Narrative von friktionslosem «Datenfluss» und rationaler Automatisierung zugunsten einer komplexen Gemengelage, in der die Einführung des Computers massgeblich die administrative Funktionalität mitbestimmte.

Markus Ramsauer, Wien

Nils Güttler, **Nach der Natur. Umwelt und Geschichte am Frankfurter Flughafen**, Göttingen: Wallstein, 2023 (Historische Wissensforschung, Bd. 24), 472 Seiten.

Umweltgeschichte ist nichts für schwache Nerven. Wie kaum ein anderer Zweig der Geschichtswissenschaft hat die umwelthistorische Forschung immer wieder Bücher hervorgebracht, die nicht einfach nur neues Wissen boten, sondern auch den Blick der LeserInnen auf die Welt veränderten. In die Begeisterung bei der Lektüre mischte sich dabei regelmässig ein unterschwelliges Gefühl der eigenen intellektuellen Beschränktheit: Warum habe ich darüber eigentlich noch nie nachgedacht? Die subversive Kraft der Umweltgeschichte hat die Anfangsjahre der einschlägigen Forschung jedenfalls überdauert, und das jüngste Beispiel liefert die Zürcher Habilitationsschrift Nils Güttlers anhand eines durchaus unerwarteten Themas. Wer in Mitteleuropa gelegentlich das Flugzeug nutzt, gewinnt unvermeidlich eine gewisse Vertrautheit mit dem Gegenstand, und der Streit um seine ökologischen Folgen macht seit Jahrzehnten überregional Schlagzeilen. Braucht es da 400 Seiten über *Umwelt und Geschichte am Frankfurter Flughafen?* So produziert dieser Band auch eine ganz eigene Art von Flugscham: Man hatte wirklich keine Ahnung.

Der Clou der Studie ist, dass Güttler konsequent einen wissensgeschichtlichen Ansatz verfolgt. Die gängigen Erzählungen über Landebahnen, Flugzeugtypen und Lärmkonflikte sind ihm durchaus vertraut, aber sie sind hier nur die Hintergrundfolie für die erstaunliche Geschichte eines Wissensprodukts, das wiederum selbst Motor der Wissensproduktion war. Güttler schlägt den Bogen von der Genese der Region Rhein-Main im Kaiserreich zu den Diskussionen des ökologischen Zeitalters, diskutiert Forscher und ihre Erkenntnisse zu Wasser, zu Lande und in der Luft, und all das bleibt nicht eine luftige Geschichte wissenschaftlicher Erkenntnisse, sondern wird eng auf ganz verschiedenen Ebenen mit der Bau- und Entwicklungsgeschichte des Flughafens verbunden. Mit flottem Schreibstil kurvt Güttler durch ein Thema wie ein Pilot, der die Maschine auch bei schwierigen Bedingungen sicher zu Boden bringt: Er hat die Sache halt im Griff. Anders als in der Zivilluftfahrt gibt es bei Güttler auch Raum für die eine oder andere Pirouette. Es gehört schon einiges dazu, ein Kapitel über *Petroknowledge* mit einer Boeing 707 zu beginnen, die beim Landeanflug zu schnell sank und deshalb beinahe in eine Erdölraffinerie gerauscht wäre.

Die Eröffnung des «Weltflughafens Rhein-Main» 1936 ist in diesem Buch eher eine Etappe in einem Projekt, das gleichzeitig vielschichtiges Diskursprodukt, Verkehrsknotenpunkt, Verwaltungsaufgabe und politisches Verhandlungsobjekt war. Dabei kommen einige vertraute Narrative ins Schwimmen. Die Naturgeschichte ist in Güttlers Studie nicht Auslaufprojekt des 19. Jahrhunderts, sondern mündet in eine Heimatbewegung, die hier als wissenschaftliches Projekt erkennbar wird und wiederum einer entstehenden Infra-

strukturwissenschaft den Weg bereitet. Güttler beleuchtet auch den sozialreformerischen Flügel des wissenschaftlichen Projekts Heimat, charmant verkörpert vom Schneckenspezialisten Wilhelm Kobelt, der nicht nur Laien im Stile der «Citizen Science» nach Schnecken und Insekten suchen liess, sondern in der Gemächlichkeit seines Studienobjekt auch ein genügsames gesellschaftliches Leitbild in dynamischen Zeiten erkannte. Andere Heimatforscher untersuchten den Wandel der Vegetation und des Mikroklimas im Zuge der Industrialisierung, während Geologen von dem profitieren, was Güttler «Baustellenforschung» nennt. Mit dem Ersten Weltkrieg verlagerte sich der Ort der Wissensproduktion von den Vereinen in die Verwaltungen, aber auch die 1914 gegründete Frankfurter Universität. Weitere Kapitel diskutieren die Entwicklung des Wetterwissens, die Netzwerke der Logistik, die Nutzung des Grundwassers und Verschmutzung des Mains sowie den Wald, der mit dem Bau der Startbahn West zum Politikum wurde. Der entsprechende Konflikt wird hier als Katalysator für die Entwicklung einer neuen Umweltwissenschaft diskutiert: «Der Startbahnwald entwickelte sich durch all dies zu einem der schillerndsten ‹epistemischen Dinge› der deutschsprachigen Umweltbewegung um 1980.» (S. 269)

Das methodische Leitmotiv der Studie ist ein Plädoyer für das, was Güttler als «Meso-Wissenschaft» bezeichnet: regional generierte und organisierte Formen der Wissensproduktion, die weitaus mehr als blosse Anwendungen allgemeiner wissenschaftlicher Erkenntnisse waren. Diese mittlere Ebene macht Güttler gegenüber Makro- und Mikroperspektiven so stark, wie es halt geht, wenn die Wirkung solcher Meso-Wissenschaft eher in vielen kleinen und mittelgrossen Impulsen als einem fundamentalen Wissenssprung liegt. Hier entstanden keine neuen Paradigmen, sondern vielmehr allerlei Nadelstiche, Konturierungen und Rahmungen für die Entscheidungsträger und nicht zuletzt bemerkenswerte Spin-offs – wie Güttler zeigt, entwickelte sich Frederic Vesters Sensitivitätsmodell auch aus dessen Arbeit im Regionalplanungsverband Untermain. Bezeichnenderweise endet der Band nicht mit einer Zusammenfassung, die ein neues Bild des Flughafens oder neue Wege der Infrastrukturgeschichte verspricht, sondern mit einem Epilog, der die Brücke von 1980 bis zur Gegenwart schlägt. Es bleibt das Memento, dass man die regionalen Wurzeln der Umweltwissenschaften nicht unterschätzen sollte und auch nicht die damit verbundenen Präferenzen: «Statt Objektivität, Vertrauen, Wahrheit oder Neutralität zählten auf der Mesoskala eher Brauchbarkeit, Verständlichkeit und – im Umfeld sozialer Bewegungen – Authentizität und Widerständigkeit.» (S. 25)

Als Basistrend bleibt das beständige Lernen: Beim permanenten Neuverhandeln von Wissensbeständen und institutionellen Strukturen gab es kaum etwas, was sich als gravierender Substanzverlust bewerten liesse. Die Politisierung des Umweltwissens seit 1970 wirkt hier eher wie die Fortsetzung eines Lernprozesses, bei dem sich zudem herausstellte, dass die Kritik des Flughafens nicht zuletzt auf Wissensbeständen basierte, die dieser selbst geschaffen hatte. Wieder einmal zeigt sich, dass die ökologische Bewegung nirgendwo so nachdrücklich siegte wie auf dem Feld des Wissens, aber die weiterhin gravierenden Umweltfolgen des Frankfurter Flughafens werfen auch die Frage auf, ob es sich nicht letztlich um einen schalen Sieg handelt. Heutige Flieger mögen nicht so laut dröhnen wie vor einem halben Jahrhundert, und es gibt detaillierte Regularien für allerlei Herausforderungen, aber die Weltluftfahrt bleibt ein Klimasünder erster Güte, der auch schon vor COVID-19 die globale Zirkulation von Krankheitserregern beschleunigte.

Flughäfen sind auch Knotenpunkte politischer und wirtschaftlicher Macht und Spiegel ihrer jeweiligen Gesellschaften. All dies bleibt in diesem Buch unterbelichtet, aber das liegt vielleicht nur daran, dass wir über diese Zusammenhänge schon ganz gut im Bilde

sind. Güttler konzentriert sich darauf, der vertrauten Erzählung mit der Frage nach dem Wissen eine neue Dimension zu verleihen und diese Wissensebene in ihrer ganzen Mannigfaltigkeit zum Strahlen zu bringen. Inwiefern man im Verständnis von Infrastrukturen und anderen Dingen weiterkommt, wenn man die Wissensgeschichte ernst nimmt, wird die weitere Forschung zeigen müssen. Im Moment bleibt vor allem der Befund, dass man den Frankfurter Flughafen echt unterschätzt hat.

Frank Uekötter, Bochum

Sacha Zala et al. (Hg.), **Diplomatische Dokumente der Schweiz, Bd. 27: 1.1.1976–31.12.1978**, Zürich: Chronos, 2021, 545 Seiten.

Die 1970er-Jahre bedeuteten international eine Art Scharnierzeit zwischen der unmittelbaren Nachkriegszeit und dem Zeitalter der Globalisierung. Gerade in der Schweiz, die vom aktiven Kriegsgeschehen verschont geblieben war, hielten sich Traditionen lange – das galt auch für das Festhalten an einer strikten Neutralitätspolitik. Einerseits herrschten Optimismus und Zuversicht aufgrund gesellschaftlicher Modernisierung – in der Schweiz etwa mit der überfälligen Einführung des Frauenwahlrechts – und einer Phase der Entspannung im Kalten Krieg, andererseits brachten die Ölkrise 1973 und die daraus resultierende Weltwirtschaftskrise ein neues Bewusstsein für globale Risiken und Abhängigkeiten.

Diese internationalen Entwicklungen spiegeln sich auch im Band 27 der Aktenedition der Diplomatischen Dokumente der Schweiz wider, der den Zeitraum vom Januar 1976 bis Dezember 1978 umfasst. Es handelt sich um eine Auswahl von Dokumenten zu verschiedenen aussenpolitischen Themen – weit mehr Dokumente, auf die bei inhaltlichen Verbindungen entsprechend verwiesen wird, sind in der Internetdatenbank Dodis abrufbar. In bewährter Manier kann der Benutzer auf eine konzise Einleitung sowie umfangreiche Register zu Personen, Institutionen und Themen zurückgreifen. Im Sinne der Transparenz ebenfalls aufgelistet sind die Bestände, «bei denen die zuständige Stelle im entsprechenden Departement der Forschungsgruppe Dodis die Einsicht während der Forschung für die Periode des vorliegenden Bands verweigert hat» (Anhang). In dieser Liste sind Archivalien aus der Provenienz des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements am häufigsten genannt.

Unter dem sozialdemokratischen Bundesrat Pierre Graber (seit 1970) als Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements (EPD) verfolgte die Schweiz in der Aussenpolitik einen vorsichtigen Kurs der Öffnung und Modernisierung, ohne dabei freilich die Neutralität an sich infrage zu stellen. Anlass für Debatten im Bundesrat, den beiden Parlamentskammern und in der Öffentlichkeit gab der Öffnungskurs gleichwohl. So verwundert es nicht, dass sich in der Edition mehrere Dokumente finden, die öffentlich oder intern die Frage nach der grundsätzlichen Ausrichtung der Schweizerischen Aussenpolitik diskutieren und erläutern. So betonte Graber beispielsweise im Interview mit den *Luzerner Neuesten Nachrichten* vom 2. Februar 1976 die Öffnung der Schweizerischen Aussenpolitik: «[D]ie Erfahrungen der letzten Jahre – Ölkrise, Rezession – sollten nachgerade gelehrt haben, dass sich die Weltpolitik nicht auf einem anderen Planeten abspielt, sondern jeden von uns in seinem täglichen Leben direkt berührt. […] Die Aktivierung der Aussenpolitik, die so oft gefordert wird, scheint mir bereits in vollem Gange zu sein» (Dok. 1). In einer internen Aufzeichnung des EPD vom 14. September 1978 anlässlich der inhaltlichen Vorbereitung des Besuchs des polnischen Aussenministers wurde das Verhältnis zwischen Innen- und Aussenpolitik in der Schweiz in den Blick genommen

(Dok. 169). Ein Aspekt war dabei die Nicht-Mitgliedschaft der Schweiz in den Vereinten Nationen und die Debatte über einen möglichen Beitritt. Zwar seien Regierung und Parlament mehrheitlich dafür, doch würde derzeit abgestimmt, wäre das Ergebnis eine Ablehnung – so sollte es nach erbitterten Diskussionen acht Jahre später schliesslich auch kommen.

Die UNO-Abstimmungsniederlage 1986 war auch die persönliche Niederlage des damaligen Aussenministers Pierre Aubert. Zum 1. Februar 1978 übernahm der Sozialdemokrat das Departement mit grossen Ambitionen. Den Öffnungskurs seines Vorgängers Graber wollte er deutlich forcieren. Bereits am Tag seines Amtsantritts gab er im EPD in klaren Worten eine Ausarbeitung zur Intensivierung der Schweizerischen Menschenrechtspolitik in Auftrag: «Je voudrais vous prier de me faire rapport sur la possibilité, pour notre pays, d'intensifier son action en faveur de la défense des droits d'homme sur le plan international, sans nuire à notre politique habituelle de neutralité et de réserve» (Dok. 114). Trotz der Einschränkung am Schluss eckte Aubert mit solchen offensiven Äusserungen und seinen – für einen Schweizerischen Bundesrat damals nicht üblichen – Reisen in Länder der «Dritten Welt» innerhalb des Departements, im Gesamtbundesrat und bei Parlamentariern an. Innerhalb des EPD gehörte dessen höchster Beamter, Albert Weitnauer, zu seinen Kritikern. In der ihm eigenen höflichen Art versuchte der Diplomat, den Bundesrat wieder «einzunorden». So betonte er etwa in einem Schreiben an Aubert vom Mai 1978, auch der Politik der Menschenrechte sei mit der traditionellen zurückhaltenden Aussenpolitik der Schweiz besser gedient als mit öffentlichen Deklarationen: «Cette politique nous a profité énormément depuis très, très longtemps» (Dok. 143). Diese Belehrungen liess sich der Departementschef auf Dauer nicht gefallen – Anfang 1980 musste Weitnauer trotz seines hohen Ansehens das Departement vorzeitig und unfreiwillig verlassen.

Auberts Engagement für die Menschenrechte entsprach durchaus dem Geist der Zeit. Der seit Januar 1977 amtierende demokratische US-Präsident Jimmy Carter setzte gegenüber der Sowjetunion einen deutlich schärferen Ton als bei der in den Jahren zuvor von Aussenminister Henry Kissinger repräsentierten realpolitisch ausgerichteten US-Diplomatie der Fall gewesen war. Die Verhärtung im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis nach Jahren der Entspannung zeigte sich aus der Perspektive der Schweiz besonders deutlich auf dem ersten KSZE-Folgetreffen, das vom Oktober 1977 bis zum März 1978 in Belgrad stattfand. Die Schweizer Delegation hatte sich intensiv vorbereitet und wollte in inhaltlicher Fortführung ihres Engagements während der Verhandlungen über die KSZE-Schlussakte vor allem bei der Informationsfreiheit Verbesserungen für die Menschen in Osteuropa erzielen (vgl. Dok. 79), doch kam aufgrund der sich abzeichnenden neuen Konfrontation der Supermächte schliesslich kein inhaltlich substantielles Abschlussdokument zustande. Unter Mitwirkung der Schweiz hatten die neutralen und blockfreien Staaten in der Schlussphase der Verhandlungen ein Kompromisspapier vorgelegt, das jedoch nicht die Unterstützung der Sowjetunion und ihrer Verbündeten fand. In seinem Situationsbericht vom 20. Februar 1978 kam der Schweizer Delegationsleiter Rudolf Bindschedler entsprechend zu folgender Einschätzung: «Der gegenwärtige Stand und die wenig hoffnungsvollen Aussichten auf einen guten Abschluss des Belgrader Treffens widerspiegeln ein getreues Bild des derzeitigen Zustandes der Entspannung» (Dok. 121).

Diese und viele weitere Themen ergeben ein lebendiges Panorama der schweizerischen Aussenpolitik während des Zeitalters des Kalten Krieges und stellen eine unerlässliche Quelle für Forscherinnen und Forscher, gerade auch für den Nachwuchs, dar. Umso

bedauerlicher ist es, dass die Fortsetzung dieser eigentlich bis zur Erschliessung der Akten des Jahres 1989 geplanten Serie aktuell anscheinend aus finanziellen Gründen auf Eis liegt. Gerade mit Blick auf die Zuspitzung des UNO- und des Europa-Dossiers sowie den bedeutsamen weltpolitischen Veränderungen der 1980er-Jahre hin zur Überwindung des Ost-West-Konflikts zum Ende des Jahrzehnts ist eine Fortsetzung dieser Reihe dringend geboten.

Philip Rosin, Potsdam

Mauro Mantovani, **Die Schweizer Armee im Zeitalter der Illusionen 1990–2023. Schrittweiser Niedergang der Verteidigungsfähigkeit**, Basel: Schwabe, 2024, 148 Seiten.

Die Schweizer Armee hat immer wieder Krisenphasen und Phasen der Neufindung und der Stabilität erlebt. So nach der Besetzung durch französische Truppen während der Koalitionskriege; von den 1860er- bis in die 1880er-Jahre, als eine Gefechtsfeldrevolution der Feuerwaffen und der Kampfformen die Kriegsfähigkeit der Milizarmee herausforderte; und in der Zwischenkriegszeit 1919–1939, als die Schweizer Armee durch die Nichtteilnahme am Weltkrieg in allen Bereichen zurückgeworfen worden war. Im Zweiten Weltkrieg erlebte die Schweizer Armee folglich ein Grounding und musste sich in eine Zentralraumstellung (Reduit) zurückziehen, um nach 1945 in einem jahrelangen Konzeptionsstreit einen Kompromiss zwischen mechanisierter, beweglicher, auf operativen Sieg ausgerichteten Streitkraft und einer infanterielastigen, hinhaltenden Widerstandstreitkraft zu finden. Dieser Kompromiss (Konzeption 66) hielt von 1966 bis 1994. Die fast dreissigjährige Periode des (relativen) Konsens über Kampfziele, Kampfweise und Kampfmittel ermöglichte einen langsamen, aber stetigen Mittelaufbau und eine Optimierung der Ausbildung in fest zugewiesenen Kampfräumen.

Diese austarierte Konzeption der Schweizer Armee wurde in den 1980er-Jahren zunehmend in Frage gestellt: die satellitengeführte Luftkampfführung und zielgenaue Abstandswaffen drohten die in Sperrstellen und Bereitschaftsräumen aufgestellte Armee bereits in der Anfangsphase zu zerschlagen. Der Pillenknick der 1960er-Jahre führte zudem zwanzig Jahre später zu fehlenden Auszugsdivisionen. All diese Faktoren machten bereits in den 1980er-Jahren, nach fast dreissig Jahren Kontinuität, eine «Armeereform» nötig. Die folgenden dreissig Jahre seit dem Ende des Kalten Krieges waren keine Phase der Kontinuität mehr, sondern führten angesichts von insgesamt vier Restrukturierungsversuchen in ein «Zeitalter der Illusionen», wie der Autor der hier zu besprechenden Schrift sein Werk überschreibt.

Diese keine 150 Seiten umfassende Studie stellt die vier Reformen auf der Grundlage der bereits reichlich vorhandenen Forschungsliteratur in der Abfolge der Restrukturierungen dar. Vorgeschaltet wird ein Kapitel zur «Armee 61», welche über dreissig Jahre Bestand hatte. «Die vorliegende Monographie bezweckt, die Armeeentwicklung auf rechtlicher, politischer und militärischer Ebene darzustellen […] und will zugleich als allgemeinverständliches Nachschlagewerk und als Basis für weiterführende Forschung dienen.» Als Nachschlagewerk eignet sich die Schrift sicher zweifellos, aber weniger als Basis für weiterführende Forschungen, fehlen doch explizite Fragestellungen und eine Diskussion der verwendeten Forschungsliteratur.

In einer Gesamtbewertung des Restrukturierungsvorhabens «Armee 95» weist der Autor stringent auf dessen Widersprüche hin: Konzentration auf den «unwahrscheinlichsten» Bedrohungsfall eines massiven terrestrischen Angriffs aus Angst vor einem «Rückfall in die Konfrontation». Wie mir der damalige Generalstabschef Heinz Häsler

sagte, wollte man immer noch jederzeit für eine Mobilmachung bereit sein, die Armee nicht von Kopf bis Fuss auflösen und damit eine Zeitlang aktionsfähig bleiben.

Der in den Jahren 1997/98 in Angriff genommene Radikalumbau der Schweizer Armee hatte nicht so sehr einen Schulterschluss mit der NATO zum Ziel, aber die Ermöglichung einer Zusammenarbeit im Streitkräfteaufbau und eventual beim Angriff eines Dritten. Ein Zusammengehen mit der NATO war neutralitätsrechtlich schon immer möglich. Das Reformvorhaben «Armee XXI» kam so schnell, weil die noch vor dem Fall der Mauer konzipierte «Armee 95» auf den Warschauer Pakt ausgerichtet war, den es inzwischen nicht mehr gab. Nun wurden in der Tat alle Verbände der Armee aufgelöst, neu aufgebaut und ausgerichtet. In der etwas gar knapp ausgefallenen «Gesamtbewertung» der «Armee XXI» wird zu Recht auf die Modularisierung der Verbände (primär für Friedenssicherungseinsätze und subsidiäre Hilfseinsätze) und die angedachte Interoperabilisierung der Verbände mit NATO-Verbänden hingewiesen. Relevant war die «Erfindung» von zwei neuen Operationsformen «präventive und dynamische Raumsicherung», die jedoch mit der kantonalen Hoheit der Wahrung des Gewaltmonopols bei Übernahme der Kommandohoheit durch die Armee in die Quere kamen und kassiert werden mussten. Treffend weist der Autor darauf hin, dass das Vakuum an Legitimation zu einer verdünnten Verteidigungsdoktrin der «dynamischen Raumverteidigung» führte und sich als «Papiertiger» ohne entsprechende Mittel und Truppenbestände erwies. Nicht erwähnt wird das neue Ausbildungsmodell, das die Voraussetzungen der Staatsbürgermilizen zur Kampffertigkeit und Führungseignung krass überschätzte.

Die Armeerestrukturierung A XXI wurde zwar durchgeführt, aber alsbald veränderte sich der Kontext, insbesondere die der Armee zur Verfügung stehenden Finanzen, welche die Professionalisierung der Ausbildung ermöglichen sollte. Um die Finanzen und die Legitimität der Armee wieder ins Lot zu bringen, wurde die internationale Kooperation zu nationaler Kooperation («Inversion») umgepolt, teure Artillerieverbände aufgelöst und die Armee in legitimatorischer Absicht auf Anti-Terrorismus getrimmt. Die Armee wurde im Entwicklungsschritt 08/11 nicht mehr als Kampfverband aufgefasst, sondern als «Unternehmen», das nach der Logik von Aufwand und Ertrag weiterzuentwickeln war. So wurde die eingespielte Kriegslogistik mit dreissig Logistikzentren in fünf nicht kriegstaugliche Zentren überführt. Krieg war in dieser Konzeption in weiter Ferne. Treffend fasst der Autor zusammen: «Die Probleme der Armee XXI wurden durch den Entwicklungsschritt 08/11 kaum gelindert».

Auch die erneute Restrukturierung und der Abbau der Armee führten nicht zu einer dem Finanzdiktat genügenden Resultat. Unter einer weiteren euphemistischen Projektbezeichnung wurde die Armee nun in den Sicherheitsverbund Schweiz integriert, weiter demilitarisiert und die militärische Expertise und ihre Begrifflichkeit eingedämmt. Nicht Militärexperten definierten in Zukunft was unter «Verteidigung» zu verstehen sei, sondern Sicherheitsexperten. Verteidigung diente nun dazu, vor allem vor Krieg zu schützen und nicht Krieg zur Aufrechterhaltung der demokratisch legitimierten, verfassungsmässigen Rechte und Freiheiten nach militärischen Grundsätzen zu führen. In der Umsetzung finden sich in den Reglementen Elemente der alten «dynamischen Raumverteidigung» und der amerikanischen Doktrin des *Three Block War*.

Der bis vor kurzem an der Militärakademie der ETH Zürich als Dozent für Strategische Studien wirkende Autor schliesst seine kurz gefasste und gut lesbare Schrift mit einem wenig optimistischen Fazit: «Die jahrzehntelange Vernachlässigung der Verteidigungskompetenz äussert sich jedoch nicht nur im Fehlen moderner Schlüsselsysteme,

trainiertem Bedienungspersonal und geeigneten Truppenübungsplätzen. Gravierend sind auch die Lücken im gefechtstechnischen und taktischen Know-how der Truppe und insbesondere der Kader.» Die Konversion der Schweizer Armee in einen subsidiären Unterstützungs- und Interventionsverband auf Kosten der Kampfbereitschaft in allen Operationssphären zu Gunsten der Kantone ist weit fortgeschritten.

Rudolf Jaun, Zürich

Sacha Zala et al. (Hg.), **Diplomatische Dokumente der Schweiz 1994**, Bern: Dodis 2025, 436 Seiten.

Die *Diplomatischen Dokumente der Schweiz 1994* bieten aufschlussreiche Einblicke in zentrale Themen der Schweizer Aussenpolitik. Sie thematisieren die innenpolitischen Debatten zur Europafrage, das sicherheitspolitische Engagement der Schweiz und ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Südost- und Zentralasien, Afrika sowie Lateinamerika sowie im Balkan. Gleichzeitig rücken sie internationale Krisenherde in den Fokus: die angespannte Lage im Nahen Osten, der Völkermord in Ruanda sowie die Migrations- und Asylpolitik während der Jugoslawienkriege. Die Dokumente zeigen, wie stark der aussenpolitische Kurs der Regierung unter Druck stand und wie eng Innen- und Aussenpolitik miteinander verflochten waren. Der Bundesrat musste mehrere Rückschläge bei Volksabstimmungen hinnehmen. Die Entsendung bewaffneter Blauhelm-Truppen, der Kulturförderungsartikel und die erleichterte Einbürgerung wurden abgelehnt. Diese Misserfolge führten zu einer Vertrauenskrise, die den Bundesrat zwang, seine Politik stärker an innenpolitische Bedürfnisse anzupassen – getreu dem Motto: «Aussenpolitik ist Innenpolitik.» Ein Erfolg war die knappe Annahme des Antirassismus-Gesetzes am 25. September, das die Ratifizierung einer UNO-Konvention ermöglichte.

Besonders in der Europafrage traten tiefe Meinungsverschiedenheiten im Bundesrat zutage. Der bevorstehende EU-Beitritt Finnlands, Österreichs und Schwedens verstärkte die Debatte zusätzlich, da die Abseitsstellung der Schweiz in einem enger zusammenwachsenden Europa offenkundig wurde. Auch die Verkehrspolitik führte zu Spannungen. Die Annahme der Alpen-Initiative am 20. Februar, die eine Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs auf die Schiene vorsah, stiess in Brüssel auf Widerstand. Die EU wertete die Initiative als Verstoss gegen das Transitabkommen von 1992 und drängte auf neue Verhandlungen. In der Folge intensivierte der Bundesrat seine Bemühungen um bilaterale Abkommen mit der EU, deren Verhandlungen am 12. Dezember aufgenommen wurden.

Im *Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den Neunzigerjahren* analysierte der Bundesrat die globalen Umwälzungen seit dem Ende des Kalten Krieges und legte die Leitlinien für die künftigen Schweizer Aussenpolitik fest. Neben der europäischen Integration standen besonders die Folgen des Zerfalls des Kommunismus im Fokus sowie die damit verbundenen Herausforderungen in Osteuropa. Ein zentrales Anliegen des Berichts war die Abstimmung der verschiedenen Politikbereiche. Die Aussenpolitik sollte in einen innen- und aussenpolitischen Kontext eingebettet sein, in dem sich die Ziele nicht widersprechen. Weitgehend unbestritten war die wirtschaftspolitische Ausrichtung. Das Parlament unterstützte nahezu einstimmig den Abschluss der GATT-Verhandlungen, die erstmals auch Dienstleistungen und Landwirtschaft umfassten. Der Versuch, ein Referendum dagegen zu ergreifen, scheiterte.

Nach der Ablehnung des EWR-Beitritts und eines Schweizer Blauhelm-Kontingents suchte der Bundesrat neue aussenpolitische Aufgaben. Die edierten Dokumente belegen,

wie er sein Instrumentarium über die klassische Diplomatie hinaus erweiterte – besonders deutlich wird dies im Zusammenhang mit den Jugoslawienkriegen. Die geografische Nähe der vom Krieg betroffenen Balkanländer machte humanitäre Hilfe, die Aufnahme von Flüchtlingen und diplomatische Vermittlung zu Prioritäten der Aussenpolitik. Gleichzeitig rückte die Rückkehrpolitik in den Fokus. Bereits während der Kriege fanden erste Rückführungen von Flüchtlingen statt, insbesondere nach Kroatien, wo die Schweiz zudem Wiederaufbauhilfe leistete. Das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF, heute SEM) entwickelte ein Konzept, das finanzielle Unterstützung für abgewiesene Asylsuchende sowie Massnahmen zur Reintegration in ihren Herkunftsländern vorsah. Ein Modell, das später als Blaupause für weitere Rückkehrinitiativen diente.

Parallel dazu baute die Schweiz ihr sicherheitspolitisches Engagement aus. Mit Brigadier Peter Arbenz, dem früheren Delegierten des Bundesrats für das Flüchtlingswesen, stellte sie erstmals den Generalinspektor der UNO-Schutztruppe in Bosnien und Herzegowina. Diese direkte Beteiligung vertiefte ihr Verständnis über internationale Friedensmissionen, von der Bewaffnung von Blauhelmen bis zur Rolle ziviler Kräfte im sog. Peacekeeping. Ausserdem übernahm sie innerhalb der OSZE mehr Verantwortung. Die 1994 beschlossene Bewerbung um den OSZE-Vorsitz eröffnete unerwartete Handlungsspielräume in der europäischen Sicherheitspolitik. So spielte die OSZE während der Schweizer Präsidentschaft 1996 eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung des Dayton-Abkommens, das den Krieg in Bosnien und Herzegowina beendete.

Neue Akzente setzte die Schweiz in der Entwicklungspolitik. Mit dem *Nord-Süd-Leitbild* präsentierte sie erstmals eine ganzheitliche Strategie, die Umwelt-, Wirtschafts-, Migrations- und Handelspolitik miteinander verknüpfte. Ziel war eine stärkere Kohärenz zwischen Innen-, Aussen- und Wirtschaftspolitik zur Förderung nachhaltiger Entwicklung – ein ambitionierter Anspruch, der bis heute weitgehend unerfüllt bleibt. Gleichzeitig weitete die Schweiz ihre Ostzusammenarbeit auf die ehemaligen Sowjetrepubliken Zentralasiens aus, die 1992 Mitglieder der schweizerischen Stimmrechtsgruppe bei den Bretton-Woods-Institutionen geworden waren. Dabei setzte der Bundesrat auf eine aktive Besuchsdiplomatie. Bundespräsident Otto Stich traf die Präsidenten Usbekistans und Kirgistans, während Staatssekretär Franz Blankart in Kasachstan ein Investitionsabkommen sowie ein Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnete. Damit verfolgte die Schweiz eine doppelte Strategie: Einerseits vertiefte sie die diplomatischen Beziehungen und unterstützte Reformprozesse mit Projekten im Rahmen ihrer Transitionshilfe, anderseits sicherte sie sich wirtschaftliche Interessen im Energie- und Rohstoffsektor. Dabei agierte die Schweiz gegenüber autokratischen Regimen Zentralasiens auffallend zurückhaltend – ein Zeichen für den schwierigen Balanceakt zwischen wirtschaftlichen Interessen und Menschenrechten.

Die Frage nach der menschenrechtlichen Verantwortung stellte sich auch im Umgang mit dem Völkermord in Ruanda. Innerhalb von hundert Tagen wurden über 800'000 Menschen ermordet – ein beispielloses Verbrechen, das die Weltöffentlichkeit erschütterte. Die Schweiz war durch ihre langjährige Kooperation mit dem Hutu-Regime von den Ereignissen stark betroffen. Sie stellte ihre Entwicklungszusammenarbeit zwar ein, doch eine echte Auseinandersetzung mit den Folgen blieb lange aus. Erst mit der Zeit setzte sich die Erkenntnis durch, dass Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit untrennbar miteinander verbunden sind.

Die *Diplomatischen Dokumente* machen diese neuen Handlungsfelder sichtbar und weisen auf die wachsende Komplexität und Verflechtung von Diplomatie, Sicherheits-,

Wirtschafts- und Entwicklungspolitik hin. Methodisch überzeugt die Edition 1994 durch eine klare Struktur, eine transparente Herangehensweise und eine verständliche Aufbereitung der Quellentexte. Die chronologische Gliederung erleichtert die Orientierung, während die Anmerkungen wertvolle Verweise auf weiterführende Quellen in der Online-Datenbank Dodis (www.dodis.ch) bieten. In der Einleitung fassen der Redaktionsleiter Thomas Bürgisser und der Direktor der Forschungsstelle *Diplomatische Dokumente der Schweiz*, Sacha Zala, die zentralen Themen prägnant zusammen, sodass Fachpublikum und interessierte Laien schnell einen fundierten Überblick erhalten.

Als politisches Stimmungsbarometer fangen die *Diplomatischen Dokumente* den Zeitgeist jener Jahre ein und offenbaren zugleich überraschende Parallelen zur Gegenwart. Dies gilt nicht nur für die europapolitischen Debatten, sondern auch für die Nahostpolitik, wo zentrale Konfliktlinien bis heute bestehen bleiben. Zala bringt diese historische Kontinuität treffend auf den Punkt: «Wenn man die Dokumente liest, ist es verblüffend, wie ähnlich die heutigen Diskussionen noch verlaufen.»

René Holenstein, Schaffhausen

Sandra Mass, **Zukünftige Vergangenheiten. Geschichte schreiben im Anthropozän.** Göttingen: Wallstein, 2024 (Historische Geisteswissenschaften. Frankfurter Vorträge, Bd. 15), 222 S.

Wissenschaft ist neu zu denken. Nichts weniger fordert das Konzept – mitunter auch Kategorie, Prozess oder Denkbewegung genannt – des «Anthropozän». Der ökologische Umbruch, den der Begriff bezeichnet, hat viele Dimensionen: Er umfasst die globale Erwärmung und die Veränderungen der Meeres- und Atmosphärenströmungen, die Erschöpfung nicht erneuerbarer und die Übernutzung erneuerbarer Ressourcen, den Verlust biologischer Vielfalt, Veränderungen der Wetter- und Landschaftsmuster und die Anhäufung nicht abbaubarer Abfälle. Dieses wesentlich vom Menschen bestimmte Zeitalter ruft in der Konsequenz nach einem Überdenken klassischer Kategorien auf, auf gesellschaftlicher und politischer als auch wissenschaftlicher Ebene. Verlangt wird nicht weniger als die Aufhebung der klassischen Dichotomie zwischen der Natur- und den Sozial- und Geisteswissenschaften. Die «Natur» der Naturwissenschaften, so der Appell, soll nicht länger als Gegensatz zur menschlichen «Kultur» verstanden werden; die Naturwissenschaften haben sich folglich stärker gesellschaftlich oder politisch zu verorten und den Menschen als Faktor der von ihnen untersuchten Natur mitzudenken, während die Sozial- und Geisteswissenschaften sich mit ungewohnten Formen des Wissens und unvertrauten Gegenständen zu beschäftigen haben. Doch wie kann das gelingen?

Sandra Mass liefert dazu eine konzise Abhandlung. Sie ist Professorin für Transnationale Geschichte des 19. Jahrhunderts in Bochum und bislang nicht unbedingt als Vertreterin der Umweltgeschichte aufgefallen. Folglich bildet ihre Schrift auch eine Synthese der Diskussionen um umweltgeschichtliche Ansätze und Theorien im Allgemeinen und dem Anthropozän im Besonderen. Die Autorin zeichnet die wichtigsten Stationen der Debatte nach und verweist sowohl auf geologische wie auch auf geisteswissenschaftlich-historische Stränge. Insbesondere den Vertreter:innen des Posthumanismus sowie der Akteur-Netzwerk-Theorie, die der exklusiven Fokussierung auf menschliche Akteure ausweichen und nichtmenschliche Einheiten zu gleichberechtigten oder zu berücksichtigenden Akteuren der Geschichte werden lassen, räumt sie viel Platz ein. Ihr Anliegen ist es, die Möglichkeiten der Auflösung der Grenze zwischen Natur und Kultur auszuloten.

Mass' Buch entspringt einem Unbehagen: Wie können zukünftige Historiker:innen eine Vergangenheit erfassen, die hochgradig verflochten ist und die es erforderlich macht, eng gefasste Gegenstandsbereiche zu verlassen? Wie kann die Geschichtswissenschaft bereits heute auf die multiplen Krisen der Gegenwart und Zukunft reagieren, um zukünftige Vergangenheiten adäquat analysieren und erklären zu können? Sandra Mass will diese Verunsicherung nutzen und neue «Geschichte(n) im Anthropozän» (S. 173) entwickeln, vor dem Hintergrund – und darauf verweist der Titel –, dass die Ereignisse der Gegenwart in Zukunft als Geschichtsschreibung verstanden werden. Die Autorin argumentiert zunächst wenig überraschend, dass herkömmliche historiographische Ansätze – die oft von linearen Zeitverläufen, Fortschrittsnarrativen und einer strikten Trennung zwischen Mensch und Natur ausgehen – im Kontext des Anthropozäns nicht mehr ausreichen. Mass plädiert vielmehr für einen interdisziplinären Ansatz, der die vielfältigen, miteinander verflochtenen Zeitskalen und die komplexe Wechselwirkung zwischen menschlichen und nicht-menschlichen Akteuren berücksichtigt. Sie fordert eine kritische Reflexion traditioneller Geschichtsnarrative und betont, dass es notwendig ist, neue methodische Konzepte zu entwickeln, um den Mehrdimensionalitäten des Anthropozäns gerecht zu werden. Dazu gehört auch ein Bewusstsein für die eigene Position der Geschichtsschreibung und die damit verbundene Verantwortung, da sie die Erzählung einer Epoche gestaltet, die tiefgreifende ökologische und gesellschaftliche Veränderungen erlebt.

Die Konsequenzen dieser Ansinnens sind vielfältig. Während einige Wissenschaftler:innen darunter eine kollaborative, interdisziplinäre Zusammenarbeit verstehen, plädieren andere für eine Erweiterung des Erkenntnisgegenstandes oder neue Darstellungsformen historischer Narrative. Mass führt den deutschen Umwelthistoriker Frank Uekötter an, der in der Geschichtswissenschaft eine «Krise der historischen Narration» diagnostizierte und auf eine nicht-lineare Geschichtsschreibung setzt. Seine Umweltgeschichte beschreibt die Moderne nicht chronologisch, sondern als «Strudel» materieller, institutioneller und kultureller Kräfte. Diese Lesart ist neu, revolutionär ist sie nicht. Vielmehr zeigt sich daran, dass die Debatte um das Anthropozän auch als ein beschleunigender Motor einer schon älteren Debatte wirkt.

Der seit langem in den USA lehrende indische Historiker Dipesh Chakrabarty wiederum, der als einer der ersten Historiker überhaupt eine neue Geschichtsschreibung angesichts der Umweltkrise gefordert hat, will die Aufhebung der Trennung von Natur- und Menschheitsgeschichte vorantreiben und vor allem auch den Zeithorizont neu ausrichten. Denn nicht nur könne sich die Geschichtswissenschaft im Anthropozän nicht mehr einzig auf schriftliche Archivquellen stützen, auch dürfe sie die Gesteine und Tiere, die Baumringe und Sedimente nicht mehr den Naturwissenschaften überlassen. Vor allem aber sei der Zeithorizont der Geschichtswissenschaft um die geologische Dimension zu erweitern, Geschichtswissenschaft also multitemporal zu verstehen.

Solche Konstellationen stehen gelegentlich im Widerspruch zu zentralen theoretischen Grundannahmen der Geschichtswissenschaft, etwa hinsichtlich der Bedeutung der Kontingenz und der Idee der Offenheit der Zukunft. Doch wenn, so Mass im Anschluss an Achim Landwehr, die Zukunft schrumpft, droht sie ihre Gestaltbarkeit zu verlieren. Denn die Zukunft im Anthropozän, darauf verweisen die Studien des IPCC ebenso wie die Attributionsforschung für Extremwetterereignisse, ist nicht verhandelbar.

Hier kommt die Verantwortung der Geschichtswissenschaft ins Spiel: Sie wird erklären und begründen müssen, was die Geo- und Erdsystemwissenschaften diagnostizieren und prognostizieren und so die klimawissenschaftlichen und ökologischen Befunde in

Analysen übersetzen, die nicht nur menschengemachte Geschichte(n) des Anthropozäns rekonstruieren, sondern auch die Historizität der Gefüge des Planeten verdeutlichen. Sandra Mass' Buch liefert dazu einen ersten wichtigen Ansatz.

Monika Gisler, Zürich

Urban Sager, **Jugendliche erzählen die Geschichte ihres eigenen Landes. Zum historischen Erzählen von Schülerinnen und Schülern am Ende ihrer schulischen Allgemeinbildung**, Frankfurt a. M.: Wochenschau Verlag 2024, 203 Seiten, 35 Abbildungen, 22 Tabellen.

Wenn Schweizer Jugendliche den Auftrag erhalten, jemandem die Geschichte der Schweiz schriftlich zu erläutern: Welche Inhalte schaffen es in ihre Narrationen, und wie werden sie erzählt? Diesen Fragen wendet sich Urban Sager in seiner Dissertation zu. Er konfrontierte 144 Schüler:innen aus zehn Luzerner Klassen zum Ende ihrer schulischen Allgemeinbildung mit dem Schreibauftrag, einer Austauschschülerin die Geschichte der Schweiz zu erzählen. Mit Gymnasien, Berufsmaturitätsschulen sowie Berufsfachschulen deckt er alle drei Schultypen der Sekundarstufe II ab. Dem historischen Erzählen respektive der Konstruktion historischer Erzählungen wird in den aktuellen geschichtsdidaktischen Modellen des historischen Lernens eine zentrale Rolle zugewiesen. Die Geschichtsdidaktik schreibt sich damit in den *narrativ turn* ein und schlägt mit ihren Postulaten für guten Geschichtsunterricht auch eine Brücke zu zentralen erkenntnistheoretischen Paradigmen der aktuellen Geschichtswissenschaft.

Indem Urban Sager die Inhalte der Narrationen wie auch deren formale und funktionale Ausprägungen untersucht, schafft er für die Geschichtsdidaktik wie auch die Geschichtswissenschaft einen grossen Mehrwert. Er liefert einerseits wichtige Erkenntnisse zu den narrativen Kompetenzen von Schüler:innen und wendet sich einem für die Geschichtsdidaktik so konkret noch wenig erforschten Gebiet zu. Andererseits gewähren seine Ergebnisse Einblick in vorherrschende Geschichtsbilder.

Im Einstiegskapitel geht Urban Sager auf die Relevanz und die Vermittlung von Schweizer Geschichte durch Wissenschaft, Gesellschaft und Schule ein. Deshalb reflektiert er erstens die historiografischen Entwicklungslinien in der Erforschung der Schweizer Geschichte in den letzten vier bis fünf Jahrzehnten. Historiografisch liesse sich in jüngerer Zeit nach einer Phase der Dekonstruktion der «Meistererzählungen» eine Öffnung gegenüber Fragen der Wirtschafts-, Sozial und Kulturgeschichte beobachten (S. 25). Wegen seiner Fragestellung geht der Autor naturgemäss zweitens umfangreich auf die Relevanz von Schweizer Geschichte im Deutschschweizer und v. a. im Luzerner Schulsystem ein. Ausführlich und für seine Studie sehr wesentlich untersucht Urban Sager die Lehrpläne und Lehrmittel, die für die Jugendlichen in ihrer schulischen Karriere relevant waren. Schwerpunkte stellen dabei die «Entstehung der Eidgenossenschaft» (gerade auf der Primarstufe stark mythologisch gefärbt), die «Entstehung des Bundesstaates» sowie die «Rolle der Schweiz in den Weltkriegen» dar. Es ist wichtig zu sehen, dass der Lehrplan 21, der neue Tendenzen der Geschichtsdidaktik und Geschichtswissenschaft aufnimmt, für die Lernbiografien der Jugendlichen noch nicht von Bedeutung war. Etwas knappgehalten sind – gerade auch hinsichtlich ihrer medialen Dimension – drittens die Ausführungen zur Schweizer Geschichte im gesellschaftlichen Kontext.

In den theoretischen Ausführungen zum historischen Erzählen bietet Urban Sager eine wichtige Darstellung und Bewertung des Forschungsstandes. Gleichzeitig schält er die für seine Studie zentralen theoretischen Konzepte heraus. Insbesondere leitet er seine

analytischen Kategorien für Merkmale von historischen Erzählungen (z. B. Retrospektivität), für Erzähltypen (z. B. traditional), für Muster (z. B. Aufstiegsnarrativ) sowie für Funktionen (z. B. Identitätsbildung) ab. Ebenfalls erörtert er Kriterien zur Qualitätsmessung von historischen Narrationen. Das der Dissertation zugrundeliegende methodische Layout ist sehr überzeugend. Die inhaltliche Analyse wurde kategoriengestützt durchgeführt, zudem wurde nach Zusammenhängen zwischen kategoriellen Variablen gesucht und mit den ebenfalls erhobenen Soziodaten in Bezug gesetzt.

Urban Sager kommt zu klaren Befunden. Mit Hinsicht darauf, was in den Narrationen der 144 Schüler:innen bezüglich der Geschichte der Schweiz erzählt wird, muss von einer Dominanz der mythologischen Gründungsgeschichte gesprochen werden, wobei nur eine Minderheit der Schüler:innen auf deren Mythenhaftigkeit hinwies. Keine einzige Narration thematisierte den Mythos gar historisch-kritisch, indem etwa dessen Funktionen und Wandel über die Zeit hinweg erörtert worden wären (S. 93). Urban Sager wertet das zurecht als Beleg für einen beschränkten Einfluss der Schule im Vergleich zu ausserschulischen Sozialisationsinstanzen. Allerdings hatten die Schüler:innen in ihrer Schullaufbahn einen weniger auf Dekonstruktion ausgerichteten Unterricht zum Gründungsmythos erhalten, als das unter dem Lehrplan 21 der Fall gewesen wäre.

Der Hang zum Mythos hinterliess auch Spuren bei der Art und Weise, wie die Schüler:innen die Schweizer Geschichte erzählten. Meistgenannte Person war Wilhelm Tell, das meistgenannte Ereignis der Rütlischwur. Oft gestaltete sich die Geschichte im Sinne eines Aufstiegsnarrativs. Zwar können mit Bezug auf die verwendeten theoretischen Konzepte die Texte der Schüler:innen grösstenteils als historische Erzählungen gewertet werden, doch scheinen diese sehr oft nur als eine Ereigniskette auf, da keine Ursachen-Wirkungs-Verhältnisse dargelegt wurden. Geschichtsdidaktisch ist das enttäuschend. Drei Narrationen wurden qualitativen Bewertungen durch fünf Wissenschaftler:innen unterzogen. Die Ausführungen zu den narrativen Kompetenzen lesen sich gut, gerade auch die semantischen Befunde sind interessant.

Nur wenige Kritikpunkte sind anzubringen. Grundsätzlich hätte im Theorieteil sowie in den Hauptteilen stärker analytisch verdichtet werden können. Die vielen Zitate aus den Schüler:innentexten etwa werden meist nur illustrativ für die präsentierten Erkenntnisse aufgeführt. Auch stellt sich die Frage, ob hinsichtlich der Narrativität auch theoretische Konzepte aus den Sprachwissenschaften hätten hinzugezogen werden können.

Bilanzierend kann festgehalten werden, dass die Studie gut belegt, wie persistent populäre Geschichtsbilder des Nationalstaates sind und wie lange Lehrpläne, die zudem wissenschaftliche Trends selbst nur zeitlich stark verzögert nachvollziehen, nachwirken. Die Dissertation ist vorbehaltlos sowohl den geschichtswissenschaftlichen wie geschichtsdidaktischen Forschungscommunities zur Lektüre zu empfehlen.

Thomas Metzger, St. Gallen